

*Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*



Jahresbericht

2002



Inhalt

3	Vorwort
4	Der Internationale Beirat des ZEI
5	ZEI auf einen Blick
5	Ziele und Aufgaben
5	ZEI Evaluierung
7	Forschung und Beratung
7	Forschungsgruppen im Überblick
9	Forschungsgruppe I „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“
17	Forschungsgruppe II „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“
23	Forschungsgruppe III „Makroökonomische Politik und Institutionen“
26	Forschungsgruppe IV „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung“
26	Forschungsgruppe V „Erweiterung der Europäischen Union“
35	Forschungsgruppe VI „Europas Rolle in der Welt“
40	Forschungsgruppe VII „Europäische Identität und Dialog der Kulturen“
44	Weiterbildung
44	Master of European Studies
46	Transatlantic Summer Academy
46	Junior Fellows Programm
47	Bonn Graduate School of Economics
48	ZEI Summer School in International Macroeconomics, Money and Finance
49	Sonstige Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen
50	Zentrale Koordination
50	IWB-Geschäftsführung
50	Öffentlichkeitsarbeit, Information und Dokumentation
52	ZEI im Überblick
52	Organisation und Ansprechpartner (Organigramm)
53	Mitarbeiter und Fellows
58	Ausgewählte Veranstaltungen
61	Publikationen
68	Kooperationspartner
70	ZEI Pressespiegel (Auswahl)

Vorwort



Prof. Dr. Christian Koenig LL.M., Direktor der Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“ am ZEI



Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor der Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“ am ZEI



Prof. Dr. Jürgen von Hagen, Direktor der Abteilung „Volkswirtschaftliche und soziale Fragen“ am ZEI

Das Jahr 2002 hat den Prozess der europäischen Integration einschneidend befördert. Am 1. Januar 2002 wurde der EURO als gemeinsame Währung in zwölf der fünfzehn EU-Mitgliedstaaten eingeführt. Was bisher nur auf dem Papier bestand, wurde zur erlebbaren Wirklichkeit in den Portemonnaies und auf den Bankkonten der Unionsbürger. Am 28. Februar 2002 nahm der „Konvent zur Zukunft der Europäischen Union“ seine Arbeit auf. Das Gremium unter Vorsitz des früheren französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing wurde alsbald unter dem Kurzbegriff „Verfassungskonvent“ bekannt und dynamisierte den Prozess hin zu einer Verfassung der Europäischen Union durch seine konsequente und konstruktive Arbeit mit beachtlichem Erfolg. Am 12. Dezember 2002 beschloss der Europäische Rat in Kopenhagen die Aufnahme von zehn neuen EU-Mitgliedstaaten zum 1. Mai 2004. Damit wurde der Prozess der EU-Osterweiterung abgeschlossen, der zur bisher weitest gehenden Veränderung der Europäischen Union führen wird.

Eigentümlich widersprüchlich verliefen zwei weitere Prozesse der europäischen Politik während des Jahres 2002. Auf der einen Seite nahm die Arbeit an der Verfeinerung der Umsetzung des EU-Binnenmarktes immer mehr zu – nicht zuletzt sichtbar in einer immer weiter ausdifferenzierten Zunahme des Gewichts des Europäischen Gerichtshofes beim Prozess der Durchsetzung und Einhaltung von Binnenmarktsnormen. Zugleich – und mit wachsender Geschwindigkeit im Jahresverlauf – wurden die eklatanten Interessenunterschiede im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik deutlich; die innereuropäischen Beziehungen und die transatlantischen Bindungen wurden gleichermaßen im Zuge der sich verschärfenden Irak-Krise auf die Probe gestellt. Die Europäische Union bleibt eine Baustelle mit vielfältigen Widersprüchen, unterschiedlichen Geschwindigkeiten und unübersichtlicher Integrationsdichte. Zugleich ist mit dem in Kopenhagen vollzogenen Erweiterungsvorgang die territoriale Arrondierung der EU noch keineswegs abgeschlossen. Aber auch jenseits der noch offenen Beitrittsfragen – umstritten bleibt weiterhin vor allem das Beitrittsbegehren der Türkei – ist Europa mehr als die EU. Weltweit aber wird die EU immer stärker als Inbegriff der Bündelung der wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Erfahrungen und Potentiale Europas wahrgenommen. Europas Rolle in der Welt wird von wachsenden äußeren Erwartungen und gleichzeitig von offenkundigen inneren Defiziten bestimmt.

Vor diesem Hintergrund bringt das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) seine wissenschaftliche und politikberatende Expertise ein. Wo die Verhältnisse, denen die Arbeit des ZEI in Forschung, Politikberatung und Weiterbildung dienen will, eher unübersichtlicher zu werden drohen, muss und kann die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den diversen und vielschichtigen Fragen des europäischen Integrationsprozesses sich konzentrieren, um den Tendenzen der Zeit nicht nur zuzuarbeiten, sondern auch vorausschauende Akzente zu setzen. Die aus Sicht des ZEI erfolgreich abgeschlossene Evaluation der ersten Arbeitsphase des ZEI haben wir zum Anlass genommen, Schwachstellen ungeschminkt zu analysieren und allfällige Konzentration auf die Kernkompetenzen des Instituts zu optimieren. Dazu gehört die Stärkung des interdisziplinären Potentials des ZEI durch die

Die Europäische Union bleibt eine Baustelle mit vielfältigen Widersprüchen, unterschiedlichen Geschwindigkeiten und unübersichtlicher Integrationsdichte.

Ein neues Forschungsprojekt zum europäischen Verfassungsprozess

Unterstützung durch exzellente Partner in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft

Etablierung eines neuen Forschungsprojektes zum europäischen Verfassungsprozess, dessen Früchte wir für das kommende Jahr erhoffen.

Dazu gehört auch die Neuordnung der Forschungsgruppen, die mit Beginn des Jahres 2003 zu greifen beginnt: Während die unmittelbare Bearbeitung des EU-Erweiterungsprozesses als (einstweilen) abgeschlossen betrachtet werden kann, werden wir uns künftig, auch im Lichte der anstehenden institutionellen und konstitutionellen Weichenstellungen, vorrangig mit Fragen des Regierens und der wirtschaftlichen und rechtlichen Entwicklung in der erweiterten EU befassen. Die offenen Fragen der künftigen nachbarschaftlichen Beziehungen der EU werden auch weiterhin ihre angemessene Bearbeitung im Rahmen der Forschungsgruppe „Europas Rolle in der Welt“ finden. In unserer multidisziplinären Arbeit werden wir weiterhin und unterdessen sehr konstant durch exzellente Partner in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft unterstützt.

Wir sind außerordentlich erfreut darüber, dass auf der Basis der Evaluation des ZEI eine Zielvereinbarung zwischen dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Rektorat der Universität Bonn das ZEI in seinem Sondercharakter als Forschungsinstitut in der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn dauerhaft sichert. Dies empfinden wir als Ausdruck der Wertschätzung unserer Arbeit und als motivierenden Auftrag, an ihrer permanenten Verbesserung mit hoher Motivation weiterzuarbeiten.

Wir danken allen, die unsere Arbeit auch im Jahr 2002 hilfreich und mit viel Wohlwollen unterstützt haben. Vor allem danken wir unseren Mitarbeitern und allen Freunden des ZEI, ohne die die Erträge dieser Arbeit nicht vorgestellt werden könnten, wie sie dieser Jahresbericht 2002 bilanziert.

Prof. Dr. Christian Koenig LL.M.

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Prof. Dr. Jürgen von Hagen

Der internationale Beirat des ZEI

Genscher,	Prof. Hans-Dietrich (Vorsitzender), ehemaliger Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Bonn
Bartoszewski,	Prof. Dr. Wladyslaw, Polnischer Ex-Außenminister und Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1996, Warschau
Bogdanov,	Prof. Dr. Bogdan, Gründer und Vorstandsvorsitzender der New Bulgarian University, Sofia
Borchard,	Prof. Dr. Klaus, Rektor, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (ex officio), Bonn
Delors,	Jaques, Präsident „Notre Europe“, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission, Paris
Inotai,	Prof. Dr. András, Direktor, Institut für Weltwirtschaft, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest
Issing,	Prof. Dr. Otmar, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank,
Kraft,	Hannelore, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Maichel,	Dr. jur. Gert, Vorstandsvorsitzender der RWE Power AG, Essen
Malinvaud,	Prof. Dr. Edmond, Mitglied de Académie Francaise und Ehrendoktor der Universität Bonn, Paris
Masterson,	Prof. Dr. Patrick, Präsident, European University Institute, Florenz
Portes,	Prof. Dr. Richard, Präsident, Center for European Economic Policy Research (CEPR), London
Tenzer,	Dipl.-Ing. Gerd, Mitglied des Vorstands, Deutsche Telekom AG, Bonn
von Ploetz,	Dr. Hans-Friedrich, Deutscher Botschafter in Großbritannien, London



Beiratsmitglied Prof. Dr. Edmond Malinvaud, Mitglied der Académie Française (r.) im Gespräch mit ZEI-Direktor Prof. Dr. Christian Koenig und Junior Fellow Daniela Beer

ZEI auf einen Blick

Ziele und Aufgaben

Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) wurde 1995 als selbständig arbeitende Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet.

ZEI beteiligt sich durch

- *richtungsweisende Forschungsarbeiten, fundierte Politikberatung,*
- *engagierte Dialoge zwischen Wissenschaft und Praxis*
- *innovative Konzepte der Graduiertenausbildung und*
- *Weiterbildungsmöglichkeiten*

an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt.

ZEI verbindet in seinen drei Abteilungen auf interdisziplinäre Weise

- *europarechtliche (ZEI a)*
- *wirtschaftliche und soziale (ZEI b)*
- *kulturelle und politische Fragestellungen (ZEI c).*

ZEI bietet Wissenschaftlern und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Unternehmen ein internationales Forum für alle Fragen der europäischen Integration. ZEI arbeitet – vernetzt mit Partnern in aller Welt – mit einem Stab von derzeit 50 wissenschaftlichen und anderen Mitarbeitern aus dem In- und Ausland. Hochmotivierten Nachwuchswissenschaftlern und renommierten Fachleuten bietet das ZEI die Möglichkeit zu Forschungsaufenthalten, die der Bearbeitung spezifischer Fragestellungen in einem internationalen Umfeld dienen sollen.

ZEI arbeitet inhaltlich und organisatorisch mit dem Zentrum für Entwicklungs-

forschung (ZEF) zusammen. Gemeinsam bilden beide Zentren das Internationale Wissenschaftsforum Bonn (IWB).

ZEI Evaluierung

Wissenschaftliche Exzellenz und die Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Praxis bildeten den Schwerpunkt einer ersten Evaluierung des ZEI. Im Januar 2002 legte die vom Düsseldorfer Wissenschaftsministerium eingesetzte Evaluierungskommission ihren Bericht vor. Die Kommission war entsprechend der Struktur und den Aufgaben des Instituts mit Personen aus der Wirtschaftswissenschaft, der Rechtswissenschaft und der Politikwissenschaft sowie aus dem Wissenschaftsmanagement und der politischen Praxis besetzt.

Das Ergebnis ist im Bericht so zusammengefasst: „Das ZEI hat die ihm gestellten Aufgaben mit großem Schwung und sehr beachtlichen Erfolgen aufgenommen. Schwung wie Erfolg gilt es in der jetzt folgenden Phase abzusichern und weiter auszubauen. Die Aussichten, dass dies gelingt, sind gut.“

Der internationale Beirat gratulierte dem ZEI zu den „großartigen Erfolgen, die es in den kurzen Jahren seines Bestehens erringen konnte“. Besonders positiv sind im Bericht die „klare wissenschaftliche Profilierung“ mit einer großen Themenbreite, Internationalität und die konsequente Praxisorientierung des Zentrums hervorgehoben. Eine „tragende Säule der Internationalität“ sei das Fellow-System: Hier werden jüngere Wissenschaftler (Junior Fellows) bzw. arrivierte Forscher (Senior Fellows) auf Zeit zur Mitarbeit ins Institut eingeladen.

Damit hat das ZEI die Erwartungen, die 1993 vom Senat der Universität Bonn im Gründungskonzept beschlossen worden waren, erfüllt und kann als Erfolgsgeschichte im Rahmen des Projektes, Bonn als internationale Wissenschaftsstadt zu profilieren, bezeichnet werden. Zitat aus dem Evaluierungsbericht: „Der hohe Anteil von Wissen-

„Das ZEI hat die ihm gestellten Aufgaben mit großem Schwung und sehr beachtlichen Erfolgen aufgenommen. Schwung wie Erfolg gilt es in der jetzt folgenden Phase abzusichern und weiter auszubauen. Die Aussichten, dass dies gelingt, sind gut.“

Das ZEI ist gemeinsam mit seinem Schwesterinstitut ZEF (Zentrum für Entwicklungsforschung) am Rand des ehemaligen Regierungsviertels in der Walter-Flex-Straße untergebracht.



schaftlern, Master-Studenten, Kooperationspartnern und Gästen aus dem Ausland, die breite Verteilung der Herkunftsländer sowie die ausgewogene Mischung zwischen Wissenschaftlern aus EU-Beitritts- und EU-Mitgliedsländern machen das ZEI zu einem attraktiven internationalen Forschungszentrum für Fragen der europäischen Integration.“

Nach dem Senatskonzept soll das Institut wissenschaftliche Untersuchungen zu politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Fragen der europäischen Integration durchführen und Lösungsvorschläge erarbeiten. Indem es Politikberatung betreibt, wird es zur Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis. Die Forschung vollzieht sich in internationalen und fachübergreifenden Arbeitsgruppen. Schließlich gehört auch die qualifizierte Graduiertenausbildung zu den Aufgaben des ZEI.

Markenzeichen ist hier das bereits mehrfach positiv evaluierte „European Masters Program“. Für diese einjährige Elite-Ausbildung für deutsche und ausländische

Hochschulabsolventen, die eine Karriere im internationalen Bereich – Diplomatischer Dienst, Auslandsvertretung großer

Firmen oder Banken – anstreben, gehen, trotz der Studiengebühren in Höhe von 5.000 Euro, jährlich rund 150 Bewerbungen ein. 32 Teilnehmer wurden für den Jahrgang

2002/03 ausgewählt (vgl. die Darstellung auf S. 44f.).

Der Bericht der Evaluierungskommission hebt ferner die „guten Verbindungen“ hervor, die ZEI „zu industriellen Partnern und Industrieverbänden“ sowie in die politische Praxis geknüpft habe. Dies spiegelt sich in der hohen Drittmittelrate von 40 Prozent wider, aber auch in den vielen Gutachten und Beratungen. Kunden sind dabei sowohl das Auswärtige Amt, etwa in Fragen der EU-Erweiterung, als auch die „Sorgenkinder unter den Beitrittskandidaten“. Hier ist besonders die Initiative zur „Südosteuropa-Task Force“ hervorgehoben.

In ihren Empfehlungen regt die Evaluierungskommission Verbesserungen vor allem bei der interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen an, aber auch mit dem Partnerinstitut ZEF. Anknüpfungspunkte wären hier zum Beispiel Vereinigungsbewegungen in Entwicklungsländern, die dort zu einem großen Interesse am europäischen Modell führen und auch ein Vergleich der Entwicklungspolitik der einzelnen europäischen Staaten.

Der Bonner Standortvorteil ist die Nähe zu Brüssel. Es gibt auch schon Pläne, gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen die Repräsentanz dort zu verstärken. Die Gutachter empfehlen die Gründung einer ZEI-Außenstelle. In jedem Fall sollen die Weiterbildungsangebote künftig stärker mit der europäischen Hauptstadt verknüpft werden.

In erstaunlich kurzer Zeit haben alle Abteilungen und damit das Institut insgesamt die Praxisorientierung der Arbeit unter Beweis gestellt.

Forschung und Beratung

Forschungsgruppen im Überblick

Die Forschungs- und Beratungstätigkeit am ZEI wird in Forschungsgruppen geleistet, die sich besonderen Schwerpunktthemen widmen. In diesen arbeiten Wissenschaftler und „fellows“ aus den verschiedenen Abteilungen des Zentrums, die sich mit gemeinsamen oder ähnlichen Fragestellungen befassen. Auf diese Weise wird die multi- und interdisziplinäre Zusammenarbeit zu zentralen Fragen des europäischen Integrationsprozesses gefördert. Wie schon im Vorjahr arbeiteten am ZEI auch im Jahr 2002 sieben thematische Forschungsgruppen zu folgenden Themen:

I Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa

Inhaltlich beschäftigt sich diese Forschungsgruppe vor allem mit der Rolle und Entwicklung der Institutionen im Rahmen der europäischen Integration. Sie widmet sich zum Beispiel dem Prozessrecht vor dem Europäischen Gerichtshof. Grundsätzlich geht es um Fragen, die die Koordination der Wirtschafts- und Fiskalpolitik der EU-Länder in der Währungsunion betreffen. Darüber

hinaus beschäftigt sich die Forschungsgruppe speziell mit der Analyse der politischen, juristischen und institutionellen Rahmenbedingung für die Osterweiterung. Eine weitere wichtige Aufgabe: Sie beobachtet die Europäische Union, ihre Organisationen und politischen Parteien und macht Vorschläge für strukturelle Reformen.

II Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik

Diese Forschungsgruppe ist in vier Untergruppen gegliedert, welche sich jeweils mit sektorspezifischen Fragestellungen der Marktgestaltung und Marktprozessen im Rahmen der europäischen Integration befassen. Im einzelnen arbeiten die Gruppen zu den Bereichen europäisches Telekommunikations-, Pharma- sowie Wettbewerbsrecht und Umweltpolitik. Auch aktuelle Themen finden Eingang in die Forschungstätigkeit: Es werden zum Beispiel die verfassungsrechtlichen Grenzen für die Forschung an embryonalen Stammzellen erörtert.



Das Podium beim „Parlamentsforum zur EU-Erweiterung“:
v.l.: ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Peter Doyle, Leiter der EU-Delegation in Irland, Lajos Peterle, ehemaliger Ministerpräsident von Slowenien und Mitglied des Konvents sowie Dr. Emil Mintchev, wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI

Da besonders hier aktuelle Themen Eingang in die Forschungstätigkeit finden, weist gerade diese Forschungsgruppe intensive Beratungstätigkeit von Politik, Industrie und Verbänden auf. In zahlreichen Veranstaltungen mit hochkarätigen Teilnehmern werden Erkenntnisse gewonnen und ausgetauscht.

III Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa

Im Mittelpunkt der Arbeiten dieser Forschungsgruppe steht die Beschäftigung mit der Frage nach der Gestaltung der Fiskalpolitik der Mitgliedsländer in der Währungsunion.

Die Auseinandersetzung erfolgt zum Teil im Rahmen von Studien über die Fiskalpolitik der EU in den vergangenen Jahren bzw. über fiskalische Regeln. Zudem widmet sich die Forschungsgruppe kritisch der europäischen Geldpolitik.

IV Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung

Die Arbeit dieser Gruppe konzentriert sich auf Fragestellungen, die das Thema Arbeitsmarkt, seine Institutionen und Probleme betreffen. Untersucht wird in diesem Zusammenhang der Einfluss der unterschiedlichen Strukturen in den EU-Ländern auf die Arbeitsmarktsituation. Dazu gehört auch die vertiefte Auseinandersetzung mit der Frage, ob eine gesamteuropäische Beschäftigungsstrategie der Heterogenität der Arbeitslosigkeit gerecht wird.

V Erweiterung der Europäischen Union

Diese Forschungsgruppe setzt sich mit Fragen auseinander, die die Erweiterung der EU betreffen. Untersucht werden wirtschaftspolitische, rechtliche und ökonomische Faktoren des Erweiterungsprozesses, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der Geld- und Währungspolitik, aber auch des

Arbeitsmarktes in den Beitrittsländern. Beobachtet wird darüber hinaus die Entwicklung der öffentlichen Meinung zum Thema „EU-Erweiterung“.

VI Europas Rolle in der Welt

Mit der Rolle der EU im Kontext der weltweiten wirtschaftlichen Organisationen und den euro-transatlantischen Beziehungen beschäftigt sich diese Gruppe. Inhaltlich geht es dabei um den Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, aber auch um Kooperationen zwischen Europa und Asien in den Bereichen Bildungs- und Beschäftigungspolitik. Ein weiteres wichtiges Thema mit zunehmender Relevanz: die Auswirkungen der Terroranschläge in den USA auf die zukünftigen Aufgaben Europas.

VII Europäische Identität und der Dialog der Kulturen

Den Themen „Europäische Identität“ und „Interkultureller Dialog“ widmet sich diese Forschungsgruppe am ZEI. Dazu gehören Fragen und Probleme aus den Bereichen der Ethik und der Sprachwissenschaft; diskutiert wird darüber hinaus über den Einfluss der Religionsvielfalt auf das gesellschaftliche Zusammenleben. Die Gruppe macht auf die Notwendigkeit der interkulturellen Verständigung für ein friedliches Zusammenleben auf der Welt aufmerksam.

Die sieben Forschungsgruppen, die in der Regel institutionen- und fächerübergreifend besetzt sind, treffen sich regelmäßig. Sie leisten einen wertvollen Beitrag im Sinne eines intensiven Dialogs mit Politik und Praxis zu gesellschaftlich relevanten Fragestellungen. Unterstützt wird ihre Arbeit durch Foren und Arbeitsgruppen. Vorträge und Diskussionen sowie internationale Tagungen mit internationalen Fachleuten – vom ZEI durchgeführt – sorgen zudem für eine weiterführende Beschäftigung mit spezifischen Fragen.

Forschungsgruppe I: „Institutionen und Institutionen- entwicklung in Europa“

Helmut Kohl am ZEI

Ein voller Saal empfing den einzigen lebenden Ehrenbürger Europas, Dr. Helmut Kohl, im Rahmen eines „ZEI-Europaforum“ am 14. Januar 2002. Über tausend Gäste versuchten zumindest eine freie Stehfläche in der Aula der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu erheischen, um den ehemaligen Bundeskanzler über das Thema „Der Euro und die Zukunft Europas“ sprechen zu hören. „Ein Stück gelebte Identifikation mit Europa“ – so charakterisierte Helmut Kohl die Einführung des Euro am 1. Januar 2002. Allen Unkenrufen zum Trotz bedeute die reibungslose Einführung der neuen Währung „eine tiefe Zäsur in der europäischen Geschichte“. Die Entscheidung sei definitiv, die europäische Einigung damit „unumkehrbar“. Gerade wir Deutschen hätten daran aufgrund unserer geographischen Mittellage in Europa größtes Interesse.

Nachdrücklich wies Helmut Kohl die These zurück, mit der Aufgabe der D-Mark habe er die Wiedervereinigung erkaufte. Er erinnerte daran, dass die wesentlichen Entscheidungen zur Währungsunion bereits deutlich vor dem deutschen Einigungsprozess getroffen wurden. In den optimistischen Grundton der europäischen Grundsatzrede des Bundeskanzlers mischten sich jedoch auch nachdenkliche, historisch weit ausgreifende, auch anekdotische und tief emotionale Passagen. Er wisse, wie schwer es vielen Deutschen, vor allem in der älteren Generation, falle, die D-Mark aufzugeben. Auch für die Ostdeutschen, die vor zehn Jahren erst die D-Mark erhielten, sei dies schwierig. Doch es habe keine Alternative gegeben.

Und er prognostizierte: „In fünf Jahren wird in London, in zehn Jahren in Zürich mit dem Euro bezahlt“.

Zum Euro hat im übrigen auch Prof. Dr. Michael Gehler, permanenter Senior Fellow des ZEI, geforscht. Er hat einen einjährigen Forschungsaufenthalt am ZEI genutzt, um mehrere Publikationen zu erstellen, darunter: „Europa. Von der Utopie zum Euro“, Frankfurt 2002. Als ZEI Discussion Paper



Über 1000 Gäste kamen am 14. Januar 2002 in die Aula der Universität Bonn, um Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl über das Thema „Der Euro und die Zukunft Europas“ sprechen zu hören. Er war der Einladung zu einem „ZEI-Europaforum“ gefolgt.

erschien sein Zeitzeugengespräch mit dem ersten deutschen EWG-Kommissar Hans von der Groeben, „Europäische Integration aus historischer Erfahrung“ (C 108/2002).

Institutionelles Recht

Die Forschungsprojektgruppe „Institutionelles Recht der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft“ befasst sich mit den Institutionen, Verfahren und Prinzipien der europäischen Integration, dem Prozessrecht vor dem Europäischen Gerichtshof, mit den politischen, rechtlichen und institutionellen Integrationsbedingungen für eine erfolgreiche Osterweiterung sowie mit allgemeinen Fragestellungen aus dem Bereich der EG-Grundrechte und -Grundfreiheiten.

Lehrbuchprojekte

Schwerpunkt der Tätigkeiten der Forschungsgruppe war im Jahr 2002 die Arbeit an einer Reihe von Lehrbüchern: Im Herbst 2002 erschien nach umfangreichen 18-monatigen Vorarbeiten die zweite Auflage des Lehrbuchs „EU-/EG-Prozessrecht“ von Prof. Dr. Christian Koenig LL.M., Prof. Dr. Matthias Pechstein (Viadrina-Universität Frankfurt/Oder) und Claude Sander, der als dritter Co-Autor gewonnen werden konnte. Eines der Markenzeichen der Neuauflage ist die ausführliche Behandlung des prozessrechtlichen Konkurrentenschutzes in Beihilfen- und Wettbewerbssachen. Vollständig eingearbeitet wurden auch die durch den Vertrag von Nizza erfolgten Reformen des EG-Rechtsschutzsystems.

Im Sommer 2002 wurde ferner mit den Arbeiten an der vierten Auflage des Lehrbuchs „Europarecht“ von Prof. Dr. Christian Koenig LL.M. und Dr. Andreas Haratsch begonnen, die voraussichtlich im April 2003 erscheinen wird. Das Lehrbuch wurde in jeder Hinsicht aktualisiert, insbesondere sind die sich aus dem Vertrag von Nizza ergebenden Änderungen eingearbeitet worden.

Ebenfalls in Angriff genommen wurde eine zweite Auflage der Studienauswahl „Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs“, die von Prof. Dr. Christian Koenig LL.M., und Prof. Dr. Matthias Pechstein herausgegeben wird. Sie wird gegenüber der ersten Auflage deutlich erweitert werden und nunmehr 231 Entscheidungen umfassen.

Etwas im Hintergrund der Lehrbuchprojekte standen eine Reihe weiterer Forschungsvorhaben. Exemplarisch genannt seien die folgenden vier Themen: Dr. Jürgen Kühling LL.M. erarbeitete eine umfangreiche Grundlagenstudie zum Grundrechtsschutz auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union, die im Frühjahr 2003 in dem von Prof. Dr. Armin von Bogdandy herausgegebenen Band „Europäisches Verfassungsrecht“ erscheinen wird. Jens-Daniel Braun und Moira Kettner beschäftigten sich ausführlich mit der Rechtsprechung der Gemeinschaftsgerichte zum Individualrechtsschutz. Ihre Studie wird Anfang 2003 in der Fachzeitschrift „Die öffentliche Verwaltung“ erscheinen. Prof. Dr. Christian Koenig LL.M. und Jens-Daniel Braun untersuchten anhand des Beispiels des hessischen und des sachsen-anhaltinischen Lotterierechts die

Auswirkungen der EG-Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit auf das deutsche Recht. Die Vereinbarkeit nachvertraglicher Wettbewerbsverbote mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit des EG-Vertrags analysierten Prof. Dr. Christian Koenig LL.M. und Ulrike Steiner in einem Beitrag für die Fachzeitschrift „Neue juristische Wochenschrift“.

Expertenrat Konvent

Die Arbeit des „Konvents zur Zukunft der Europäischen Union“ unter der Leitung des ehemaligen französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing wird von Seiten der nordrhein-westfälischen Landesregierung durch einen „Expertenrat der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zur Begleitung des EU-Konvents“ unterstützt, in dem Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie politische Entscheidungsträger Ideen austauschen und konkrete Reformvorschläge entwickeln. In diesen Expertenrat wurde bereits im Jahr 2001 Prof. Dr. Christian Koenig LL.M. als einer der Vertreter der Europarechtswissenschaft berufen. Er wird von Winfried Rasbach unterstützt. Im Rahmen dieser Beratungstätigkeit wurde eine Vielzahl von Einzelfragen kurzgutachterlich untersucht. Einen Schwerpunkt bildeten dabei Überlegungen zu einer institutionellen Verstärkung des Subsidiaritätsprinzips.

Europäischer Gerichtshof

Insoweit die EU staatsähnliche Züge trägt, ist dies nicht nur das Ergebnis aktiver integrationspolitischer Entscheidungen der Mitgliedstaaten. Es ist auch die von den Mitgliedstaaten eher passiv hingenommene Konsequenz der richterlichen Rechtsfortbildung durch den EuGH. Das neue Forschungsprojekt von Dr. Marcus Höreth wird zunächst die gängigen Erklärungsansätze für den Beitrag des EuGH bei der Entwicklung der europäischen „polity-in-the-making“ kritisch diskutieren. Dabei vertritt das Projekt die Analogisierungsthese: Der EuGH wird als ein Verfassungsgericht konzeptualisiert, welches prinzipiell mit Verfassungsgerichten in anderen sich föderal organisierenden Mehrebenensystemen vergleichbar ist. Gerade im Hinblick auf zwei Kernfunktionen von Verfassungsgerichten – ihrer Rolle als „Streitschlichter“ und als Integrationsmotor – lassen sich durch eine systematische Berücksichtigung föderaler Vergleichserfahrungen Erkenntnisse gewinnen, die als

Bausteine einer Theorie supranationaler Höchstgerichtsbarkeit dienen können.

Folgende Hypothesen stehen im Zentrum des Projektes:

- (1) Während sich Verfassungsrichter zunehmend als Gesetzgeber gerieren, verhalten sich Mitglieder der Legislative und Exekutive in „antizipierender Reaktion“ auf die verfassungsgerichtliche Beurteilung ihrer Akte zunehmend selbst wie Verfassungsrichter.
- (2) Dies hat nicht nur integrationsbefördernde Effekte, sondern stärkt zwangsläufig diejenigen Akteure, denen gemeinhin ein Kompetenzvorsprung unterstellt wird: die Verfassungsrichter.
- (3) In der Terminologie der Delegationstheorie kann die zunehmende Selbstständigkeit der Verfassungsgerichte als ein Prozess begriffen werden, in dem diese allmählich selbst zu „principals“ werden.

Diese Hypothesen werden durch einen systematischen Vergleich der Verfassungsgerichtsjudikatur des U.S. Supreme Court, EuGH und BVerfG empirisch überprüft. Ziel des Forschungsprojektes ist zu zeigen, dass die oben beschriebenen Entwicklungstrends in den drei untersuchten Mehrebenensystemen zwar durchaus unterschiedlich weit fortgeschritten sind, gleichwohl aber funktional einem ähnlichen Entwicklungspfad folgen.

Kompetenzverteilung in der EU

Zu den vordringlichen Aufgaben des europäischen Konvents gehört die Reform der Kompetenzverteilung in der Europäischen Union. Im Kern geht es um die Frage, welche wirtschaftspolitischen Aufgaben auf der Ebene der Union erledigt werden müssen und welche in der Zuständigkeit der nationalen Regierungen, der Regionen und der lokalen Gebietskörperschaften liegen sollten. Kritik an der vermeintlichen Tendenz zu großer Zentralisierung der Europäischen Union haben in den letzten Jahren nicht zuletzt die deutschen Bundesländer geübt, die in der Politik der europäischen Kommission beispielsweise gegenüber Landesbanken und kommunalen Versorgungsbetrieben

eine unangemessene Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit sehen.

In der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion wird die Kompetenzverteilung unter dem Stichwort „Fiskalischer Föderalismus“ diskutiert. Traditionell geht es in der ökonomischen Analyse um Effizienzgesichtspunkte in der Versorgung mit öffentlichen Gütern; erst in den letzten Jahren haben Aspekte der Politischen Ökonomie in der Debatte an Gewicht gewonnen. Die neueren Arbeiten zu diesem Thema betonen v.a. die Rolle des Subsidiaritätsprinzips. ZEI-Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen und der französische Wirtschaftswissenschaftler Jean Pisani-Ferry, Leiter des Conseil d'Analyse Economique des französischen Ministerpräsidenten, diskutieren in einer gemeinsamen Arbeit die Grundsätze der Kompetenzverteilung in Europa.

Sie argumentieren, dass der prozedurale Aspekt der Kompetenzverteilung, d.h. die Gestaltung des Verfahrens zur Änderung der Kompetenzverteilung, wichtiger ist als die Definition eines Kompetenzkatalogs, wie er von den deutschen Ländern gefordert wurde. Pisani-Ferry und von Hagen stellten ihre gemeinsame Arbeit bei verschiedenen wissenschaftlichen Veranstaltungen vor, darunter bei der Jahrestagung des französischen Verbands der Wirtschaftswissenschaftler, bei einer Veranstaltung der Europäischen Kommission in Brüssel im November 2002 und in einem wissenschaftlichen Vortrag an der Universität Forlì, Italien.

Im Zusammenhang mit der Kompetenzverteilung wird in Deutschland und Frankreich auch besonders die Frage der sog. Öffentlichen Daseinsvorsorge diskutiert, also die Versorgung der Bevölkerung mit grundlegenden Dienstleistungen wie Wasser, Elektrizität usw. Während die Europäische Kommission auch diese Bereiche dem Wettbewerb öffnen will, befürchten deutsche Kommunen und Länder den Verlust traditioneller Monopolstellungen, die zur Quersubvention anderer öffentlicher Leistungen benutzt werden. Das ZEI veranstaltete zu diesem Thema gemeinsam mit dem Arbeitskreis Europäische Integration e.V., der Vereinigung europäisch orientierter Juristen, Politikwissenschaftler und Ökonomen in Deutschland am 13. – 14. Juni eine wissenschaftliche Tagung. In mehreren Referaten befassten sich die Sprecher dort mit dem Spannungsfeld von Deregulierung, Wettbewerb und den Interessen lokaler Gebietskörperschaften.

Ebenfalls zum Thema „Kompetenzverteilung in Föderationen“ lieferte Prof. Dr. Jürgen von Hagen einen Beitrag zu der Tagung der International Association of Federations in St. Gallen am 27. – 29. August. Zusammen mit weiteren wissenschaftlichen Beiträgen war er Grundlage der Diskussion führender Politiker und Wissenschaftler aus föderalen Staaten der ganzen Welt.

Wirtschaftspolitische Wettbewerb

In der wirtschaftspolitischen Debatte um die institutionelle Entwicklung der EU nimmt die Frage des Verhältnisses der verschiedenen wirtschaftspolitischen Systeme in den Mitgliedsländern zueinander einen breiten Raum ein. Diese Debatte hat mehrere Facetten. Ein Teil der Diskussion konzentriert sich auf die Frage, inwieweit die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer im Wettbewerb zueinander stehen können oder harmonisiert und koordiniert werden müssen. Ein zweiter Teil der Diskussion betrachtet die Notwendigkeit eines fiskalischen Verbunds der Mitgliedstaaten der Währungsunion nach dem Muster des deutschen Finanzausgleichs zur Sicherung von Beschäftigungsstabilität in den einzelnen Mit-

gliedsländern. Ein dritter Teil befasst sich mit dem Problem des Steuerwettbewerbs in Europa. In einem vierten Teil schließlich geht es um die Ent-

Die bisherigen Mechanismen und Prozesse zur Koordination der Wirtschaftspolitik sind zu wenig auf die speziellen Probleme der Währungsunion zugeschnitten.

wicklung der lokalen Gebietskörperschaften in Europa und ihr Verhältnis zu den übergeordneten politischen Ebenen in der Union. Die Abteilung führt seit 1997 ein breit angelegtes Forschungsprogramm durch, das Beiträge zur Beantwortung dieser Fragen leistet.

Koordination der Wirtschaftspolitik in der EU

Die EU hat zur Koordination inzwischen eine Reihe von Mechanismen wie Wirtschaftspolitische Richtlinien, „Luxemburg Prozess“, „Cardiff Prozess“ und „Köln Prozess“ geschaffen, die unterschiedliche Aspekte der Wirtschaftspolitik abdecken. Inwieweit diese jedoch in der Lage sind, die grundlegende Aufgabe zu lösen, eine konsistente Wirtschaftspolitik zu liefern, ist umstritten. ZEI Fellow Susanne Mundschenk und Prof. Dr. Jürgen von Hagen arbeiten in

einem gemeinsamen Projekt an der Analyse der wirtschaftspolitischen Aspekte dieser Frage.

Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die Entstehung von wirtschaftspolitischen „Klubgütern“ in der Europäischen Währungsunion. Klubgüter sind wirtschaftspolitische Größen wie der gemeinsame Wechselkurs und die gemeinsame Inflationsrate, an denen alle Teilnehmer der Währungsunion gemeinschaftlich partizipieren. Diese Klubgüter erfordern eine neue Definition wirtschaftspolitischer Verantwortlichkeiten in der Währungsunion. In einem Beitrag zu der Konferenz der Österreichischen Nationalbank in Wien über die Wirtschaftspolitik in der Wirtschafts- und Währungsunion im März 2002 zeigten Susanne Mundschenk und Prof. Dr. Jürgen von Hagen, dass die bisherigen Mechanismen und Prozesse zur Koordination der Wirtschaftspolitik zu wenig auf die speziellen Probleme der Währungsunion zugeschnitten sind.

Aufgrund ihrer institutionellen Gestaltung ist zu vermuten, dass diese Prozesse weitgehend ineffektiv bleiben werden. Dies liegt nicht zuletzt an der Beschränkung der Koordination auf den bloßen Austausch von Absichtserklärungen und der mangelnden Möglichkeit zu bindenden Absprachen. Mit Hilfe einer spieltheoretischen Analyse untersuchen Mundschenk und von Hagen die strategischen Ergebnisse der Koordination der Wirtschaftspolitik in der Währungsunion. Ihre Untersuchung betont den Unterschied zwischen einer langfristigen und einer kurzfristigen Perspektive der Wirtschaftspolitik. Langfristig sind in der Währungsunion Preisniveau und Beschäftigungsniveau voneinander unabhängig, und es besteht keine Notwendigkeit zur Koordination der Wirtschaftspolitik zwischen den Mitgliedstaaten der EWU bzw. zwischen ihnen und der EZB. Kurzfristig ergeben sich aber aufgrund von Lohn- und Preisrigiditäten Zielkonflikte zwischen einer auf Preisstabilität ausgerichteten Geldpolitik und nationalen, auf ein stabiles Beschäftigungsniveau ausgerichteten Finanzpolitiken.

Die Untersuchung zeigt insbesondere, dass bei einer streng am Ziel der Preisstabilität ausgerichteten Geldpolitik der EZB die nationalen Finanzpolitiken der Mitgliedsländer der Währungsunion in einem Verteilungswettbewerb um ein kurzfristig gegebenes Volumen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage im Euroraum stehen. Dieser Verteilungswettbewerb führt dazu, dass unko-

ordinierte Wirtschaftspolitik ineffizient ist. Hier wird offenbar, dass die Gestaltung der wirtschaftspolitischen Institutionen in der Währungsunion von dem Paradigma der langen Frist geleitet war, in der Geld- und Fiskalpolitik unabhängig agieren können. Inwieweit diese Leitvorstellung für die praktische Wirtschaftspolitik in der Währungsunion tragfähig ist, bleibt eine offene Frage. Mundschenk und von Hagen zeigen ebenfalls, dass das grundlegende Problem der Koordination nicht dadurch gelöst wird, dass die Fiskalpolitik auf die Nutzung automatischer Stabilisatoren reduziert wird. Eine solche Beschränkung verschiebt lediglich das Koordinationsproblem auf die Ebene des Designs solcher Stabilisatoren.

Seit dem EU Gipfel von Lissabon im Jahr 2000 bildet der „Lissabon Prozess“ ein Kernelement der wirtschaftspolitischen Koordination in der Union. In seinem Rahmen streben die Regierungen der Mitgliedsländer eine dauerhafte Anhebung der realen Wachstumsrate der EU Wirtschaft auf jährlich drei Prozent an. Dazu sollen in verschiedenen Bereichen der Wirtschaftspolitik wie Arbeitsmarktpolitik, Deregulierung der Märkte für Güter und Dienstleistungen, aber auch Zugang zu und Versorgung mit elektronischen Medien gemeinsam formulierte Ziele und Richtwerte erreicht werden.

Gemeinsam mit dem World Economic Forum (Davos) erstellten ZEI Fellow Susanne Mundschenk und Professor Dr. Jürgen von Hagen zur Beurteilung des Lissabon Prozesses den „Lisbon Review“, der bei der Europäischen Tagung des World Economic Forum Ende September 2002 in Salzburg der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Der „Lisbon Review“ benutzt Daten aus der Unternehmensbefragung des World Economic Forum. Sie geben die Einschätzung der Erfolge des Lissabon Prozesses aus der Sicht der Unternehmen wieder. Mundschenk und von Hagen vergleichen dabei die EU Staaten mit einer Reihe anderer OECD Länder (USA, Australien, Neuseeland, Schweiz, Norwegen) und den zehn mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern. Die Ergebnisse zeigen, dass die meisten EU Länder deutlich hinter den Vergleichsländern der OECD zurückbleiben.

Innerhalb der EU liegt Finnland konsistent an der Spitze der Beurteilung, während Deutschland und Frankreich im Mittelfeld liegen. Die beiden größten Volkswirtschaften der EU sind demnach mit Abstand nicht mehr die wirtschaftlich und wirtschaftspoli-

tisch führenden Länder der EU. Bedenklich stimmt aber auch das Ergebnis dieser Studie, dass es nur einen schwachen Zusammenhang zwischen dem Wachstumsverhalten einer Volkswirtschaft und seiner Beurteilung im „Lissabon Prozess“ gibt. Dies deutet darauf hin, dass der „Lissabon Prozess“ konzeptionell ungenügend ausgestaltet ist.

Regionale Schocks und vertikale Finanzbeziehungen zwischen Regierungen in der Währungsunion

Im Rahmen dieser Forschungsgruppe befassen sich Wirtschaftswissenschaftler auch mit der Frage, ob eine Währungsunion, wie sie die EU inzwischen verwirklicht hat, ein System von horizontalen und vertikalen Transfers nach dem Muster des deutschen Finanzausgleichs benötigt, um ohne größere Schwankungen von Beschäftigung und Output in den einzelnen Mitgliedstaaten mit sogenannten asymmetrischen Schocks, also divergierenden zyklischen Entwicklungen umgehen zu können. Der amerikanische Nobelpreisträger Robert Mundell hatte schon in den 60er Jahren die Vermutung geäußert, dass eine Währungsunion derartige Transfermechanismen benötige; dieser Ansicht folgte u.a. der Delors Report von 1989. Ein Projekt im Rahmen dieser Forschungsgruppe hat die ökonomische Analyse von Transfermechanismen in einer Währungsunion zum Ziel.

Gemeinsame Arbeiten von Prof. Ken Kletzer und Prof. Dr. Jürgen von Hagen entwickeln makroökonomische Modelle einer Währungsunion, in deren Rahmen sich die Mundellsche Vermutung analysieren lässt. Sie zeigen, dass diese Vermutung differenzierter zu betrachten ist, wenn man sie außerhalb des Mundellschen Rahmens, der von Lohn- und Preisrigiditäten gekennzeichnet ist, analysiert. Die makroökonomischen und die wohlfahrtsökonomischen Effekte eines Finanzausgleichs hängen dann wesentlich von der ökonomischen Struktur der Währungsunion und von der Ausgestaltung des Finanzausgleichs ab. Dipl. Volkswirt Patrick Gilles, Junior Fellow der Abteilung ZEI-B, arbeitet diese Analysen im Rahmen seiner Dissertation weiter aus.

Mit der Frage der Versicherung gegen asymmetrische Schocks verbunden ist die

Die beiden größten Volkswirtschaften der EU sind mit Abstand nicht mehr die wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch führenden Länder der EU.

Frage nach der Haftung der Europäischen Union oder ihrer Mitglieder für die Schulden eines Mitgliedstaates, der sich nicht in der Lage sieht, seine finanziellen Verbindlichkeiten zu bedienen. Zwar enthält der Maastricht Vertrag mit der sog. 'no bailout' Klausel einen Passus, der bestimmt, dass eine solche Haftung nicht verlangt werden kann, dennoch lässt der Vertrag den Mitgliedern die Möglichkeit, für die Verbindlichkeiten eines anderen Mitglieds einzutreten. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die ökonomischen Ursachen und politischen Determinanten von 'bail-outs' zu verstehen, d.h.



Beim Brüsseler Workshop „Europas Regionen im Laeken-Prozess – Mitspieler oder Zuschauer?“, Volker Schreiber, Leiter der NRW-Vertretung Brüssel, Prof. Dr. Jürgen Meyer, Vertreter des Deutschen Bundestages im Konvent, ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Alain Lamassoure, Vertreter des Europäischen Parlaments im Konvent, Dr. Rüdiger Bandilla, ehemaliger Direktor im juristischen Dienst des Rates, und ZEI-Senior Fellow Dr. Marcus Höreth

Episoden, in denen Zentralregierungen Verbindlichkeiten untergeordneter Gebietskörperschaften ohne direkte Gegenleistung übernehmen. Dieses Ziel verfolgt ein Projekt, das gemeinsam mit der Interamerican Development Bank durchgeführt wurde: Forschungsgruppen aus verschiedenen lateinamerikanischen Ländern lieferten Studien über 'bailouts' in ihrer Region; die Abteilung organisierte zugleich ein Team von Wissenschaftlern, um eine Studie zu 'bailouts' in OECD Ländern zu erstellen. Die in diesem Rahmen betrachteten Länder sind Deutschland, Italien, Schweden und Australien. Die Ergebnisse des Projekts werden von der Interamerican Development Bank in einem Buch veröffentlicht.

Gemeinsam mit dem schwedischen Forschungsinstitut SNS veranstaltete die Abteilung ZEI-B im Februar 2002 einen Workshop über Probleme des fiskalischen Föderalismus und der Finanzbeziehungen zwischen lokalen Gebietskörperschaften und der Zentralregierung in Schweden. Als Teilnehmer an dem Forschungsprojekt, das Reformvorschläge zur Stärkung der lokalen Selbstverwaltung in Schweden erarbeiten soll, konnten so namhafte Wissenschaftler wie Prof. Dr. Dennis Mueller (Wien), Prof. Robin Boadway (Queens University) und Howard Chernick, Ph.D. (New York) gewonnen werden. ZEI-Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen stellte bei diesem Workshop seine gemeinsame Arbeit mit Matz Dahlberg, Ph.D. (Uppsala) zum Thema „Local Government in Sweden: Is There a

Bailout Problem?“ vor. Die Ergebnisse dieser Tagung werden in einem Band der Reihe ZEI Studies in European Economics and Law (Kluwer Verlag) veröffentlicht.

Im Rahmen eines vom DAAD finanzierten Forschungsprojekts, das das ZEI gemeinsam mit Wissenschaftlern der University of Pittsburgh durchführt, verbrachte ZEI Junior Fellow Guntram Wolff einen Forschungsaufenthalt in Pittsburgh, um über Determinanten von Finanzkrisen in amerikanischen Gemeinden zu arbeiten. Seine empirischen Ergebnisse zeigen, dass Finanzkrisen in Gemeinden auftreten, deren Ausgaben nur relativ schlecht durch die Präferenzen und soziale Struktur ihrer lokalen Bevölkerung erklärt werden. Hohe Verschuldung ist ein weiterer Faktor, der häufig bei Finanzkrisen zu beobachten ist. Wolffs Ergebnisse deuten auf die Bedeutung von Budgetinstitutionen hin, die eine genügend starke Bindung der öffentlichen Ausgaben an die Präferenzen der Wähler sicherstellen.

Europäische Parteien

Das ZEI hat unter Leitung von Dr. Peter Zervakis seine Forschungen zu den Europäischen Politischen Parteien fortgesetzt. Es wird nun versucht, die EG-Integrationsprozesse mit den Ergebnissen der nationalen Parteienforschung zu verbinden sowie ihre jeweiligen Wechselwirkungen im Europäischen Parlament vergleichend zu analysieren. Folgende Fragenkomplexe werden berücksichtigt:

- *Verändert die „Europäisierung von Interessen“ den Inhalt dessen, was allgemein als „Interessen“ definiert und im politischen Prozess als legitim akzeptiert wird?*
- *Was ist unter den Begriffen „Europäische Parteien“, „politische Parteien auf europäischer Ebene“ oder „föderative Parteien“ zu verstehen?*
- *Welche Möglichkeiten zur Regelung ihrer Struktur, Arbeitsweise und Finanzierung sehen die Parteiengruppierungen im einzelnen vor und wie funktionieren sie?*
- *Gibt es trotz der Vielfalt transnationaler Interessenorganisationen eine besondere Art gemeinsamer Transmissionsprozesse innerhalb der politischen Parteiengruppierungen und ihrer Akteure auf nationaler wie europäischer Ebene zur Überführung nationaler Interessen in Gemeinschaftsziele?*

Am Beispiel der konkreten Demokratisierungsaktivitäten der europäischen Parteienbünde in Zusammenarbeit mit nationalstaatlichen parteinahen Stiftungen in Südeuropa in den 1970er Jahren und in Osteuropa in den 1990er Jahren sollen die Thesen exemplarisch empirisch untersucht werden.

Einen konzeptionellen Analyserahmen für das Wirken von europäischen politischen Parteien zu entwerfen, unternimmt der Band 33 der Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, „European Political Parties between Cooperation and Integration“, (Karl Magnus Johansson / Peter Zervakis, eds.), Baden-Baden 2002. Hierbei wird sowohl auf die verfassungsrechtlichen und institutionellen Voraussetzungen eingegangen als auch auf die praktischen Organisationsabläufe in den vier bedeutendsten europäischen Parteien. An dem Band haben Experten aus vier Ländern der EU mitgewirkt.

Die EU nach Nizza

Die Beschlüsse des Europäischen Rates von Nizza haben die Auseinandersetzung über die künftige Ausgestaltung des europäischen Institutionensystems nachhaltig in Gang gesetzt. Die Debatte um die nächste „große Regierungskonferenz“ hat begonnen. Anders als in Nizza, wo allenfalls institutionelle Teilanpassungen vollzogen wurden, soll entweder eine nächste Regierungskonferenz oder ein Verfassungskonvent einen gründlichen und umfassenden Verfassungsvertrag entwerfen, unter Umständen im Sinne eines föderalen Ordnungsmodells.

Band 33 der Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung („The Post-Nice Process: Towards a European Constitution?“, hg. von Peter J. Cullen und Peter A. Zervakis, Baden-Baden, Nomos-Verlag 2002) versucht, einen konzeptionellen Analyserahmen für die Voraussetzungen eines solchen Reformprogramms interdisziplinär zu entwerfen. Dabei kommen die unterschiedlichen Zielsetzungen in den Mitglieds- und Kandidatenländern zur Sprache. An dem Buch haben Experten aus sechs Ländern mitgearbeitet. Ihre Beiträge gehen auf eine Tagung der Europäischen Rechtsakademie in Zusammenarbeit mit dem ZEI in Trier 2001 zurück. Der Band ist das erste Ergebnis eines gemeinsamen Projekts beider Institutionen, das bis zur nächsten Regierungskonferenz im Jahr 2004 reicht.

Kompetenzabgrenzung

Das ZEI hat im Jahr 2002 durch weitere Bände in seiner Reihe „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ einen Beitrag zur europäischen Verfassungsdiskussion geleistet. So etwa durch den Band „Europäische Kompetenzabgrenzung als deutsches Verfassungspostulat – Dokumente zu Entstehung und Auswirkung des Artikels 23 GG“, Baden-Baden 2002. Der Herausgeber, Uwe Leonardy, als Beamter von Niedersachsen im Rahmen der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat 1991/92 selbst an der Konzipierung des sogenannten Europa-Artikels beteiligt, dokumentiert dessen Genese auf der Grundlage von Quellen, die bisher weder erschlossen noch überhaupt für die Forschung zugänglich waren. Auf der gleichen Basis führt er dies mit der Entfaltung der Außenwirkung von Art. 23 Abs. 1 GG bis zum Vertrag von Nizza fort.

Regionale Zusammenarbeit

Am 14. November 2002 führte die Forschungsgruppe gemeinsam mit der NRW-Vertretung in Brüssel einen Workshop zum Thema „Europas Regionen im Laeken-Prozess – Mitspieler oder Zuschauer?“ durch. An der Roundtable-Diskussion nahmen teil: Prof. Dr. Jürgen Meyer, Vertreter des Deutschen Bundestages im Konvent; Alain Lamassoure, Vertreter des Europäischen Parlaments im Konvent; Dr. Rüdiger Bandilla, ehemaliger Direktor im juristischen Dienst des Rates; Dr. Marcus Höreth und Prof. Dr. Ludger Kühnhardt.

Etwa 70 Gäste diskutierten mit den Referenten über die zukünftige Rolle des Ausschusses der Regionen (AdR) im europäischen Entscheidungssystem, über die Ausgestaltung des Subsidiaritätsprinzips sowie über den Einfluss der konstitutionellen Regionen im Laeken-Prozess.

Entschieden widersprach Lamassoure der Vorstellung, europäische Verträge oder eine zukünftige europäische Verfassung dürften in die Territorialordnung der Mitgliedstaaten hineinwirken. Im Ausschuss der Regionen sah der ehemalige französische Europaminister eine offizielle Interessenvertretung der Regionen, die jedoch nicht hinreichend demokratisch legitimiert sei und auch in Zukunft nicht mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden solle. Prof. Dr. Meyer unterstrich als Angehöriger der

Konvents-Arbeitsgruppe I „Subsidiaritätsprinzip“ die Bedeutung des Grundsatzes und forderte seine Aufnahme in eine zukünftige Verfassungspräambel. Die Überwachung der Achtung des Subsidiaritätsprinzips solle vor Inkrafttreten der jeweiligen Rechtsakte erfolgen, unter frühzeitiger Beteiligung der nationalen Parlamente am Rechtsetzungsverfahren. Der EuGH und keine neue Instanz müsse grundsätzlich die nachträgliche juristische Überwachung übernehmen. Dr. Bandilla erläuterte, dass Regionen im Rat „nicht ignoriert werden, aber unsichtbar“ seien: Auch ein Vertreter einer regionalen Regierung würde im Rat stets als Vertreter seines Mitgliedstaates betrachtet. Bandilla lehnte eine direkte Entscheidungsbeteiligung des AdR ab.

Aufbauend auf grundlegenden Darstellungen zum rechtlichen Rahmen der regionalen Zusammenarbeit und zum allgemeinen Charakter der Grenzen innerhalb der EU bietet der Sammelband 39 „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Regionen in Europa“ (hg. von Xuewu Gu, Baden-Baden 2002) eine Analyse dieser Zusammenarbeit in ausgewählten Politikfeldern. Untersucht werden z.B. Innen- und Rechtspolitik, regionale Strukturpolitik und Umweltschutz. In einem besonderen Teil wird die Zukunft dieser transregionalen Zusammenarbeit beleuchtet.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Cullen, Peter J./Peter Zervakis (eds.): „The Post-Nice Process: Towards a European Constitution?“, Bd. 49 der Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Baden-Baden 2002

Höreth, Marcus: „Das Demokratiedefizit lässt sich nicht wegreformieren. Über Sinn und Unsinn der Europäischen Verfassungsdebatte“, in: Internationale Politik und Gesellschaft 4/2002, S. 11-38

Johansson, Karl Magnus/Peter Zervakis (eds.): „European Political Parties between Cooperation and Integration“, Band 33 der Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Baden-Baden 2002

Koenig, Christian/Matthias Pechstein/Claude Sander: EU-/EG-Prozessrecht, 2. Aufl. 2002.

Koenig, Christian/Braun, Jens-Daniel: „Das Geld muss im Lande bleiben“. Über die Unvereinbarkeit der Neuregelung des hessischen und des sachsen-anhaltinischen Lotterierechts mit der EG-Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit, in: Sächsische Verwaltungsblätter (SächsVBl) 2002, S. 157-164

Koenig, Christian/Steiner, Ulrike: „Die Vereinbarkeit nachvertraglicher Wettbewerbsverbote mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit des EG-Vertrags“, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 2002, S. 3583-3588

Mundschenk, Susanne/Jürgen von Hagen: „The Lisbon Review 2002-2003: An Assessment of Policies and Reforms in Europe“. Davos: World Economic Forum

Mundschenk, Susanne/Jürgen von Hagen: „Koordination der Geld- und Fiskalpolitik in der EWU“, in: DIW Vierteljahreshefte 2002:3

Mundschenk, Susanne/Jürgen von Hagen: „The functioning of Economic Policy Coordination in Europe“, in: André Sapir/Marco Buti: „EMU and Economic Policy in Europe: The Challenge of the Early Years“. London: Edward Elgar 2002

Vos, Hendrik/Emilie Baillieux: „The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken“, Discussion Paper des Zentrum für Europäische Integrationsforschung C 102/2002

Forschungsgruppe II: „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

Europäisches Kommunikationsrecht

Die Forschungsgruppe „Europäisches Kommunikationsrecht“ beschäftigt sich vorrangig mit rechtlichen Fragestellungen der gemeinschaftlichen Regulierung der Kommunikationsmärkte. Einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt bildete hierbei wie schon im Vorjahr der 1999 von der Kommission eingeleitete Überprüfungsprozess des europäischen Telekommunikationsrechts, der 2002 mit der Verabschiedung eines neuen Rechtsrahmens der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet der elektronischen Kommunikation einen Abschluss gefunden hat.

Die Arbeit der Projektgruppe spiegelt sich für das Jahr 2002 nicht nur in einer umfangreichen Publikationstätigkeit, sondern gerade auch im Kontakt mit Wissenschaft und Praxis durch Veranstaltungen und Beratungstätigkeiten sowohl auf formeller als auch auf informeller Ebene wider.

Publikationen

Die Publikationstätigkeit der Forschungsgruppe wurde im Jahr 2002 im Wesentlichen von drei Buchveröffentlichungen geprägt. Im Spätsommer 2002 ist das englischsprachige Handbuch zum europäischen Telekommunikationsrecht bei Kluwer Law International erschienen. Dabei konnten im Verlauf des Herstellungsprozesses noch die letzten Änderungen des in seinen zentralen Bestandteilen erst Ende April 2002 in Kraft getretenen neuen Rechtsrahmens der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet der elektronischen Kommunikation berücksichtigt werden. Das in Zusammenarbeit mit dem Senior Fellow Dr. Andreas Bartosch entstandene Werk, an dem sämtliche Mitarbeiter der Forschungsgruppe als Co-Autoren beteiligt waren, konnte somit als erste umfassende Darstellung des bislang geltenden und des künftigen europäischen Telekommunikationsrechts überhaupt erscheinen. Durch sein Erscheinen in englischer Sprache sollen Kontakte der Autoren auch in der internationalen Diskussion zum Telekom-

munikationsrecht erleichtert werden.

Die beiden anderen Buchveröffentlichungen sind im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie erstellte Studien. Während die im Frühjahr erschienene Monographie über Internetplattformen in der Unternehmenspraxis auf eine Studie zurückgeht, die im Vorjahr in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftlichen Institut für Kommunikationsdienste (wik) erstellt wurde, basiert die im Herbst erschienene Schrift zum funktionsfähigen Wettbewerb auf den Telekommunikationsmärkten auf einer juristisch-ökonomischen Untersuchung aus dem Jahr 2002.

Beratungstätigkeit

Auch im Jahr 2002 hat die Forschungsgruppe „Europäisches Kommunikationsrecht“ wieder eine Studie für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erstellt. In interdisziplinärer Zusammenarbeit mit Professor Dr. Ingo Vogelsang, Inhaber eines Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Boston University, wurde ein Konzept zur Bestimmung des telekommunikationsrechtlichen Begriffs des funktionsfähigen Wettbewerbs erarbeitet. Hierbei wurde nicht nur das geltende deutsche und europäische Recht einer ausführlichen Analyse unterzogen, sondern vor allem auch der neue Rechtsrahmen der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet der elektronischen Kommunikation in die Untersuchung einbezogen. Hierauf aufbauend wurden konkrete regulierungsökonomische Vorschläge formuliert, wie im Zuge der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes auf normativer Ebene die Voraussetzungen für die Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs auf den deutschen Telekommunikationsmärkten geschaffen werden können. Die Untersuchung ist mittlerweile in Buchform erschienen.

Veranstaltungen

Am 23. Mai 2002 richtete die Forschungsgruppe eine Expertenkonferenz zu den Defiziten des Telekommunikationsrechts und Abhilfemöglichkeiten unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Internet-



Dr. Gunnar Bender (AOL Deutschland) spricht auf der Expertenkonferenz zu den Defiziten des Telekommunikationsrechts und Abhilfemöglichkeiten. Auf dem Podium ZEI-Direktor Prof. Dr. Christian Koenig LL.M. und Jürgen Grützner (VATM e. V.)

Service-Providern aus. Im Rahmen der Veranstaltung wurde das deutsche und europäische Telekommunikationsrecht einer kritischen Würdigung mit Blick auf die regulatorischen Herausforderungen des Internetzeitalters unterzogen.

Der anstehenden Umsetzung des neuen EG-Rechtsrahmens auf dem Gebiet der elektronischen Kommunikation widmete sich ein Expertenworkshop, den die Forschungsgruppe „Europäisches Kommunikationsrecht“ am 20. November ausrichtete. Im Gegensatz zu einer auf einen größeren Teilnehmerkreis zielenden Konferenz setzte der Workshop zur Regulierung von Telekommunikationsmärkten im Zuge der europäischen Integration ausdrücklich auf eine enge zahlenmäßige Beschränkung. Diese ermöglichte einen intensiven Meinungsaustausch zwischen sämtlichen anwesenden Vertretern des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit und der Regulierungsbehörde sowie den weiteren Teilnehmern aus Wissenschaft und Praxis. Ferner wurde in Kooperation mit der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der Haifa University, der Al-Quds University sowie der Hebrew University die für 2003 geplante „European Summer University on Telecommunications Law and E-Commerce Legislation“ initiiert und konzipiert.

Die Prozessvertretung der niederländischen Apotheke DocMorris vor dem EuGH verschaffte Prof. Dr. Christian Koenig LL.M. die Möglichkeit, ein anhängiges Vorabentscheidungsverfahren aktiv zu begleiten.

Europäisches Pharmarecht, Regulierung Europäischer Gesundheitsmärkte

Die Forschungsgruppe „Europäisches Pharmarecht, Regulierung Europäischer Gesundheitsmärkte“ setzte im Berichtszeitraum die im Vorjahr begonnenen Aktivitäten fort und weitete zugleich ihren Tätigkeitsbereich aus. Zu den fortgesetzten Projekten gehörte insbesondere die Beschäftigung mit den Fragen des grenzüberschreitenden Arzneimittelvertriebs durch in anderen Mitgliedstaaten ansässige Apotheken. Neben diesem Tätigkeitsschwerpunkt beschäftigte sich die Forschungsgruppe intensiv mit den Auswirkungen des Gemeinschaftsrechts, insbesondere der Grundfreiheiten und des Kartellrechts, auf das deutsche Sozialversicherungssystem. Ein besonderes Augenmerk galt in diesem Zusammenhang auch dem Einfluss des europäischen und nationalen Vergaberechts auf das deutsche Gesundheitssystem. Schließlich beschäftigte sich die Forschungsprojektgruppe intensiv mit Rechtsfragen, die sich im Hinblick auf das sogenannte Bioethik-Übereinkommen des Europarates ergeben.

Nachdem die sich im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Arzneimittelversorgung ergebenden Probleme im Vorjahr wissenschaftlich durchdacht und erarbeitet worden waren, lag der Schwerpunkt nunmehr auf der praktischen Umsetzung und Anwendung der theoretisch gewonnenen Erkenntnisse. Dies geschah zum einen durch eine aktive Begleitung der Gesetzgebungsaktivitäten der Bundesregierung, die die Einführung des gesundheitsschützenden regulierten Arzneimittelversandes in naher Zukunft plant. Durch Zusammenarbeit mit dem Bundesgesundheitsministerium konnten auf Arbeitsebene verschiedene Anstöße für die konkrete Gesetzgebungsarbeit gegeben werden.

Daneben brachte die von Prof. Dr. Christian Koenig LL.M. übernommene Prozessvertretung der niederländischen Apotheke DocMorris vor dem EuGH die Möglichkeit mit sich, ein anhängiges Vorabentscheidungsverfahren aktiv zu begleiten. Im Rahmen dieses Verfahrens soll der Europäische Gerichtshof über die Vereinbarkeit eines Arzneimittelversandverbots (wie § 43 Abs. 1 Arzneimittelgesetz) sowie verschiedener Heilmittelwerbeverbote mit dem Gemeinschaftsrecht, insbesondere der Warenverkehrsfreiheit, entscheiden. Diese Rechtsfra-

gen beschäftigen bereits seit einiger Zeit die Mitarbeiter der Forschungsprojektgruppe, die nun auch in die Vorbereitungen der im Dezember 2002 stattgefundenen mündlichen Verhandlung mit einbezogen wurden. Die gewonnenen praktischen Erkenntnisse gaben darüber hinaus Anlass für die Beschäftigung mit weiteren rechtlichen Problemen, so etwa welche Vorwirkungen ein anhängiges Vorabentscheidungsverfahren vor dem EuGH auf den Rechtsschutz vor nationalen Gerichten hat.

Eingebunden in diesen Tätigkeitsbereich wurden schließlich auch die Studenten des Masterstudiengangs. Anhand des praktischen Falls DocMorris erlernten diese zunächst theoretisch verschiedene Fragen des Gemeinschaftsrechts, insbesondere der Grundfreiheiten und des EG-Prozessrechts. Gemeinsam mit acht Mitarbeiterinnen der Forschungsgruppe begleiteten sie im Dezember 2002 dann Prof. Dr. Christian Koenig LL.M. nach Luxemburg, wo die Rechtsfragen vor dem Plenum der 15 EuGH-Richter erörtert wurden. Die von der Forschungsgruppe erarbeiteten und von Prof. Dr. Christian Koenig LL.M. vor dem EuGH vorgetragenen Ergebnisse wurden mittlerweile von der Generalanwältin Six-Hackl bestätigt. In ihren im März 2003 abgegebenen Schlussanträgen trug sie – den Argumenten der Forschungsgruppe folgend – vor, dass ein Verbot für den grenzüberschreitenden Versand von in Deutschland zugelassenen Arzneimitteln nach Deutschland nicht mit der Warenverkehrsfreiheit vereinbar ist.

Zweiter Tätigkeitsschwerpunkt der Forschungsgruppe im Berichtszeitraum war die Beschäftigung mit Fragen der Auswirkungen des Gemeinschaftsrechts auf das deutsche Sozialversicherungssystem. Im Rahmen verschiedener Veröffentlichungen wurde erarbeitet, welche Steuerungsmöglichkeiten nach nationalem und Gemeinschaftsrecht den gesetzlichen Krankenkassen zur Verfügung stehen, um den Wettbewerb im Gesundheitswesen zu fördern und so Kosten für die Versicherten einzusparen. Im Zentrum der Erörterung stand hier die rechtliche Zulässigkeit des Einsatzes von Internetplattformen zur Bestellung von medizinischen Hilfsmitteln (Einwegspritzen, Verbandmaterial etc). Nach Auffassung der Forschungsgruppe ist in Bereichen, in denen aufgrund der sachbezogenen Qualität der Leistungen die persönliche Beziehung der Patienten zu dem jeweiligen Leistungserbringer keine entscheidende Rolle spielt,

eine Beschaffung seitens der Krankenkassen via Internetplattform unter bestimmten Voraussetzungen zulässig. Diese Voraussetzungen, zu denen insbesondere das Verbot der Diskriminierung gehört, wurden von der Forschungsgruppe detailliert herausgearbeitet. In diesem Zusammenhang wurde auch die in der Rechtswissenschaft umstrittene Frage der Anwendbarkeit der Regeln des Kartell- und Wettbewerbsrechts auf Handlungen gesetzlicher Krankenkassen untersucht.

Die Vorbereitung der Gründung einer neuen Forschungsgruppe Vergaberecht gab den Anstoß dafür, sich mit den Auswirkungen des europäischen und deutschen Vergaberechts auch im Gesundheitssektor zu beschäftigen. Die Forschungsgruppe kam zu dem Ergebnis, dass eine Anwendbarkeit des Vergaberechts im Gesundheitswesen keineswegs von vornherein ausgeschlossen ist. Demzufolge wurde dann für verschiedene Leistungsbereiche der gesetzlichen Krankenversicherung analysiert, in welchen Fällen die zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern geschlossenen Beschaffungsverträge nach EG-vergaberechtlichen Vorgaben ausgestaltet werden müssen.

Nicht zu vergessen ist weiterhin die fortgesetzte Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Grundfreiheiten des EG-Vertrags auf das System der gesetzlichen Krankenversicherung. Im Rahmen eines Aufsatzes wurde vor dem Hintergrund der jüngsten EuGH-Rechtsprechung erarbeitet, auf welche Weise das deutsche Vertragsarztsystem gemeinschaftsrechtskonform für die Kollegen aus anderen EG-Mitgliedstaaten geöffnet werden könnte.

Um den aktiven Gedankenaustausch zwischen Krankenkassen, Politik und Wissenschaft zu fördern und so zur Erarbeitung praxisorientierter Lösungen beizutragen, wurde der „Studienkreis Regulierung europäischer Gesundheitsmärkte“ gegründet und demzufolge die Forschungsgruppe auch entsprechend umbenannt. Geplant ist, regelmäßige Veranstaltungen in kleinem und größerem Rahmen mit Vertretern der verschiedenen Interessengruppen durchzuführen. Die erste Bonner Studienkreiskonferenz zum Thema „Die gesetzlichen Krankenkassen im Wettbewerb“ wird am

Die Vorbereitung der Gründung der neuen Forschungsgruppe Vergaberecht gab den Anstoß dafür, sich mit den Auswirkungen des europäischen und deutschen Vergaberechts auch im Gesundheitssektor zu beschäftigen.

29. April 2003 in den Räumen des ZEI stattfinden.

Des weiteren beschäftigte sich die Forschungsprojektgruppe mit Fragen im Zusammenhang mit dem sogenannten Bioethik Übereinkommen. Dieses völkerrechtliche Übereinkommen, das von der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht ratifiziert wurde, befasst sich inhaltlich mit vielen Fragen hinsichtlich der Interventionen im Gesundheitsbereich, so z. B. der Forschung am Menschen, der Transplantation sowie dem menschlichen Genom.

Schließlich behandelte die Forschungsprojektgruppe noch verschiedene, zur Zeit im Gesundheitsbereich aktuelle Rechtsfragen. So gab die Teilnahme an einer Expertenkonferenz in Frankfurt den Anlass zur Ausarbeitung eines Aufsatzes zur hochaktuellen Problematik des zulassungsüberschreitenden Einsatzes von Arzneimitteln (sog. Off-Label Use). Die Vereinbarkeit der im Rahmen des BSE Skandals erlassenen AMG-TSE-Verordnung mit dem Gemeinschaftsrecht war Thema eines weiteren – im Berichtszeitraum verfassten – Aufsatzes. Hier ging es um die Frage, ob die Mitgliedstaaten Maßnahmen zum Schutz vor der Übertragung von BSE durch Arzneimittel mit tierischen Ausgangsstoffen treffen dürfen, die über die gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben hinausgehen.

Europäisches Wettbewerbsrecht

Wie schon in den letzten Jahren, lag der diesjährige Forschungsschwerpunkt in der Beschäftigung mit den aktuellen Fragen an den Schnittstellen zwischen dem EG-Wettbewerbsrecht und dem sehr weit gefassten Begriff der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Hierzu fand in Zusammenarbeit mit der Vertretung des Landes Baden-Württemberg zu dem Thema „EG-Beihilfenkontrolle und Daseinsvorsorge“ am 19. April 2002 das dritte Expertensymposium zum Beihilfenrecht statt. Es beschäftigte sich insbesondere mit der Entwicklung der EuGH-Rechtsprechung zu dieser Frage, mit der Fallpraxis der Generaldirektion Wettbewerb und mit dem Spannungsverhältnis von Daseinsvorsorge und Wettbewerb. Außerdem wurde vergleichend die Daseinsvorsorge aus dem Blickwinkel der Praxis der EFTA-Surveillance Authority dargestellt.

Im Anschluss an einen auf diesem Symposium von Dr. Jürgen Kühling LL.M. gehaltenen Vortrag wurde ein Beitrag zu

dem Thema „Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge. Die Telekommunikationswirtschaft als Paradebeispiel einer Daseinsvorsorge im Wettbewerb“ veröffentlicht. Dieser Beitrag setzt der verbreiteten These „Daseinsvorsorge statt Wettbewerb“, die einen Gegensatz zwischen mitgliedstaatlichen Zielen der Daseinsvorsorge und dem gemeinschaftsrechtlichen Wettbewerbsprinzip erblicken will, die These „Daseinsvorsorge im Wettbewerb bzw. durch Wettbewerb“ entgegen. Er legt am Beispiel der Telekommunikationswirtschaft dar, wie die Daseinsvorsorge im und durch Wettbewerb erfolgreich funktioniert und zeigt auf, inwiefern diese Ergebnisse auf andere Daseinsvorsorgebereiche übertragbar sind.

Eine weitere Publikation auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge mit dem Titel „Totgesagte Vorschriften leben länger: Bedeutung und Auslegung der Ausnahmeklausel des Art. 86 Abs. 2 EG“ findet sich in der ZHR 166 (2002), S. 656 ff. Der Aufsatz nimmt die rasant gewachsene Bedeutung der Bestimmung des Art 86 Abs. 2 EG zum Anlass, die vielfältigen Rechtsprobleme der Ausnahmeklausel rechtsdogmatisch anhand ihrer Tatbestandsmerkmale zu untersuchen. Dabei wird dargelegt, inwieweit die umstrittene Ferring-Rechtsprechung zu Kompensationen für Gemeinwohldienste und der hoch umstrittene Unternehmensbegriff die künftige Relevanz der Ausnahmeklausel bestimmen.

Besonderes Augenmerk der Forschungstätigkeit galt vor allem der Förderung öffentlicher Infrastrukturprojekte, die zunehmend ins Visier der EU-Kommission geraten sind. Der Grund hierfür liegt in dem wegen allseits knapper Finanzmittel zunehmend beliebter werdenden Ansatz, öffentliche Infrastrukturen nicht mehr ausschließlich in eigener Verantwortung bereit zu stellen – in diesem EG-beihilferechtlich unbedenklichen Fall ist regelmäßig das Tatbestandsmerkmal der Bestimmtheit nicht erfüllt –, sondern die Infrastruktureinrichtungen in Kooperation mit privaten Wirtschaftssubjekten zu finanzieren und zu betreiben. Diese besonders häufig auf kommunaler Ebene eingegangenen Kooperationsformen werfen eine Fülle neuer Fragen im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit dem EG-Beihilfenrecht auf. Die gewonnenen Erkenntnisse konnten auch in einzelnen Projekten, in denen Prof. Dr. Christian Koenig LL.M. beratend tätig war, eingebracht werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Bera-

tungstätigkeit von Prof. Dr. Christian Koenig LL.M. als Mitglied der einflussreichen Academic Advisors group on state aid questions der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission.

Schließlich fand am 1. Februar 2002, anlässlich der Fußball Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland und der Bewerbung von fünf Regionen Deutschlands um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012, ein Expertenforum zum Thema „Sportstättenfinanzierung – Verstößt die gegenwärtige Praxis der Public Private Partnerships gegen das EG-Wettbewerbsrecht?“ mit hochrangigen Vertretern aus den deutschen Ministerien, der EU-Kommission und dem DFB statt. Dabei ging es in erster Linie um die Frage der Finanzierung des Baus neuer Sportstätten und der Sanierung vorhandener Anlagen sowie der begleitenden Infrastrukturmaßnahmen, bei denen oftmals nur Public Private Partnerships den teils erheblichen Finanzierungsaufwand zu tragen vermögen. In der Veröffentlichung „EG-Beihilfenrecht, private Sportunternehmen und öffentliche Förderung von Sportinfrastrukturen“ in der Zeitschrift *SpuRt* Heft 2002, S. 53 ff. wird dargestellt, warum eine verstärkte Kontrolltätigkeit der Europäischen Kommission in Bezug auf Sportinfrastrukturen erforderlich und zu erwarten ist, inwiefern Verstöße gegen das EG-Beihilfenrecht denkbar sind und wie derartige Verstöße vermieden werden können.

Eine weitere Studie befasst sich schließlich mit dem Tatbestandsmerkmal der staatlichen Zurechenbarkeit, das nach der jüngeren Rechtsprechung umstritten ist und etwa für die Einordnung der deutschen Rundfunkgebühren als Beihilfe von großer Bedeutung ist. In dem europaweit erschei-

nenden englischsprachigen Medium *European State Aid Law Quarterly* 1/2002 (July 2002), S. 7 ff. entstand hierzu der Beitrag „EC control of aid granted through State resources“.

Im Jahr 2002 erschien schließlich die unter dem Titel „EG-Beihilfenrecht“ von Prof. Dr. Christian Koenig LL.M., Dr. Jürgen Kühling LL.M. und Nicolai Ritter herausgegebene umfassende Darstellung des EG-Beihilfenrechts in der EWS-Buchreihe mit zahlreichen graphischen Darstellungen. Dieses Buch wendet sich vor allem an Rechtsanwender in Gerichten und Behörden und fasst die bisher erzielten Forschungsergebnisse prägnant zusammen.

Im Rahmen der Stärkung der Internationalität der Arbeit in der Abteilung von Prof. Dr. Christian Koenig LL.M. beteiligt sich die Forschungsprojektgruppe seit August 2001 an einem durch die Europäische Kommission finanzierten Twinning-Projekt mit Rumänien unter Verantwortung des Bundesministeriums der Finanzen. Das Projekt hat vor allem die Schulung der Beamten aus den rumänischen Wettbewerbsbehörden – dem Wettbewerbsrat und dem Wettbewerbsamt – in Fragen des EG-Beihilfenrechts, aber auch die Beratung des rumänischen Wettbewerbsrates beim Erlass notwendiger Rechtsakte zum Gegenstand. Dieses Engagement wurde im Jahr 2002 erheblich vertieft.

Anfang März empfing das ZEI eine zwölköpfige Delegation aus hochrangigen Beamten (Direktoren, Abteilungsleitern und einem Unterstaatssekretär) des mazedonischen Wirtschaftsministeriums, die auf Einladung der R.I.Z. (Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit mit Sitz in Bonn) mehrere Tage in Bonn verweilte. Die



Weitere Teilnehmer der Expertenkonferenz (v.l.): Hansfried Wendland (Bundeskartellamt), Robert Klotz (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Generaldirektion Wettbewerb), Dr. Hans Barbier (Vorstandsvorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung) und Professor Dr. Martin Hellwig (Vorsitzender der Monopolkommission)

Mitarbeiter der Forschungsprojektgruppe Krzysztof Jaros und Nicolai Ritter hielten jeweils einen Vortrag zur Einführung in das EG-Wettbewerbs- und EG-Beihilfenrecht. Vom 15. bis zum 17. April und vom 23. bis zum 25. September nahm Krzysztof Jaros im Rahmen des Twinning-Projekts mit Rumänien als Referent an einem Workshop zum EG-Beihilfenrecht in Sinaia bzw. Cluj (Klausenburg) teil. Bei den Workshops ging es darum, die Wettbewerbsbeamten der rumänischen Regionalbehörden mit den wesentlichen Regelungen des rumänischen und des EG-Beihilfenrechts vertraut zu machen. Anschließend wurden vor Ort in rumänischen Behörden mit den Beamten die konkreten Probleme aus deren Praxis erörtert. Mehrere Male empfing das ZEI Delegationen hochrangiger Mitarbeiter des rumänischen Wirtschaftsministeriums und der Wettbewerbsbehörden und hielt Vortragsveranstaltungen mit anschließenden Diskussionsrunden ab.

Die Erfahrungen aus dem „Twinning-Projekt“ konnten in einer sich schrittweise entwickelnden Partnerschaft des ZEI mit Polen fruchtbar gemacht werden. Zur Initiierung einer verstärkten Zusammenarbeit mit Polen nahm Krzysztof Jaros schließlich vom 8. bis zum 21. Dezember in Warschau an einer Veranstaltung des dortigen Wettbewerbsrats (Office for Competition and Consumer Protection) teil und führte kleinere Diskussionsrunden mit den Mitarbeitern der Beihilfenabteilung zu verschiedenen Teilbereichen des EG-Beihilfenrechts. Diese Kooperation wird im Jahr 2003 fortgeführt und intensiviert.

Schließlich beschäftigt sich die For-

schungsgruppe „Öffentliches Wettbewerbsrecht“ mit der Beihilfenkontrolle in den Beitrittsstaaten insgesamt. Zu diesem Zweck hielt Jens-Daniel Braun am 6. Dezember 2002 im Europäischen Parlament anlässlich des für Parlamentsmitglieder der Beitrittsstaaten organisierten Informationsseminars „Die Beihilfenpolitik der Europäischen Gemeinschaften“ einen Vortrag zum Thema „Beihilfenkontrolle in den Beitrittsstaaten“. Der Vortrag beschäftigte sich vor allem mit Fragen der institutionellen Ausgestaltung der Beihilfenkontrolle in den Beitrittsstaaten und etwaigen Folgerungen für die Zukunft der Beihilfenkontrolle in der Europäischen Gemeinschaft.

Während der intensiven Forschungstätigkeit im Bereich der Infrastrukturförderung sind Berührungspunkte des EG-Beihilfenrechts mit dem Vergaberecht deutlich geworden. Dies gilt insbesondere für die verfahrensrechtliche Ausgestaltung des den EG-Beihilfentatbestand ausschließenden Bietverfahrens, wobei insoweit eine Konvergenz beider Rechtsgebiete zu beobachten ist. Aus diesem Grund ist im Jahr 2002 aus der Forschungsgruppe „öffentliches Wettbewerbsrecht“ die Task Force Vergaberecht hervorgegangen.

Die Veranstaltung „Wettbewerb oder Service public in der europäischen Energiewirtschaft“, die in Zusammenarbeit mit der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union am 12.11.2002 in Brüssel stattfand, hat schließlich zu der Gründung einer neuen Forschungsprojektgruppe „Energierrecht“ geführt.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Koenig, Christian/Jürgen Kühling/Nicolai Ritter: „EG-Beihilfenrecht“, Heidelberg 2002

Koenig, Ch./Bartosch, A./Braun, J.-D.: „EC Competition and Telecommunications Law“, International Competition Law Series Vol. 6, Kluwer Law International, Den Haag/London/New York 2002.

Koenig / Kühlenkampff / Kühling / Loetz / Smit: „Internetplattformen in der Unternehmenspraxis: Wettbewerbsrecht, Kartellrecht, Ökonomie“, Schriftenreihe Kommunikation und Recht Band 12, Verlag Recht und Wirtschaft GmbH, Heidelberg 2002

Koenig / Vogelsang / Kühling / Loetz / Neumann: „Funktionsfähiger Wettbewerb auf den Telekommunikationsmärkten: Ökonomische und juristische Perspektiven zum Umfang der Regulierung“, Schriftenreihe Kommunikation & Recht Band 16, Verlag Recht und Wirtschaft, Heidelberg 2002

Forschungsgruppe III: „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“

Fiskalpolitik und der Stabilitäts- und Wachstumspakt

Zu den im Vorfeld der EWU und seit ihrem Beginn besonders heftig diskutierten Fragen gehört die Gestaltung der Fiskalpolitik der Mitgliedsländer unter den Bedingungen der Währungsunion. Die besonders in Deutschland vorherrschende Sorge, dass die Währungsunion zu mangelhafter fiskalpolitischer Disziplin der Regierungen führen könnte und dass die dadurch steigende Staatsverschuldung Inflation verursachen würde, führte in der Vorbereitung der EWU zur Aufnahme der „no-bailout“ Klausel (Art. 104b Maastrichter Vertrag) und des „Verfahrens bei übermäßigen Defiziten“ in den Maastrichter Vertrag. Die darin enthaltenen Bestimmungen zur Sicherung der fiskalischen Disziplin wurden anschließend durch den „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ noch weiter verstärkt.

In einer gemeinsamen Arbeit zum Thema „Monetary and Fiscal Policy in the European Monetary Union“ beschäftigen sich ZEI Fellow Dr. Matthias Brückner und Professor Dr. Jürgen von Hagen mit den Erfahrungen der EWU Staaten mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Aufbauend

auf Arbeiten der ZEI Fellows Dr. Rolf Strauch, Prof. Andrew Hughes-Hallett und Prof. Dr. Jürgen von Hagen zeigt ihre empirische Analyse, dass eine erfolgreiche Rückführung der Staatsschuldenquote als Voraussetzung der Stabilität der gemeinsamen Währung ein genügend hohes reales Wirtschaftswachstum voraussetzt. EU Staaten, die wie Deutschland in den letzten Jahren kein ausreichendes Trendwachstum mehr erzielten, machten auch keine Fortschritte bei der Lösung des Staatsschuldenproblems. Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass ein dauerhaft höheres Wachstum die Rückführung der Abgabenbelastung des Faktors Arbeit erfordert, sowie eine Umschichtung der öffentlichen Ausgaben von Sozialtransfers zu investiven Ausgaben. Eine wesentliche Schwäche des Paktes liegt darin, diese Wachstumserfordernisse nicht ausreichend zu betonen und stattdessen wachstumsfeindliche fiskalpolitische Strategien zu begünstigen. Die Ergebnisse dieser Arbeiten stellte Prof. Dr. Jürgen von Hagen bei der wissenschaftlichen Tagung der Bank von Japan im Juli 2002 in Tokyo und bei der Jahrestagung der amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler im Januar 2003 in Washington vor.



ZEI-Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen mit Prof. Dr. Otmar Issing, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, Frankfurt, während einer Sitzung des Internationalen Beirats des ZEI

Eine weitere, interdisziplinär zwischen den Politikwissenschaften und den Wirtschaftswissenschaften angelegte Studie über fiskalpolitische Regeln erstellten ZEI Senior Fellows Dr. Rolf Strauch, Prof. Dr. Mark Hallerberg (Pittsburgh) und Direktor Jürgen von Hagen im Jahr 2001 im Auftrag des Niederländischen Finanzministeriums. In dieser Studie geht es primär um Verfahren der Implementierung fiskalpolitischer Ziele und Richtwerte in den Mitgliedstaaten der Währungsunion. Auch diese Studie zeigt deutlich die Unterschiede in der fiskalpolitischen Disziplin zwischen den großen und den kleinen Mitgliedsländern der EWU. Während die kleinen Länder inzwischen detaillierte Regeln erarbeitet und implementiert haben, die die Einhaltung ihrer Stabilitätsprogramme auch in Zeiten schwacher wirtschaftlicher Entwicklung weitgehend sichern, besteht bei den großen Ländern ein deutlicher Mangel an solchen Verfahren. Dies deutet darauf hin, dass die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in diesen Ländern nicht ausreichend ernst genommen werden; eine Tendenz, die sich in der mangelhaften fiskalischen Disziplin dieser Länder seit Beginn der Währungsunion niederschlägt. Ein weiteres, wichtiges Ergebnis dieser Studie ist, dass Länder mit unterschiedlichen Regierungsformen (Koalitionsregierungen versus Ein-Parteien Regierungen) unterschiedliche institutionelle Mechanismen und Regeln wählen, um mittelfristige fiskalpolitische Ziele zu erreichen.

Während Koalitionsregierungen sich typischerweise stärker an numerischen Zielen orientieren, wird die fiskalische Disziplin in Ein-Parteien Regierungen eher durch eine herausragende Stellung des Finanzministers gestützt. Angesichts der unterschiedlichen Regierungsformen ist es fraglich, ob die einseitige Betonung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes auf numerische Ziele angemessen ist, um die fiskalische Disziplin in der Währungsunion zu sichern. Die Autoren präsentierten ihre Ergebnisse bei einem Workshop des niederländischen Finanzministeriums in Den Haag im Mai und bei einer internationalen Konferenz über Dynamische Aspekte der Fiskalpolitik des Centre for Economic Policy Research in Fontainebleau im November.

Europäische Geldpolitik

Im Jahr 2002 setzte der EMU Monitor in zwei Pressekonferenzen im Juni und November seine kritische Begleitung der europäischen Geldpolitik fort. Der EMU Monitor ist eine Gruppe von europäischen Makroökonomern, die zweimal jährlich zur Geldpolitik der EZB öffentlich Stellung bezieht. Angesichts der Tatsache, dass es auf europäischer Ebene eine formierte öffentliche Meinung derzeit noch nicht gibt, ist es Ziel des EMU Monitors, durch seine Stellungnahmen zu einer informierten öffentlichen Debatte über die Geldpolitik beizutragen. Der EMU Monitor veröffentlicht zu seinen Pressekonferenzen jeweils ein Positionspapier und eine Reihe von Hintergrundstudien. Mitglieder des EMU Monitors sind Prof. Patrick Artus (CDC und Sorbonne, Paris), Prof. Ed Bomhoff (Nijenrode Universität), Giampaolo Galli Ph.D. und Dr. Ugo Inzerillo (Confindustria, Rom), Prof. Ronald MacDonald Glasgow (Strathclyde University, Glasgow), ZEI Senior Fellow Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann (Universität Bonn) und ZEI Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen. Der EMU Monitor vertritt die Ansicht, dass die EZB ihre Geldpolitik stärker an der Entwicklung monetärer Aggregate ausrichten und somit ihren selbst gesetzten Referenzwert für das Geldmengenwachstum ernster nehmen sollte.

Tagungen zur Europäischen Geldpolitik

Auf Einladung des ZEI tagte im Mai 2002 das European Monetary Forum in Cardiff, Wales. Das Forum ist ein Zusammenschluss von führenden europäischen Wirtschaftswissenschaftlern, die auf dem Gebiet der Geldtheorie und Makroökonomik arbeiten. Gastredner des Forums war Sir Alan Walters, langjähriger, führender Berater der englischen Regierung in Währungsfragen. Die Beiträge zu dieser Konferenz werden in einem Tagungsband veröffentlicht.

Im Mai 2002 veranstaltete das ZEI gemeinsam mit dem Verein Konstanzer Seminar das 33. Konstanzer Seminar für Geldtheorie und Geldpolitik. Das Seminar wurde 1970 von Karl Brunner gegründet und gehört seitdem zu den wichtigsten europäischen Fachtagungen auf diesem Gebiet. An drei Tagen diskutierten die rund 50 Teilnehmer neue wissenschaftliche Beiträge zur Geldtheorie und Geldpolitik. Dabei

standen empirische Untersuchungen im Vordergrund. Erstmals wurden auch Forschungsarbeiten aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern präsentiert. Gastredner der traditionellen Geldpolitischen Sitzung war Professor Loukas Papademos, Vizepräsident der Europäischen Zentralbank, der über die Erfahrungen Griechenlands mit dem Beitritt zur EWU sprach.

Im Juni 2002 fand am ZEI die dritte Jahrestagung des Ausschusses für Makroökonomik des Vereins für Socialpolitik statt. Der Ausschuss setzt sich zum Ziel, die makroökonomische Forschung in Deutschland auf internationalem Niveau voranzutreiben und dabei v.a. empirische Forschung zu fördern. Eine Reihe von Beiträgen zu der Gründungstagung stellten Analysen der makroökonomischen Entwicklungen in der Europäischen Währungsunion vor.

Ebenfalls im Juni veranstaltete das ZEI gemeinsam mit dem Londoner Centre for Economic Policy Research eine Tagung zum

Thema „Empirical Models of the Euro Economy.“ Diese Tagung war die erste Veranstaltung, bei der Vertreter großer Wirtschaftsforschungsinstitute sowie der EZB und des IWF Gelegenheit fanden, ihre makroökonomischen Modelle des Euro-raums zu vergleichen und Erfahrungen mit der Modellierung auszutauschen. Die Tagung wurde von Professor Otmar Issing, Chefökonom der EZB, mit einem Referat über die Bedeutung ökonomischer Modelle für die Geldpolitik eröffnet. In den anschließenden Beiträgen diskutierten die Vertreter der wichtigsten Forschungsinstitutionen Unterschiede und Gemeinsamkeiten ihrer Modellansätze. Grundlage dafür waren Simulationen, die von allen Modellen ausgeführt und dokumentiert wurden. Die Ergebnisse der Tagung werden in einem Sonderheft der renommierten Zeitschrift „Journal of Economic Modeling“ veröffentlicht. Die Tagung wurde als Euro-conference von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Brückner, Matthias/Jürgen von Hagen: „Monetary and Fiscal Policy in EMU: Experiences in the Early Years“, in: Bank of Japan (Hrg.): Monetary and Financial Studies 2002

Neumann, Manfred J. M./Jürgen von Hagen: „Does Inflation Targeting Matter?“, in: Federal Reserve Bank of St. Louis Review, Spring 2002

Clausen, Volker/Bernd Hayo: „Asymmetric Monetary Policy Effects in EMU“. ZEI Working Paper B04-2002

Forschungsgruppe IV: „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung“

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit bleibt auf absehbare Zeit die größte wirtschaftspolitische Herausforderung Europas. ZEI Junior Fellow Tim Mennel beschäftigt sich im Rahmen seiner Dissertation mit der Frage, ob und wie unterschiedliche Gestaltungen von Arbeitslosenversicherungen in einem integrierten Markt miteinander im Wettbewerb stehen sollten. Angesichts der Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EU gewinnt diese Fragestellung an wirtschaftspolitischer Relevanz. Erste Ergebnisse stellt Tim Mennel in seinem Arbeitspapier über „An Adverse Selection Model of Optimal Unemploy-

ment Insurance“ vor, das er inzwischen mehrfach bei wissenschaftlichen Veranstaltungen vorgetragen hat.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Hagedorn, Marcus/Ashok Kaul und Tim Mennel: „An Adverse Selection Model of Optimal Unemployment Insurance“. Working Paper ZEI B30-2002

Forschungsgruppe V: „Erweiterung der Europäischen Union“

Gemeinsam mit dem Centre for Economic Policy Research und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit veranstaltete das ZEI am 24. – 26. Mai 2002 eine Konferenz zum Thema „Political Economy of Transition: Institutions, Politics, and Policy“. Ziel der Konferenz war die Zusammenstellung der Erfahrungen mit dem Transformationsprozess der letzten zehn Jahre. Dabei nahmen die Beiträge bewusst nicht eine länderspezifische Perspektive ein, sondern betrachteten unterschiedliche Felder der Wirtschafts- und Sozialpolitik aus komparativer Sicht. Auf diese Weise gelang es, die Erfahrungen der verschiedenen Länder zu spezifischen Themen zusammenzustellen und zu vergleichen. Die Ergebnisse dieser Konferenz werden in einem Band der Reihe ZEI Studies in European Economics and Law (Kluwer Verlag) veröffentlicht.

Parliament's Forum

Zum vierten Mal fand am 21. und 22. November 2002 das Parlamentsforum zu Fragen der EU-Erweiterung am ZEI statt. Wie im letzten Jahr waren die Vorsitzenden der Parlamentsausschüsse für Europafragen aller EU-Kandidaten eingeladen, mit hochrangigen Vertretern der europäischen und der deutschen Politik über aktuelle Europafragen im Kontext der Erweiterung zu diskutieren. Redner waren unter anderem Dietrich von Kyaw, ehemaliger deutscher Botschafter bei der EU, Peter Altmaier, Bundestagsabgeordneter und Mitglied des EU-Konvents, und Peter Doyle, Direktor der Vertretung der Europäischen Kommission in Irland.

Das bewusst vertraulich gehaltene Forum war wieder von bemerkenswerter

Offenheit und sehr angeregten Diskussionen geprägt. Dies veranlasste die Redner, sehr pointiert ihre Sicht zum Erweiterungsprozess und zum Stand der internen Reformen der EU vor dem Gipfel in Kopenhagen wie auch ihre Erfahrungen zum irischen Referendum darzulegen.

Der zweite Tag diene erneut einem Schwerpunktthema, diesmal den bevorstehenden Ratifikationsverfahren und Referenden in den Mitgliedsstaaten und bei den Beitrittskandidaten. Erstmals präsentierten drei Parlamentarier – Jaroslav Zvěřina aus der Tschechischen Republik, Alojz Peterle aus Slowenien und Liviu Maior aus Rumänien – ihre Thesen in einem Roundtable.

Geld- und Währungspolitik in den Beitrittsländern

Mit den währungspolitischen Aspekten der Geldpolitik in Transformationsländern beschäftigen sich die Dissertationen der Junior Fellows Tai-Kuang Ho und Jizhong Zhou. Zhou analysiert die empirischen Determinanten der Wahl des Wechselkursregimes in den Transformationsländern. Er findet, dass die Wahl des offiziellen Regimes recht gut den Richtlinien entspricht, die sich aus der traditionellen Makroökonomik offener Volkswirtschaften ableiten lassen. So neigen kleinere, offene Volkswirtschaften eher zu festen Wechselkursen, während Länder mit einem hohen Spezialisierungsgrad im Außenhandel eher zu flexiblen Wechselkursen neigen. Auch die Tendenz, bei anhaltend hohen Inflationsraten den Wechselkurs als nominalen Anker der Geldpolitik zu fixieren, lässt sich empirisch nachweisen. Diese Ergebnisse sind besonders vor dem Hintergrund interessant, dass die untersuchte Ländergruppe – die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas und die Nachfolgestaaten der UdSSR – erst seit Anfang der 1990er Jahre in das System der Weltfinanzmärkte und den Welthandel eingebunden sind.

In einer weiteren Arbeit findet Junior Fellow Jizhong Zhou, dass in der Gruppe der Transformationsländer häufig ein signifikanter Unterschied zwischen dem offiziell von einer Regierung angegebenen und dem tatsächlich praktizierten Wechselkursregime vorherrscht. Empirisch lässt sich feststellen, dass Regierungen diese Diskrepanz kurzfristig als eigenständiges Instrument der Währungspolitik gebrauchen. Das praktizierte Regime reagiert dabei stärker auf Inkonsis-

tenzen zwischen Geld- und Fiskalpolitik als das offizielle Regime. Die gemeinsame Arbeit von Zhou und ZEI-Direktor Jürgen von Hagen wurde im Jahr 2002 auf mehreren internationalen Konferenzen und Seminaren vorgestellt, darunter die Tagung über Währungspolitik der Schwedischen Reichsbank im Mai. Jizhong Zhou schloss seine Promotion Anfang 2002 erfolgreich ab.

Taikuang Ho untersucht in seiner Arbeit die empirischen Determinanten von Währungs- und Bankenkrisen. Er entwickelt dafür ein empirisches Maß der Anspannung am Geldmarkt, mit dessen Hilfe Bankenkrisen besser identifiziert werden können, als mit den in der Literatur sonst üblichen Indikatoren. Ho zeigt, dass Bankenkrisen häufig in der Folge inkonsistenter Kombinationen laxer Geldpolitik mit fixen Wechselkursen auftreten. Seine Ergebnisse unterstreichen damit die Bedeutung konsistenter geld- und währungspolitischer Strategien für die wirtschaftliche Stabilität in neuen, dynamischen Volkswirtschaften wie den Beitrittsländern. Ho schloss seine Promotion im Januar 2003 erfolgreich ab.

ZEI Junior Fellow Birgit Schmitz erarbeitet in ihrer Dissertation eine empirische Analyse der Transmission der Geldpolitik in den Beitrittsländern. Im Jahr 2002 war Birgit Schmitz für mehrere Monate beim Internationalen Währungsfonds und bei der Europäischen Zentralbank. Komplementär dazu untersucht Junior Fellow Valeriya Dinger die Entwicklung der Bankensysteme in diesen Ländern. Sie zeigt, dass in einigen Ländern zweistufige Bankensysteme entstehen, in denen die alten, ehemals staatlichen Banken den größten Teil des Einlagengeschäfts auf sich vereinigen, während jüngere Banken den größten Teil des Kreditgeschäfts aufweisen. Frau Dinger untersucht, ob diese Zweiteilung Wettbewerbs- und Allokationsverzerrungen zur Folge hat.

ZEI Senior Fellow Lucjan Orlowsky verfasste während seines Besuchs am ZEI im Sommer ein Arbeitspapier über die geldpolitische Konvergenz der Beitrittsländer zur Europäischen Währungsunion. Das Papier wurde auf der Jahrestagung der American Economic Association im Januar 2003 in Washington präsentiert. ZEI Junior Fellow Dalia Grigonyte untersucht in ihrem Dissertationsprojekt die Bedeutung von Currency Boards für die geldpolitische Stabilisierung in Transformationsländern.

Die Redner legten sehr pointiert ihre Sicht zum Erweiterungsprozess und zum Stand der internen Reformen der EU dar.

Fiskalpolitik in Beitrittsländern

ZEI Junior Fellow Holger Gleich erarbeitet in seiner im Januar 2002 erfolgreich abgeschlossenen Dissertation eine Analyse der fiskalpolitischen Institutionen der Beitrittsländer in Mittel- und Osteuropa. Aufbauend auf dem Forschungsansatz und den Arbeiten der Forschungsgruppe „Makroökonomische Politik und Institutionen“ entwickelt er eine Charakterisierung dieser Institutionen und untersucht ihre Rolle bei der makroökonomischen Stabilisierung und der Erreichung dauerhaft tragbarer öffentlicher Finanzen in den Ländern während der 1990er Jahre. Seine Untersuchung bestätigt die Bedeutung institutioneller Regeln im Budgetprozess von Regierungen für die fiskalpolitische Disziplin. Gleich weist nach, dass eine stringente Orientierung an quantitativen, fiskalpolitischen Zielen und die institutionelle Stärkung des Finanzministers im Budgetvollzug zu besserem Finanzgebaren in Bezug auf die Defizit- und Ausgabenneigung der Regierungen führen. Die institutionelle Er-

bschritten. Die empirischen Ergebnisse der Studie zeigen, dass sich diese Unterschiede einerseits aus unterschiedlichen fiskalpolitischen und sozialen Anfangsbedingungen erklären lassen. So wählten Länder, die Anfang der 1990er Jahre stärker verschuldet waren, tendenziell Budgetinstitutionen, die eine höhere fiskalpolitische Disziplin bewirkt haben. Dies Ergebnis ist interessant, weil es nahe legt, dass Regierungen institutionelle Gestaltung bewusst zur Lösung wirtschaftspolitischer Probleme einsetzen. Seine Dissertation ist Grundlage eines gemeinsamen Arbeitspapiers mit Professor Dr. Jürgen von Hagen, das bei einer internationalen Tagung des Instituts für Höhere Studien, Wien, im Oktober 2002 vorgetragen wurde.

Arbeitsmärkte

Im Rahmen des 5. Rahmenprogramms der Forschungsförderung der Europäischen Kommission leitete ZEI Senior Fellow Ken Smith Ph.D. drei Konferenzen über Arbeitsmarktentwicklung und Integration, deren

zweite im Frühjahr 2002 in Tartu (Estland) stattfand. Die Konferenz bestand aus Vorlesungen und Seminaren, in denen Nachwuchswissenschaftler aus ganz Europa eigene Arbeiten zu diesem Thema vortrugen. Für die Vorlesungen konnte ZEI im Jahr 2002 führende Arbeitsmarktökonominnen Europas gewinnen. Über den wissenschaftlichen Ertrag hinaus leisten diese Konferenzen auch einen wichtigen Beitrag zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gerade aus dem Baltikum.

Mit arbeitsmarkt- und regionalpolitischen Fragen befasst sich ein von Dr. Iulia

Traistaru und Dr. Jan Fidrmuc begonnenes und von der Europäischen Kommission in ihrem 5. Rahmenprogramm finanziertes Forschungsprojekt mit dem Titel „Regional Labor Market Adjustment in the Accession Candidate Countries“. Das Projekt, an dem neben Wissenschaftlern des ZEI Forscher aus Wien, London, Budapest, Mannheim, Berlin, Stockholm und Den Haag beteiligt sind, betrachtet die Anpassungsprozesse auf den regionalen Arbeitsmärkten der Beitrittsländer und die Auswirkungen der



Zwischenbilanz nach zwei Jahren bei der vierten Konferenz des ZEI-Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa in Belgrad: Prof. Dr. Dimitri Jevic, Netzwerkkoordinator Dr. Emil Mintchev und die Bürgermeisterin von Belgrad, Frau Radmila Hrustanovic.

klärung der Ausgaben- und Defizitentwicklung liefert bessere Ergebnisse als der Versuch, diese Entwicklungen durch politische oder soziale Variablen zu erklären.

Eine wichtige Forschungsfrage ist bei Gleich die nach den Determinanten institutioneller Entwicklungen. Die betrachteten Länder wiesen zu Beginn des Transformationsprozesses relativ ähnliche Ausgangsbedingungen für die Fiskalpolitik auf, haben inzwischen aber deutlich unterschiedliche Wege der institutionellen Entwicklung

Arbeitsmarktpolitik. Im Rahmen des Projekts werden die verschiedenen Anpassungsmechanismen der Arbeitsmärkte – Änderungen in der Partizipation, Lohnentwicklung und Migration – untersucht. Besondere Aufmerksamkeit wird den Grenzregionen der Beitrittsländer gewidmet. Im Rahmen dieses Projekts fanden vom 24. – 27. Januar 2002 in Wien und am 27. und 28. September in Bonn Arbeitstreffen der beteiligten Wissenschaftler statt.

Regionale Wirtschaftsentwicklung und Regionalpolitik

Zu den wirtschaftspolitischen Herausforderungen des Beitrittsprozesses gehört schließlich auch die Gestaltung der regionalen Entwicklung in den Beitrittsländern. Regionale Arbeitsmärkte und Märkte für Güter und Dienstleistungen müssen in den Beitrittsländern gestärkt werden, um regionale Ungleichgewichte infolge der stärkeren Einbindung der nationalen Wirtschaften in die europäische Wirtschaft zu vermeiden. Zu dieser Aufgabe gehört nicht zuletzt die Stärkung der regionalen Administrationen, um die Beitrittsländer zu befähigen, an den Regionalprogrammen der Europäischen Union zu partizipieren.

ZEI Senior Fellow Dr. Iulia Traistaru koordiniert seit 1999 ein von ihr initiiertes Forschungsprogramm über „Europäische Integration, Regionale Entwicklung und Regionalpolitik“. Das Programm umfasst ein Europäisches Netzwerk von Forschern, Forschungsprojekte, Konferenzen und Politikberatung. Die Gründung des Forschungnetzwerks „European Network on Regional Development and Regional Policy“ erfolgte auf einem Europäischen Arbeitstreffen, das mit Mitteln des BMBF gefördert wurde. Ziel des Netzwerks ist die Förderung und Koordination von Forschungsarbeiten zum wirtschaftlichen Strukturwandel auf regionaler Ebene in Europa. Dabei finden Aspekte und Konsequenzen der Osterweiterung besondere Beachtung. Rund 50 Wissenschaftler, Praktiker und Vertreter von Forschungseinrichtungen und statistischen Behörden aus 16 EU- und Beitrittsländern sowie der Weltbank arbeiten im Rahmen dieses Netzwerks in vier Arbeitsgruppen zusammen.

Themen der Arbeitsgruppen sind „Regionale Ungleichheit, Konvergenz und Integration“, „Industrielle Standortentwicklung und Standortwettbewerb“, „Regionale Arbeitsmarktentwicklung“ und „Institutionen

und institutionelle Kapazität für Regionalpolitik“. Unter der Leitung von Senior Fellow Dr. Iulia Traistaru wurden innerhalb des Netzwerks vier Europäische Forschungsgruppen gebildet. Eine Euro-Konferenz des Netzwerks fand im Oktober 2002 in Iasi (Rumänien) statt. Zwei Forschungsprojekte des Netzwerks werden derzeit von der Europäischen Kommission finanziert, zwei weitere befinden sich in der Begutachtungsphase.

Seit Herbst 2000 koordiniert Senior Fellow Dr. Iulia Traistaru ein von ihr initiiertes Forschungsprojekt „European Integration, Regional Specialization, and the Location of Industrial Activity in Accession Countries“, in dessen Rahmen Wissenschaftler aus Bonn, Amsterdam, Mailand, Tallinn, Budapest, Ljubljana und Bukarest an Fragen der regionalen Entwicklung zusammenarbeiten. Das Projekt, das im Rahmen des ACE Programms der Kommission finanziert ist, untersucht die sich ändernden Muster der regionalen wirtschaftlichen Spezialisierung in den Beitrittsländern und die Entwicklung industrieller Standorte in der Region. Dabei werden auch regionale Lohndifferenziale betrachtet. Das Projekt soll identifizieren, welche Regionen als Gewinner und Verlierer im Beitrittsprozess betrachtet werden können, und welchen Einfluss die Instrumente der Europäischen Regionalpolitik auf ungleichgewichtige Entwicklungen nehmen können. Eine Konferenz im Rahmen dieses Projekts fand im Januar 2002 in Bohinj, Slovenien statt.

Eine weitere Konferenz organisierte Dr. Iulia Traistaru vom 9. – 13. Oktober in Iasi, Rumänien. Zusammen mit einer Reihe von Praktikern aus der Regionalpolitik diskutierten die Wissenschaftler bei beiden Veranstaltungen ihre Ergebnisse sowie aktuelle Fragen der Regionalpolitik in den an dem Projekt beteiligten Ländern. In einem Projekt mit der Friedrich Naumann Stiftung arbeiteten ZEI Senior Fellows Klaus Bünger und Dr. Emil Mintchev an einer wirtschaftspolitischen Strategie für den Kosovo.

Kandidatenländer

Im Rahmen der Kooperation mit ausgewählten EU-Kandidatenländern setzte die Forschungsgruppe ihre Aktivitäten mit zwei Publikationen fort, die in beiden Ländern große Beachtung fanden. Der von Staats-

Ziel des Netzwerks ist die Förderung und Koordination von Forschungsarbeiten zum wirtschaftlichen Strukturwandel auf regionaler Ebene in Europa.

sekretär Jan Figel, Außenministerium der Slowakei, und Wolfgang Roth, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank, herausgegebene Sammelband „The Slovak Republic: An Independent Country on the Road to EU“ (Band 41, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Baden-Baden 2002) bietet eine Analyse der politischen Lage der Slowakei. Die überwiegend slowakischen Autoren reflektieren vor allem die bisherigen Erfahrungen auf dem Weg in die europäische Wertegemeinschaft ebenso wie die Entwicklung des politischen, sozialen und ökonomischen Systems des Landes.

Der von Prof. Dr. Mladen Stanicic, Direktor des außenpolitischen Instituts IMO in Zagreb, herausgegebene Band „Croatia on its Way towards the EU“ (Band 53, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Baden-Baden 2002) bietet ein Panorama der Entwicklungen in Kroatien. Dieser Band ist ein weiterer Beitrag der kontinuierlichen Politikberatung, die das ZEI im Zusammenwirken mit kroatischen Regierungsstellen und Wissenschafts-

partnern zugunsten der Europäisierung dieses Landes betreibt. Seit seiner Unabhängigkeit 1991 hat Kroatien beständig daran gearbeitet, seine „Europatauglichkeit“ unter Beweis zu stellen. Mühevoller innenpolitische Reform-

prozesse und die komplexen außenpolitischen und regionalpolitischen Umstände haben diesen Weg nicht leicht sein lassen. Gleichwohl können die Autoren nach etwas mehr als einem Jahrzehnt der Staatlichkeit eine positive Zwischenbilanz ziehen. Kroatien steht heute an der Schwelle, um als Kandidat für die EU-Mitgliedschaft anerkannt zu werden.

Renommier kroatische Wissenschaftler beschreiben in diesem Band die Entwicklungslinien in den wichtigsten Zukunftsfragen ihres Landes. Der kroatische Minister für europäische Integration, Neven Mimica, stellte das Buch am 20. November 2002 in einer öffentlichen Veranstaltung am IMO vor.

Im Rahmen der Beratungsvereinbarungen mit ausgewählten EU-Kandidatenländern fanden zudem Beratungsgespräche von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt in den für die EU-Integration zuständigen Ministerien in Bulgarien, in der Slowakei und in Kroatien

statt, ebenso Vortragsveranstaltungen verschiedener ZEI-Mitarbeiter in der Region.

Diplomatenschule in Dubrovnik

Der enge Kontakt mit den kroatischen Partnern wird nicht zuletzt daran deutlich, dass vom 15. bis zum 22. September bereits zum dritten Mal die einwöchige „Stability Pact Summer School“ in Dubrovnik stattfand, von der Task Force Südosteuropa am ZEI (Dr. Rafael Biermann) erneut gemeinsam mit der Diplomatenakademie des Außenministeriums der Republik Kroatien organisiert. Teilnehmer waren etwa 20 junge Diplomaten aus fast allen Ländern der Region. Inhaltlicher Schwerpunkt waren in diesem Jahr Menschen- und Minderheitenrechte und Demokratieförderung in Südosteuropa, angelehnt an den ersten Arbeitstisch des Stabilitätspaktes. Der Kurs wurde vom Auswärtigen Amt und erstmals auch von der Deutschen Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit (IRZ) finanziert.

Wieder nahmen Vertreter des Sonderkoordinators des Stabilitätspaktes sowie der Nationale Koordinator des Stabilitätspaktes für Kroatien teil. Vortragende waren hohe deutsche und kroatische Ministerialbeamte, Vertreter Internationaler Organisationen, Mitarbeiter des ZEI und anderer deutscher Forschungseinrichtungen. Erneut wurde auch die Einübung von diplomatischen Verhandlungstechniken angeboten. Die anschließende Evaluierung durch die jungen Diplomaten fiel einmal mehr sehr positiv aus. Über die Vermittlung von Fachwissen hinaus wird insbesondere die „menschliche Dimension“ dieser Sommerschule geschätzt, in der ehemalige Gegner, die zum Teil persönlich an den Kämpfen im zerfallenden Jugoslawien teilnahmen, teilweise das erste Mal wieder zusammenfinden.

Netzwerk für Europastudien

Am 24./25. Januar fand in Belgrad in Zusammenarbeit mit der Michael-Zikic-Stiftung und dem Alternativen Akademischen Netzwerk (AAEN) die vierte Konferenz des ZEI-Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa statt. Das ZEI wurde von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Dr. Rafael Biermann und dem Koordinator des Netzwerkes, Dr. Emil Mintchev, vertreten. An der Konferenz, vom DAAD gefördert, nahmen etwa 40 Vertreter aus der Region teil. Die Tagung bot

Über die Vermittlung von Fachwissen hinaus wird insbesondere die „menschliche Dimension“ der „Stability Pact Summer School“ in Dubrovnik geschätzt, in der ehemalige Gegner, die zum Teil persönlich an den Kämpfen im zerfallenden Jugoslawien teilnahmen, teilweise das erste Mal wieder zusammenfinden.

Anlass, eine Zwischenbilanz nach zwei Jahren Arbeit des Netzwerkes zu ziehen. Einer der Höhepunkte war die Vorstellung des ersten schriftlichen Produktes des Netzwerkes – ein Modellcurriculum für Europastudien in der Region (Rafael Biermann /Emil Mintchev: „A Core Curriculum for European Studies in South Eastern Europe“, neue Reihe European Integration and South Eastern Europe des ZEI, SEE 1, 2002).

Während der Tagung wurde erneut ein Workshop organisiert, diesmal zum Thema „Die Herausforderungen der Transformation in Südosteuropa“. Die Vortragenden waren Prof. Dr. Srbijanka Turajlic (serbische Vize-Ministerin für Bildung), Radovan Jelasic (Vize-Gouverneur der jugoslawischen Nationalbank) und Christoph Greusing (Vorsitzender der Hypo-Vereinsbank – Banka Jugoslavija).

Im Rahmen des Netzwerkes für Europastudien hat das ZEI im Jahr 2001 mit Geldern des DAAD (nationale Stabilitätspaktgelder) eine „Fliegende Fakultät“ gebildet, um Europastudiengängen in der Region Intensivkurse zu Europafragen durch Gastwissenschaftler anzubieten. Diese Aktivität wurde fortgesetzt. In diesem Jahr wurden deutsche Dozenten nach Belgrad, Blagoevgrad, Plovdiv, Prishtina und Zagreb geschickt.

Die Task Force Südosteuropa hat zudem im Rahmen des Netzwerkes eine Arbeitsgruppe „Europa an die Schulen“ gegründet, die das Europawissen in den Schulen der Region stärken will. Ein erstes Treffen der AG fand in Zagreb (7. bis 9. Juni) statt, ein zweites in Ankara (18. bis 20. Oktober), ein drittes erneut in Zagreb (6. bis 8. Dezember). Finanziert wird das Projekt vom Auswärtigen Amt im Rahmen der nationalen Gelder des Stabilitätspaktes. Leiter der Arbeitsgruppe ist Dr. Siegfried Gehrman (IGI, Zagreb), Stellvertretender Leiter Prof. Dr. Nail Alkan (Universität Ankara). Federführend am ZEI ist Dr. Rafael Biermann.

Im Jahr 2002 wurden zunächst Bestandsaufnahmen über die Europaaktivitäten auf Ebene der Schulen in Albanien, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Rumänien und Serbien erarbeitet, die sich an einem einheitlichen Fragenkatalog orientieren. Autoren sind Vertreter aus den jeweiligen Ländern. Eine weitere Publikation der Arbeitsgruppe wird konkret die Aktivitäten von zwei Europaschulen in Deutschland vorstellen.

Zudem hat die Arbeitsgruppe unter Federführung der Universitäten Münster und Zagreb ein umfassendes Mustercurriculum für die Lehrerausbildung in Europafragen erarbeitet, mit doppeltem Zweck: einerseits als Lehrprogramm für die Etablierung eines „Centre for European Teacher Education“ (zweisemestriger Studiengang „Master of European Integration“) in Zagreb; andererseits als Grundlage für „Train the Trainer“-Seminare für ausgewählte Lehrer und Ministerialbeamte in der Region. Alle drei Publikationen werden im Frühjahr 2003 im Rahmen der ZEI-Serie „European Studies and South Eastern Europe“ veröffentlicht.

Des weiteren hat die Task Force Südosteuropa im Rahmen des Netzwerkes begonnen, einzelne im Aufbau befindliche Europa-Studienprogramme in der Region individuell zu beraten. Das ZEI ist dabei an allen drei entstehenden regionalen Europastudienprogrammen beteiligt. So arbeitet Dr. Emil Mintchev in einem Konsortium mit, das den Aufbau des Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Europazentrums (BRIE) an der Donaubrücke Rousse / Giurgiu im Auftrag und mit Geldern der Hochschulrektorenkonferenz unterstützt.

BRIE wurde am 14. Oktober 2002 aus der Taufe gehoben. Für die wissenschaftliche Begleitung des Projektes wurde am ZEI mit finanzieller Unterstützung der Hertie-Stiftung ein Koordinationsbüro eingerichtet, unter Leitung von Dr. Mintchev. Ebenso ist Dr. Mintchev am Aufbau eines regionalen Europazentrums in Novi Sad / Subotica (Vojvodina/Serbien) beteiligt, das – unterstützt vom DAAD und unter Führung unseres Partners Prof. Dr. Reinhold Meiers – die Universitäten Timisoara (Rumänien) und Szeged (Ungarn) einbezieht. Dr. Rafael Biermann schließlich unterstützt nachhaltig den Aufbau eines „MA Programme for European and South East European Studies“ in Podgorica (Universität Montenegro), das im Januar 2003 eröffnet wurde.



Frohe Mienen bei der feierlichen Eröffnung des Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Europazentrums (BRIE) an der Donaubrücke Rousse/Giurgiu: der Leiter des Koordinationsbüros, Dr. Emil Mintchev, Armin von Ungern-Sternberg von der Hertie-Stiftung, Dr. Gerhard Duda als Vertreter der Hochschulrektorenkonferenz und Ministerialrätin Irene Rude vom Bundesbildungsministerium.

Dazu gehört zum einen eine sehr intensive Curriculum-Beratung (der Studiengang hat sehr weitgehend die Empfehlungen des „Core Curriculum for European Studies in South Eastern Europe“ übernommen), zum zweiten der Aufbau einer eigenen Bibliothek mit Europa-Literatur (enthält alle Buchempfehlungen aus den Kursbeschreibungen des „Core Curriculum“) sowie drittens die gemeinsame Erarbeitung einer Vorstellungsbroschüre für den neuen Studiengang. Dr. Biermann, für das ZEI der auswärtige Partner des neuen Studienganges, wird künftig im Internationalen Beirat vertreten sein. Die Projekte wurden von der HRK und vom Auswärtigen Amt finanziert.

Für alle diese Europastudienprogramme hat das ZEI zwei Möglichkeiten zusätzlicher Unterstützung der Lehre und Forschung geschaffen: Zum einen werden regelmäßig Lehrkräfte im Rahmen der „Fliegenden Fakultät“ des ZEI nach Rousse/Giurgiu, Novi Sad und Podgorica zur Abhaltung von Intensivkursen geschickt – so lange, bis diese Programme auf eigenen Füßen stehen. Zudem hat das ZEI ein Programm „Train the Trainers“ gestartet, das künftige Lehrkräfte aus allen drei Europazentren für eine eigenständige, gut qualifizierte Lehre vorbereitet. Das erste einwöchige „Train the Trainers“-Seminar fand im Mai 2002 in Budwa (Montenegro) statt. Co-Organisator war die Universität Montenegro. Das zweite fand Ende September in Rousse (Bulgarien) statt, mit aktiver Beteiligung der künftigen Lehrkräfte am BRIE.

Konfliktbewältigung in Südosteuropa

Dr. Rafael Biermann hat im Jahr 2002 einen Sammelband zum Thema „Konfliktbewältigung auf dem Balkan – Erfahrungen und Lehren aus dem Einsatz“ (Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 37, Baden-Baden 2002) herausgegeben. Dr.

Anregungen und
Empfehlungen für künftiges
deutsches Konfliktmanagement

Biermann, selbst von 1995 bis 1999 im Planungsstab des Bundesministeriums der Verteidigung tätig, versucht darin, „lessons learned“ für künftige deutsche Konfliktbewältigung zusammenzutragen.

Deutschland, ein „Nachzügler“ im Konfliktmanagement, verfügt erst seit Kambodscha, Somalia und Bosnien über Einsatzerfahrungen. Deren Auswertung geschieht noch immer unsystematisch und singulär,

fließt auch wenig in aktuelle Entscheidungsprozesse ein. Das Buch führt die verschiedensten Facetten heutigen multifunktionalen Konfliktmanagements zusammen – von der Wahlbeobachtung über Demokratisierungshilfe und Polizeieinsatz bis hin zur militärischen Friedenswahrung. Es hält fest, was sonst in der „Tyrannei des Dringlichen“ verloren geht, nämlich konkrete Einsatzerfahrungen vor Ort. Es soll schließlich auch einen Beitrag dazu leisten, das Gespräch über dieses Thema öffentlich anzuregen; denn bisher gibt es bis auf wenige Beiträge in Fachzeitschriften und Zeitungen kaum Veröffentlichungen dazu.

Das Buch umfasst zwei Themenbereiche. Der erste widmet sich den Entscheidungsstrukturen und -prozessen in Bonn / Berlin. Dabei werden die wichtigsten Institutionen, vor allem in ihrer Wechselwirkung, betrachtet (Deutscher Bundestag, Bundeskanzleramt, Bundessicherheitsrat, Auswärtiges Amt, Bundesministerium der Verteidigung, BMZ und BMWi). Schwerpunkt ist die möglichst konkrete Darstellung der Entscheidungsabläufe an Fallbeispielen. Die Autoren sind Mitarbeiter der Bundesregierung. Der zweite Themenbereich versammelt Autoren, die ganz unterschiedliche Einsatzbereiche vor Ort in Südosteuropa miterlebt haben. Eine möglichst große Breite des Einsatzspektrums ist abgedeckt. Alle Einsätze beziehen sich auf die Kriege der 1990er Jahre im ehemaligen Jugoslawien und ihre Konfliktnachsorge. Dr. Biermann ist es auf diese Weise gelungen, einen Insiderbericht zu publizieren, der persönliche Einsatzerfahrungen erhellt, Erfolgsmodelle und Defizite bewertet und aus diesen Erfahrungen heraus Anregungen und Empfehlungen für künftiges deutsches Konfliktmanagement gibt. General Klaus Naumann, ehemaliger Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, schrieb das Vorwort.

SOE-Monitor

Im Verlauf des Jahres 2002 hat die Task Force Südosteuropa erneut – nun im zweiten Jahrgang – vier Ausgaben ihres „SOE-Monitor“ veröffentlicht, um einen sorgsam ausgewählten Kreis von Südosteuropa-Experten und Interessierten in der deutschen und europäischen Politik, in den Medien, in Wissenschaft und Wirtschaft über aktuelle Entwicklungen in der Region zu informieren. Der Verteiler umfasst derzeit etwa

400 Persönlichkeiten, Tendenz weiter steigend. Der SOE-Monitor, stets etwa zehn Seiten lang, bietet jeweils zu einem Schwerpunktthema sachkundige und vorausblickende Analysen deutscher und südosteuropäischer Experten. Soweit möglich wurde der Gastbeitrag eines hochrangigen Politikers eingeworben. Beim ersten SOE-Monitor im Januar zum Thema „Montenegro vor dem Referendum“ war dies die montenegrinische Außenministerin Brank Lukovac; beim zweiten SOE-Monitor im April zum Thema „Kroatien – eine Halbzeitbilanz“ der kroatische Europaminister Neven Mimica. Der dritte Monitor „Kosovo – eine Innenansicht“ enthielt einen Beitrag des albanischen Staatspräsidenten Prof. Dr. Rexhep Meidani. Die letzte Ausgabe im Jahr widmete sich „EU und NATO vor der Erweiterung“.

Albanien

Auch nach der Öffnung des Landes 1991 stellt Albanien immer noch einen weitgehend unbekannten Teil Europas dar. In dem Sammelband 51 von Frank Kressing/Karl Kaser (eds.): „Albania – A Country in Transition. Aspects of Changing Identities in a South-East European Country“ (Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Baden-Baden 2002) beleuchten Autorinnen und Autoren aus den Bereichen Balkanologie, Ethnologie und Geschichtswissenschaften Aspekte des Umwälzungsprozesses, welchem dieses kleine Balkanland nach mehr als 40-jähriger Ab-

schottung ausgesetzt ist.

Im Mittelpunkt steht die Suche des heutigen Albanien nach seiner Identität zwischen Ost und West, zwischen Tradition und Moderne, postkommunistischer Angleichung und Bewahrung althergebrachter Strukturen. Dabei kommt die Rolle des Islam ebenso zur Sprache wie der Fortbestand patriarchalischer Gesellschaftsmuster, Binnenmigration, Massenauswanderung und die Lage ethnischer Minderheiten. Der Band bietet damit Grundinformationen und Orientierungshilfen sowohl für Fachwissenschaftler als auch für nicht-akademische Leser.

Am 20. Juni 2002 hielt der albanische Präsident Prof. Dr. Rexhep Meidani auf Einladung der Task Force Südosteuropa einen Vortrag im Rahmen des „ZEI-Europaforums“. Präsident Meidani präsentierte zunächst die politisch-philosophischen Leitlinien seiner Politik, um dann seine Sicht der Lage in Albanien und auf dem Balkan insgesamt zu präsentieren.

Meidani sieht die Region an einem Wendepunkt: Nie zuvor habe man sich in einer so professionellen, produktiven Atmosphäre treffen können. Für alle Staaten der Region sei die euro-atlantische Integration das prioritäre Staatsziel geworden. Aus Meidanis Sicht ist der Auflösungsprozess Jugoslawiens noch nicht abgeschlossen. Er bezweifelte die Lebensfähigkeit der neuen Union Serbien und Montenegro und rief zu einem Überdenken des Dayton-Abkommens auf. Das Kosovo habe noch einen weiten Weg hin zu einer demokratischen



Auf Einladung der Task Force Südosteuropa hält der albanische Präsident Prof. Dr. Rexhep Meidani einen Vortrag im Rahmen des „ZEI-Europaforums“. Im Hintergrund Dr. Rafael Biermann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI

und multi-ethnischen Gesellschaft vor sich. Eine Kantonisierung oder Teilung des Kosovo lehnte er ab.

Forschungsaufenthalte

Dr. Biermann hat im Jahr 2002 zwei Forschungsaufenthalte durchgeführt, um Zeitzeugeninformationen für sein Habilitationsprojekt „Internationale Konfliktprävention am Beispiel des Kosovo“ zu erhalten. Vom 11. bis zum 17. März führte er in Prishtina, Gračanica und Mitrovica zahlreiche Gespräche mit führenden Vertretern von Politik, Wissenschaft und Medien im Kosovo (u.a. mit Präsident Ibrahim Rugova, Hashim Thaci, Rada Trajkovic, Oliver Ivanovic,

Mahmut Bakalli etc.). Hinzu kamen Vorträge an der Universität Prishtina und am Kosovo Law Center, das Dr. Biermann betreute, sowie Interviews für einen privaten Radiosender und die Zeitschrift „Zeri“. In Washington und New York führte Dr. Biermann eine Fülle weiterer Gespräche im Zeitraum 27. Oktober bis 9. November mit Vertretern der ersten Bush- und der Clinton-Administrationen (Brent Scowcroft, Botschafter Warren Zimmermann, Botschafter Robert Gelbard etc.). Der Aufenthalt wurde vom Auswärtigen Amt co-finanziert und diente auch der Anbahnung künftiger transatlantischer Kooperation zwischen dem ZEI und amerikanischen Think tanks in Balkanfragen.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Biermann, Rafael: „Aussöhnung und Neubeginn. Das Haager Tribunal und seine Folgen“, in: Internationale Politik, Nr. 5, 2002, S. 21-24 (auch erschienen in der russischen Ausgabe und der „Transatlantic Edition“ der Zeitschrift)

Biermann, Rafael: „Südosteuropa am Scheidepunkt? Der Stabilitätspakt, das Ende der Milošević-Ära und die neu aufbrechende ‚albanische Frage‘“, in: Jahrbuch Internationale Politik 1999/2000 der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin 2002, S. 137-148

Biermann, Rafael: „Stabilitätspakt und EU-Balkanpolitik: Von der Stabilisierung zur Integration?“ In: Integration, Nr. 3, 2002, S. 42-58

Kühnhardt, Ludger: „Stolperstein im Mittelmeer. Zypern vor dem EU-Beitritt“, in: Internationale Politik, Nr. 1, 2002, S. 51 ff. (auch erschienen in der russischen Ausgabe der Zeitschrift)

Mintchev, Emil/Klaus Büniger: „A sustained economic revival in Kosovo. Need for a liberal concept“, ZEI Discussion Paper C 109/2002

Forschungsgruppe VI: „Europas Rolle in der Welt“

Europas Zukunft

Als Public Policy Scholar führte ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt von März bis Juli 2002 einen Forschungsaufenthalt am Woodrow Wilson Center for International Scholars in Washington D.C. durch. Frucht der intensiven Studien ist das Anfang 2003 erscheinende Buch „Constituting Europe. Identity, Institution-Building And The Search For A Global Role“ (Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 60, Baden-Baden 2003).

Die Frage nach der europäischen Identität wird zunehmend politischer. Die Arbeit des europäischen Verfassungskonvents und die zunehmenden Anfragen nach einer globalen Rolle für die EU verknüpfen die Identitätsfrage immer erkennbarer mit dem politischen Profil und Willen der Europäischen Union. Wissenschaftliche Forschungen müssen daher vermehrt die Erkenntnisse der Regierungslehre (die die EU als Mehrebenenmodell des Regierens sieht), der internationalen Beziehungen (die nach den Bedingungen einer neuen Weltordnung nach Ende des Kalten Krieges fragen) und der politischen Theorie bzw. Ideengeschichte (die nach dem geistigen Fundus, den normativen Traditionen und Ansprüchen Europas sucht) miteinander verknüpfen.

Diese Erkenntnis kommt in der methodischen Zusammenschau und inhaltlichen Weite des Horizonts zusammen, die kennzeichnend für die neueste Publikation von Prof. Dr. Kühnhardt ist. Sein Plädoyer für eine europäische Verfassung, sein Eintreten für die Unverfügbarkeit der Menschenrechte, sein ideengeschichtlicher Exkurs über Grundfragen des europäischen Nachdenkens über die Ordnung der Politik („Was bleibt?“) und seine Reflexionen über die Rolle der Europa umspülenden Gewässer münden ein in eine profunde Analyse der Folgen der Globalisierung für den europäischen Integrationsprozess und seine Raison d'être.

Besondere Bedeutung misst Kühnhardt dem europäisch-amerikanischen Verhältnis zu. In seinem Essay über die Folgen

der Terroranschläge vom 11. September 2001 spannt er einen Bogen, den er in Vorschläge für eine zukunftsorientierte Reaktivierung der transatlantischen Beziehungen einmünden lässt. Kühnhardt schlägt einen neuen Atlantischen Vertrag vor, um den existierenden beachtlichen „Acquis atlantique“ auf eine neue Basis für die Bewältigung der Herausforderungen und Chancen des 21. Jahrhunderts zu stellen.

Eine profunde Analyse der Folgen der Globalisierung für den europäischen Integrationsprozess und seine Raison d'être

Deutsche und europäische Sicherheitspolitik

Das von der Fritz Thyssen Stiftung von Oktober 2000 bis April 2003 geförderte Projekt „Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland im euroatlantischen Integrationszusammenhang, 1990-2000“ untersucht die drei zentralen Problembereiche, die die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit der Wiedervereinigung maßgeblich bestimmen: die Stärkung der transatlantischen und europäischen Handlungszusammenhänge, die Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Missionen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes und die Reform der Streitkräfte in Interventionsarmeen.

Im Mittelpunkt des ersten Problembereichs steht die Haltung der Bundesrepublik zur neuen NATO und zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Dimension der EU. Untersucht werden zum einen die funktionale und geographische Erweiterung sowie die Europäisierung des Bündnisses, zum anderen die Entwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vom Maastrichter über den Amsterdamer Vertrag bis hin zum „Signal von St. Malo“.

Im zweiten Problemfeld wird der Beitrag der Bundeswehr zu Krisenprävention und Konfliktmanagement diskutiert. Im Mittelpunkt stehen dabei der zweite Golf-Krieg, die humanitären Einsätze auf dem Balkan, in Afrika und Asien sowie die Beteiligung an den Friedensmissionen in

Bosnien–Herzegowina und im Kosovo. Im dritten Problemfeld werden die beiden Reformansätze der Bundeswehr analysiert, im Kontext der Strategischen Konzepte der NATO von 1991 und 1999, hinsichtlich ihrer Ausrichtung in Umfang, Struktur und Ausrüstung, der Bestimmung der Kernaufgaben von Streitkräften nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Entwicklung des Verteidigungshaushaltes.

Anhand dieser Politikfelder wird überprüft, ob das Verhalten des vereinten Deutschlands in den drei Problembereichen mit dem von den vier führenden Denkschulen der Internationalen Beziehungen – defensiver Neorealismus, rationaler Institutionalismus, demokratischer Liberalismus und Sozialkonstruktivismus – unterstellten Verhaltensmustern übereinstimmt. Die Analyse des Akteursverhaltens in den drei Problembereichen ist von drei zentralen Fragen geleitet:

- a) *Ausmaß und Ausprägung von Wandel bzw. Kontinuität der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit der Vereinigung,*
- b) *Außen- und Innensteuerung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik,*
- c) *künftiges Akteursverhalten des vereinten Deutschlands, das an den Gegensatzpaaren Führungsrolle und Führungsvermeidungsreflex festgemacht wird.*

Die zentrale Hypothese des Projekts lautet: Eine Führungs- bzw. Sekundärrolle Deutschlands in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik korreliert mit der militärischen bzw. nicht-militärischen Dimension eines Problembereichs. Deutschland übernimmt eine Primärrolle in Bereichen mit einer nicht-militärischen Dimension. In den Bereichen mit einer militärischen Dimension präferiert Deutschland eine Sekundärrolle.

Transatlantische Beziehungen

Im Rahmen der Förderinitiative „Dialog Wissenschaft und Praxis“ der Hanns Martin Schleyer-Stiftung führte das ZEI das 9. Europakolloquium am 22. und 23. November 2002 im Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter durch. Das Kolloquium verfolgt das Ziel, einen Gedankenaustausch zwischen Examenskandidaten und Promovenden von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt so-

wie herausragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu aktuellen Themen zu institutionalisieren.

Das Leitthema des diesjährigen Europakolloquiums lautete: „Die transatlantischen Beziehungen nach dem 11. September. Herausforderungen und Perspektiven.“ Ziel war es, die durch den 11. September aufgeworfenen außen- und sicherheitspolitischen sowie kulturellen Fragen zu diskutieren. Im Mittelpunkt standen die Neuorientierung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik, die militär-strategischen Konsequenzen und die Beziehungen zwischen dem Westen und der islamischen Welt.

Für die Einführung in die drei Themenkomplexe konnten ausgewiesene Experten gewonnen werden: Dr. Andrew Denison, Direktor, Transatlantic Networks, Prof. Dr. Lothar Rühl, Universität zu Köln und ZEI-Senior Fellow, sowie Prof. Dr. Bassam Tibi, Universität Göttingen. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden im Rahmen der ZEI-Discussion Paper Serie veröffentlicht.

Mittelmeerraum

Die bisherige Arbeit zum Mittelmeerraum konnte im Jahr 2002 erfolgreich fortgeführt werden. Zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltete das ZEI zwei Workshops, die am Anfang eines vierjährigen Konferenzprojektes zum Mittelmeerraum und zum Euro-Mediterranen Dialog stehen. Koordiniert wird das Projekt von ZEI Senior Fellow Dr. Carlo Masala und Prof. Dr. Ludger Kühnhardt.

Den Auftakt dieser Workshop-Reihe bildete ein zweitägiges Treffen hochrangiger Politiker und Wissenschaftler beider Seiten des Mittelmeerraumes am 10./11. Mai 2002 in Beirut. Unter dem Thema „Der Einfluss der Globalisierung auf die Gesellschaften im arabischen Raum“ wurden Fragen der gesellschaftlichen Veränderung in den Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens sowie der Golfregion debattiert. Die meisten der arabischen Teilnehmer stimmten darin überein, dass die Globalisierung zwar Veränderungen herbeiführt, diese jedoch nicht ausschließlich negativ zu bewerten sind. Globalisierung sei für sie nicht gleichbedeutend mit kultureller Homogenisierung. Es gelte vielmehr, die Chancen der Globalisierung zu ergreifen, ohne die eigenen Wurzeln zu vernachlässigen.

Dr. Salim Nasr, Direktor des in Beirut ansässigen Center for Policy Studies und Prof. Dr. Theodor Hanf (Arnold Bergstrasser Institut, Freiburg) machten darauf aufmerksam, dass die arabische Kultur bereits vor Jahrhunderten ihren Weg in andere Teile der Welt gefunden habe und dass deshalb manche arabische Staaten Vorreiter der kulturellen Globalisierung gewesen seien und nicht – wie häufig behauptet – Nachzügler.

Das zweite Treffen des KAS-ZEI-Mittelmeerdialoges fand am 12. und 13. Juni in Casablanca statt. Es war den möglichen Auswirkungen des Euro auf die südlichen Volkswirtschaften sowie auf den Handel zwischen Europa und den Mittelmeerlandern gewidmet. Ökonomen und Politiker aus über zehn Staaten des Barcelona-Prozesses waren sich einig, dass der Euro nur begrenzte Auswirkungen haben wird. Diese wären aber, wenn sie eintreten, durchweg positiv.

Am 6. Dezember fand das vierte Mediterranean Forum am ZEI statt. Es stand unter der Fragestellung „Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership – A German Perspective“. Es referierten Arslan Chikhaoui, Transactions Nord-Sud, Algerien; Prof. Dr. Ahmed Driss, Universität Tunis; Prof. Dr. Atila Eralp, Middle East Technical University Ankara; Dr. Michael Köhler, Europäische Kommission Brüssel; Dr. Carlo Masala, Universität zu Köln; Prof. Dr. Volker Nienhaus, Universität Bochum; Prof. Dr. Lothar Rühl, Universität zu Köln; Direktor Alvaro de Vas-

concelos, Institute for Strategic and International Studies Lisboa, Portugal.

Europa-Asien-Programm

Der Euro: Eine Währung mit Weltgeltung? Wird sich die Euro-Währung gegenüber dem US-Dollar und dem Yen behaupten können? Welche Auswirkungen wird die Geburt der einheitlichen Währung Europas auf die Strukturen und Formen der Weltpolitik haben? Mit diesen Fragen beschäftigte sich der Workshop „Political and Economic Impacts of the Euro“ am 21. August in Seoul, der vom ZEI, der Korean International Trade Association und der EU Studies Association-Korea gemeinsam organisiert wurde. Gefördert wurde die Veranstaltung durch die Friedrich Ebert Stiftung, die SBS Foundation und das Korean Institute for Industrial Economics and Trade.

Der Workshop richtete sich vor allem an koreanische Studenten und Journalisten, aber auch an Ministerialbeamte. Ziel war es, die neue Währung vorzustellen und auf die Auswirkungen auf Wirtschaft und Politik hinzuweisen. An dem Workshop war das ZEI interdisziplinär vertreten: Während sich Professor Dr. Ludger Kühnhardt und PD Dr. Xuewu Gu, Koordinator des Europa-

Der Sammelband 40 der Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung „Europe and Asia: Mutual Perceptions and Expectations on the Way to a New Partnership in the twenty-first Century“, den PD Dr. Xuewu Gu herausgegeben hat, ist ein Kondensat der Arbeiten der Asia-Europe-Arbeitsgruppe am ZEI.



Diskutierten in Seoul über die Auswirkungen der einheitlichen Währung Europas auf die Strukturen und Formen der Weltpolitik: PD Dr. Xuewu Gu, Koordinator des Europa-Asien-Programms am ZEI, und Prof. Dr. Cae-One Kim, Präsident der EU Studies Association Asia-Pacific

Asien-Programms am ZEI, auf die politischen Auswirkungen des Euro konzentrierten, analysierten Prof. Dr. Jürgen von Hagen, Direktor am ZEI, Susanne Mundschek, Junior Fellow am ZEI, und Dr. Boris Hofmann, Senior Fellow am ZEI, die ökonomischen Aspekte.

Die asiatischen Teilnehmer zeigten sich stark interessiert an den politischen und ökonomischen Perspektiven, die mit der Einführung des Euro verbunden sind. Insbesondere über die Frage, ob und inwiefern die Entstehung der einheitlichen Währung die Stellung Ostasiens in der Weltwirtschaft beeinflussen kann, wurde heftig diskutiert. Asien – dies schien die dominierende Meinung unter den asiatischen Teilnehmern zu sein – kann sich langfristig gegenüber Euroland und Nordamerika nur behaupten, wenn auch auf diesem Kontinent eine einheitliche Währung eingeführt wird.

Des weiteren wurde in Kooperation mit der taiwanesischen Jiaotong-Universität von der Forschungsgruppe am 22. und 23. August in Taipeh ein Workshop zum Thema „Globalisation and its Challenges“ veranstaltet. Wissenschaftler und Regierungsbeamte sowie Vertreter von NROs aus Europa und Asien diskutierten aus europäischen und asiatischen Perspektiven über die Globalisierung und ihre Herausforderungen. Am Workshop war das ZEI durch Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und PD Dr. Xuewu Gu jeweils mit einem Vortrag vertreten.

Der Sammelband 40 der Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung „Europe and Asia: Mutual Perceptions and Expectations on the Way to a New Partnership in the twenty-first Century“ (hg. von Xuewu Gu, Baden-Baden 2002) ist ein Kondensat der Arbeiten der Asia-Europe-Arbeitsgruppe am ZEI. Er geht der Frage nach, ob und inwiefern es einen Zusammenhang zwischen dem unterentwickelten Europa-Asien-Verhältnis und den gegenseitigen unterschiedlichen Erwartungen gibt. Es wird untersucht, wie die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse in Europa von Asiaten wahrgenommen werden und umgekehrt. Zwölf Experten identifizieren die Schwächen Europas und Asiens, die Enttäuschungen bzw. Missverständnisse hervorgerufen haben.

PD Dr. Xuewu Gu, Koordinator des Europe-Asia-Programms, ist mit Wirkung zum 1. Oktober 2002 zum Professor für „Politik Ostasiens“ an die Ruhr-Universität Bochum berufen worden. Als externer Senior Fellow wird er seine Expertise weiter-

hin dem ZEI zur Verfügung stellen.

ASEAN-Parlamentarier am ZEI

Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie zur Gründung eines Parlaments der ASEAN-Staaten fand mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 13. bis zum 23. März erstmals ein Besuch von Vertretern aller Legislativen der ASEAN-Staaten in Brüssel und Bonn statt. Die hochrangige Delegation traf sich dabei nicht nur mit dem Vize-Präsidenten des Europäischen Parlaments (EP), verschiedenen Abgeordneten und Mitarbeitern, sondern holte auch die Expertise des ZEI ein. Der Präsident des Parlamentes der Philippinen rief bei der letzten Interparlamentarischen Versammlung in Bangkok im Oktober 2001 eine Initiative ins Leben mit dem Ziel, ein gemeinsames Parlament für den ASEAN-Bereich zu gründen. Daraufhin bildete man eine Studiengruppe, um die Ursprünge, Entwicklung, Funktionsabläufe und Arbeitsmethoden des EP kennen zu lernen, dem man dabei eine Vorbildfunktion einräumt.

Die Parlamentarier, Wissenschaftler und Fachleute aus den Philippinen, aus Laos, Vietnam und Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Thailand und Singapur sowie Dr. Willibold Frehner, Leiter des KAS-Büros in Manila, wurden am 14. März von Dr. Peter Zervakis und seiner Arbeitsgruppe am ZEI empfangen. Die Konsultationen erstreckten sich über einen halben Tag, wobei die Tauglichkeit des Modells Europäisches Parlament im Vordergrund der Ausführungen stand.

Die Erkenntnisse des Europa-Besuches der ASEAN-Delegation wurden auf Grundlage des u.a. auch die Expertise des ZEI lobend hervorhebenden Zwischenberichts (Preliminary Report vom 25. März 2002, S. 4) des philippinischen Delegationsleiters, Camilo L. Sabio, auf der folgenden Sitzung der AIPO im September 2002 in Hanoi offiziell vorgestellt.

Hans-Dietrich Genscher

Mit dem Band 50 der Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, „Genscher, Deutschland und Europa. Hans-Dietrich Genscher und die deutsche Außen- und Europapolitik 1974-1992“ (hg. von Hans-Dieter Lucas, Baden-Baden 2002) liegt erstmals eine wissenschaftliche Würdigung der Außen- und Europapolitik Hans-

Dietrich Genschers vor. In insgesamt 18 Beiträgen beleuchten namhafte Historiker, Politikwissenschaftler, Publizisten und Diplomaten die Hauptfelder der Außen- und Europapolitik Genschers, der als deutscher Außenminister so lange wie kein anderer Politiker des 20. Jahrhunderts deutsche Außenpolitik geprägt hat.

Dabei geht es nicht nur um die Entspannung-, Ost- und Abrüstungspolitik Genschers, sondern auch um bislang weniger beachtete Aspekte wie etwa seine Politik gegenüber dem südlichen Afrika, sein Konzept interregionaler Kooperation der EG mit anderen Weltregionen oder seine Politik in der Jugoslawienkrise 1991/92. Über die Würdigung der außenpolitischen Lebensleistung Genschers hinaus ist der Band zugleich ein Beitrag zur Analyse der deutschen Außen- und Europapolitik von der Mitte der siebziger Jahre bis zur „großen Wende“, die Genscher als „Außenminister der Einheit“ entscheidend mitgestaltet hat.

Hans-Dietrich Genscher ist der Vorsitzende des Internationalen Beirats des ZEI.

Europapolitik in Island

Im Rahmen des Dies Academicus der Universität Bonn sprach am 4. Dezember im Rahmen eines „ZEI-Europaforum“ der Staatspräsident von Island, Dr. Olafur Ragnar Grimsson, über die Entwicklungen des „Neuen Nordens“ aus der Sicht seines Landes. Er analysierte die Potenziale und Perspektiven im Nordmeer-Raum unter Einschluss Russlands und Nordamerikas. Der Staatspräsident, der sich anlässlich des 50. Jubiläums der deutsch-isländischen Beziehungen in Bonn aufhielt, forderte Deutschland zu vermehrtem Engagement im Norden Europas auf. Hinsichtlich der Frage eines möglichen Antrags von Island auf EU-Mit-

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Gu, Xuewu: „China und die USA: Eine Partnerschaft sucht ein strategisches Fundament“, in: Internationale Politik, Heft 2, 2002, S. 7-16

Gu, Xuewu (Hg.): „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Regionen in Europa“, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 39, Baden-Baden 2002

Gu, Xuewu (ed): „Europe and Asia: Mutual Perceptions and Expectations on the Way to a New Partnership in the twenty-first Century“, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 40, Baden-Baden 2002

Kühnhardt, Ludger: „Atlantik-Brücke. Fünfzig Jahre deutsch-amerikanische Freundschaft“. Berlin 2002

Kühnhardt, Ludger: „Le Triangle de Weimar. France-Allemagne-Pologne. Une vision partagée de l'Europe?“, in: Documents – Revue des questions allemandes, 56e ANNÉE-NUMÉRO SPÉCIAL HIVER 2001-2002, S. 16 ff.

Meiers, Franz-Josef: „The Reform of the Bundeswehr: Adaptation or Fundamental Renewal?“ In: European Security, Bd. 10, Nr. 3 (Sommer 2001), S. 1-22

Meiers, Franz-Josef: „Deutschland: Der dreifache Spagat“, in: Hans-Georg Ehrhart (Hg): Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Baden-Baden 2002, S. 35-48

Meiers, Franz-Josef: „Die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik als Zankapfel zwischen den USA und Europa“, in: Erich Reiter (Hg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2001, Hamburg/Berlin/Bonn 2001, S. 433-452

Meiers, Franz-Josef: „A Change of Course? German Foreign and Security Policy after Unification“, in: German Politics, Bd. 11, Nr. 3 (December 2002), S. 195-216

Forschungsgruppe VII: „Europäische Identität und der Dialog der Kulturen“

11. September und europäische Identitätsbildung

Der Anschlag auf das World Trade Center vom 11. September 2001 hat nicht nur die USA herausgefordert. Nach der spontanen Solidarität der Europäer hat die Zeit gezeigt, dass auch Europa sich fragen muss, mit welcher Strategie es dem Terrorismus begegnen will, ferner aus welcher Form geschichtlich getragener und philosophisch legitimer Identitätsbildung dies geschehen kann. Nimmt man neben der politischen Angst noch die weltweite ökonomische Konkurrenz und schließlich die Nötigung zu kultureller Selbstbehauptung hinzu, erkennt man, wie sehr Europa auch von außen zur Identitätsfindung herausgefordert ist.

Vor diesem Hintergrund sind die vermehrten Anstrengungen der Forschungsgruppe „Europäische Identität und Dialog der Kulturen“ zu verstehen, die Frage nach der Europäischen Identität weiter zu vertiefen, historisch diachron mit Blick auf die europäische Geschichte selbst, interkulturell synchron im Gespräch mit den anderen Kulturen und philosophisch systematisch in der Aufarbeitung der diesbezüglichen Voraussetzungen und Problemstellungen.

Förderung der alten Sprachen

Parallel dazu wurden die Zeitdimensionen von Herkunft und Zukunft der Europäischen Identität in dem Projekt „Förderung der alten Sprachen und Europas kulturelles Erbe“ einzuholen versucht. In Zusammenarbeit mit dem Vatikan und der Universität Kiel (inkl. der Einrichtung einer vom ZEI vermittelten und auf drei Jahre angelegten Stipendiatenstelle) konnte das ZEI an der Bildung eines europäischen Komitees mitwirken, das sich dieser Fragestellung widmen soll. Gewonnen wurden zur wissenschaftlichen Koordination des Projektes Prof. Peter Parsons

(Oxford), Prof. Tuomo Pekkanen (Helsinki) und Prof. Antonios Rengakos (Thessaloniki). Die bisher eingegangenen Reaktionen sind durchweg positiv und enthalten vielfach Unterstützungsangebote sowie Adressen weiterer interessierter Stellen, die nun zu kontaktieren sind.

Am 17. Juni fand in Rom eine Pressepräsentation statt, um das Projekt und seine Ziele einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Als zentrale Botschaft wurde deutlich gemacht, dass das gemeinhin mit den klassischen Sprachen verbundene konservative Image keinesfalls zutrifft. Hervorzuheben sind Nutzen und Bedeutung der klassischen Sprachen auch in der modernen Welt, damit ersichtlich wird, dass Latein und Griechisch nach wie vor ein unverzichtbares Element in der Ausbildung junger Menschen darstellen.

Als inhaltliche Grundlage für die Präsentation diente das von Prof. Lutz Käppel in Zusammenarbeit mit dem ZEI verfasste Manifest „Die Wichtigkeit der alten Sprachen Griechisch und Latein“. ZEI Senior Fellow Käppel hat auch ein Discussion Paper veröffentlicht mit dem Titel „Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas“ (ZEI Discussion Paper C 98/2002).

Interkulturelle Zusammenarbeit mit der Mongolei

Da sich europäische Identität nur im Gespräch mit sich und der eigenen Herkunft bestimmen lässt, fördert das ZEI den Dialog der Kulturen. Dazu gehört ein vom DAAD unterstütztes Kooperations-Projekt mit der National University of Mongolia zur Erneuerung des Philosophiestudiums in der Mongolei. Das Projekt ist mit einem mehrjährigen wechselseitigen Austausch von Forschern verbunden. Erster Gast im ZEI war im Frühjahr 2002 Prof. Dr. Baldandorj. Batchuluun.

Zu den Ergebnissen des Forschungsaufenthaltes am ZEI gehört u. a.:

- a) eine von Prof. Batchuluun fertiggestellte Übersetzung des Buches „An Intro-



Sie sind Nachbarn und nur wenige Kilometer voneinander entfernt, doch die Unterschiede in Tradition und Kultur sind unübersehbar: Die Mentalitäten der Benelux-Staaten und Nordrhein-Westfalens waren Thema mehrerer Workshops: Hier das hypermoderne CentrO in Oberhausen...

chen und Europas kulturelles Erbe“ einzuholen versucht. In Zusammenarbeit mit dem Vatikan und der Universität Kiel (inkl. der Einrichtung einer vom ZEI vermittelten und auf drei Jahre angelegten Stipendiatenstelle) konnte das ZEI an der Bildung eines europäischen Komitees mitwirken, das sich dieser Fragestellung widmen soll. Gewonnen wurden zur wissenschaftlichen Koordination des Projektes Prof. Peter Parsons

duction to Political Philosophy“ von Jonathan Wolff vom Englischen ins Mongolische. Diese Arbeit erschien 2002 in Ulan Batoor.

- b) eine erste Sammlung von klassischer Primärliteratur zur politischen Philosophie, bestehend aus Texten vor allem von Platon, Hobbes, Locke, Rousseau, Mill usw., die in Form einer Textsammlung für Schüler und Studenten in der Mongolei aufbereitet werden soll.
- c) eine ausführliche Didaktik-Konferenz mit Experten (einschließlich Ausbildungsleitern und Lehrern) an der Ruhr-Universität Bochum. Auf dieser Konferenz wurden das Lehrangebot von Philosophieveranstaltungen an der National University of Mongolia, ferner curriculare Notwendigkeiten und Möglichkeiten sowie künftige didaktische Perspektiven für die Erneuerung des Philosophiestudiums in der Mongolei ausgehend von neueren Didaktik-Diskussionen in Deutschland besprochen.

Während der gesamten Zeit des Forschungsaufenthaltes sind das Interesse und die Anstrengungen von mongolischer Seite offenkundig geworden, sich von der deutschen bzw. europäischen Seite inspirieren zu lassen, in einen intensiven Dialog zu treten und Bewährtes zu übernehmen. Das Lehrangebot an der National University sowie der Ausbildungs- und Kenntnisstand der mongolischen Kollegen haben schon ein großes Maß an Differenzierung und ein hohes Qualitätsniveau erreicht, das durch kontinuierliche weitere Arbeit gestützt, konsolidiert und vorangetrieben werden sollte.

Ethik zwischen Ost und West

Diese in unserer Zeit zutiefst wichtige Aufgabe interkultureller Zusammenarbeit soll ebenfalls vorangebracht werden durch verschiedene Publikationen. Ende 2002 erschien die Anthologie „Zukünftiges Menschsein: Ethik zwischen Ost und West“ (hg. von Ralf Elm / Mamoru Takayama, Band 55 der Schriftenreihe des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Baden-Baden 2002). Die Grundlage des künftigen Zusammenlebens auf der Welt lässt sich weder durch einen Weltstaat noch durch ein Weltethos verordnen. Sie kann nur in einem

Dialog der Kulturen und damit in der Auseinandersetzung über Wahrheit und Menschenrecht erstritten werden.

Der Ausgangspunkt dafür ist, was Konfuzius „Richtigstellung der Begriffe“ nannte: Bevor man die Wahrheitsansprüche anderer Kulturen verstehen und überhaupt nach Konflikt und Versöhnung forschen kann, muss man den geschichtlichen Hintergrund und die systematische Verbindung zwischen den Konzepten rekonstruieren, die das Gerüst des Dialogs bilden. Von ganz besonderer Bedeutung wird dies im Verhältnis zwischen den ostasiatischen Kulturen und dem Westen sein. Hier stehen sich zwei Zivilisationen von gleicher Tiefe und mit gleichem Universalanspruch gegenüber, deren eigentliche Begegnung im Weltmaßstab noch aussteht. Der Charakter dieser Begegnung wird die Zukunft mehr gestalten als alle zur Zeit absehbaren Entwicklungen weltweit. Um sie vorzubereiten, bedarf es des Dialogs über die wichtigsten Kategorien, in denen Würde und Aufgaben des Menschen bestimmt werden.

Dazu leistet die in Anlage und Durchführung bisher einzigartige Anthologie in der gemeinsamen Bemühung östlicher und westlicher Denker der Gegenwart einen Beitrag. Sie ist aus einer gemeinsam vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung und der Hermann-und-Marianne-Straniak-Stiftung entwickelten Initiative eines philosophischen Dialoges zwischen Ostasien und dem Westen erwachsen.

Leitbild europäischer Identität

In einem weiteren Sammelband der ZEI-Schriftenreihe, herausgegeben von ZEI-Mitarbeiter PD Dr. Ralf Elm, „Europäische Identität: Paradigmen und Methodenfragen“ (Band 43, Baden-Baden 2002), stellen 15 namhafte Europaexperten, Wissenschaftler und Philosophen die Frage nach der europäischen Identität aus kulturgeschichtlicher und methodischer Perspektive. Im Zentrum steht dabei die Suche nach den Paradigmen europäischer Identität. Im Spannungsfeld von Globalisierung und ihren Erfordernissen auf der einen Seite und Nationalismus und

Der Charakter der Begegnung zwischen ostasiatischen Kulturen und dem Westen wird die Zukunft mehr gestalten als alle zur Zeit absehbaren Entwicklungen weltweit.

Europa kann nicht auf eine einheitliche, in sich homogene Substanz zurückgreifen; dafür herrscht eine zu große Pluralität, zudem würde man der geschichtlichen Offenheit nicht gerecht.

Regionalismus mit tiefverwurzelten Konfliktpotentialen auf der anderen Seite sucht Europa nach einem Weg, die Vielheit von Staaten und Interessen zu einer Einheit zusammenzuführen.

Wie der zukünftige Weg zu welcher Gestalt Europas und entsprechender europäischer Identität aussieht, ist noch nicht entschieden. Um so wichtiger ist die kritische Untersuchung der Leitbilder und Paradigmen europäischer Identität, der dabei

Oft droht die christliche Demokratie zu einer Milieupartei zu schrumpfen, die sich in der Mitte des politischen Spektrums zu platzieren sucht.

verwendeten Methoden, Kategorien und Implikationen: Was kann europäische Identität über europäischen Gleichschritt in

der Wirtschafts- und Währungsunion sowie über eine gemeinsame Sicherheitspolitik hinaus ausmachen? Europa kann nicht auf eine einheitliche, in sich homogene Substanz zurückgreifen; dafür herrscht eine zu große Pluralität, zudem würde man der geschichtlichen Offenheit nicht gerecht.

Europa darf sich freilich auch nicht im Extrem reiner Konstruktionen verlieren, würden auf diese Weise doch die unterschiedlichen Bindungen unterschlagen, damit die Zustimmung- und Akzeptanzmöglichkeiten von Seiten der Bevölkerung preisgegeben. Inwieweit können also welche gelebten kulturellen Traditionen in welche euro-

päische Identität überführt werden und inwieweit sind neue Wege zu (er)finden? Welche politischen und rechtlichen Europamodelle verdienen eine Leitbildfunktion?

Christliches Wertefundament in Ostmitteleuropa

Zu einer Bestandsaufnahme der Formierung und Stellung christlich demokratischer Parteien in den Ländern West- und Mitteleuropas hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Verbindung mit der Katho-

lischen Sozialwissenschaftlichen Sozialstelle und dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung ein Forschungsvorhaben angestoßen und Wissenschaftler aus zwölf europäischen Ländern für den 8. und 9. November 2002 nach Budapest geladen. Die Planungen fußen auf einer vorbereitenden Konferenz der beteiligten Institutionen am 6. und 7. November 2001 im ZEI. Gemeinsam suchte man nach Antworten auf die Herausforderungen der Transformationsgesellschaften.

Der Spannungsbogen zog sich dabei von der historischen Analyse christlich-demokratischer Entwicklungsmuster in den „alten“ Ländern (Frankreich, Belgien, Niederlande, Italien, Österreich und Deutschland) bis hin zu den aktuellen Fragen von Entwicklung und Verortung solcher Parteien in den sich rasch verändernden politischen Landschaften Ostmitteleuropas (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Rumänien).

Die schwierige Situation christlich-demokratischer Parteien in diesen „jungen“ Ländern, in denen (post-)sozialistische, liberale und häufig auch nationalistische Kräfte im Widerstreit liegen, wurde deutlich. Oft droht die christliche Demokratie zu einer Milieupartei zu schrumpfen, die sich in der Mitte des politischen Spektrums zu platzieren sucht, was an die Versäulung in Gesellschaft und Politik Belgiens oder der Niederlande erinnert. Doch stellt sich die Frage, ob es in den Transformationsgesellschaften überhaupt eine solche politische Mitte gibt. Probleme der Formierung der christlich-demokratischen Bewegungen kommen hinzu.

Die gemeinsame Ablehnung des kommunistischen Systems hat oft Persönlichkeiten zusammengeführt, denen es nach der Wende schwer fällt, gemeinsame Zielvorstellungen zu formulieren. So führen spektakuläre Parteiaustritte zu Parteienspaltungen, die das völlige Verschwinden bisher starker Gruppierungen nach sich ziehen können. Ein besonders krasses Beispiel hierfür ist die ehemalige Gewerkschaft Solidarność, die in etwa 260 Einzelgruppierungen zerfallen ist. Solch personenzentrierte Wahrnehmung macht die Notwendigkeit inhaltlicher Arbeit und programmatischer Orientierung deutlich. Die Auseinandersetzung um christliche Werte im weltanschaulich neutralen Staat muss daher ein zentrales Element christlich-demokratischer Politik bleiben. Im Weltmaßstab verlangt die Globalisierung nach glaubwürdigen Antworten, die nur im christlichen Menschenbild liegen können.

Mentalitätenführer Benelux/NRW

Auf Anregung der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei organisierte das Zentrum für Europäische Integrationsforschung eine Serie von Workshops, die die Mentalitäten, Kulturen und Traditionen im Nordwesten Europas in den Mittelpunkt stellten. Die



...und hier typisch niederländische Giebelhäuser.

Erträge der Workshops werden unter dem Titel „Die Rheingesellschaft. Mentalitäten, Kulturen und Traditionen im Herzen Europas“ (hg. von Jacobus Delwaide, Georg Michels und Bernd Müller, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Bd. 56, Baden-Baden 2003) publiziert.

Engeres Ziel der Projektinitiative war die Erarbeitung eines Mentalitätenführers für die Benelux-Staaten und Nordrhein-Westfalen, der den Charakter eines unterhaltsamen Vademecums haben und interessierten (Geschäfts-)Reisenden als Einführung und Handreichung dienen soll. Es galt dabei, nicht alle Länder unter allen denkbaren Aspekten zu bearbeiten, sondern Schwerpunkte zu setzen. Ins Blickfeld sollte nur genommen werden, was für das jeweilige Land prägend ist. Folglich gleicht kein Abschnitt dem anderen, denn nur das Besondere, die Unterschiede werden erläutert, so dass kein systematischer Themenkatalog vorangestellt werden muss oder kann. Ziel war es, jeweils spezifische Problemfelder zu kennzeichnen, auf potentielle Gefahrenherde aufmerksam zu machen.

Damit entstand etwas, das man vielleicht als Fettnäpfchenführer bezeichnen könnte. Allerdings wird der Leser keine Erläuterung dazu finden, dass man auch in

Belgien die Gabel links und das Messer rechts hält, denn er soll nicht mit Selbstverständlichem gelangweilt werden. Wer wachen Auges durch das Nachbarland geht und sich nicht benimmt, als besuche er gerade beliebte Einrichtungen einschlägiger Urlaubsstrände, wird sowieso nur wenig Gefahr laufen, seinen Gastgebern auf die Zehenspitzen zu treten. Und für die wenigen Situationen, wo es doch geschehen könnte, ist ihm hier eine Hilfe an die Hand gegeben. Dabei wendet sich das Buch nicht nur an den Erfahrenen, sondern möchte auch einen Beitrag leisten, Schwellenangst zu nehmen.

Die Befragungen von Probanden nach einem vorgegebenen Fragebogen und längere, freiere Interviews in den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Nordrhein-Westfalen lieferten dabei das Quellenmaterial für den Band „Zwischen Pommes und Praline. Mentalitätsunterschiede, Verhandlungs- und Gesprächskultur in den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Nordrhein-Westfalen“ (hg. von Georg Michels und Bernd Müller, Münster 2003). Die Gesprächspartner kamen meist aus der Wirtschaft und verfügen über ausgedehnte Erfahrungen in grenzüberschreitender Kooperation. So spricht aus dem Text eine große Praxisnähe, die der Unterhaltung des Lesers ebenso entgegenkommt wie der Intention des ganzen Vorhabens.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Elm, Ralf (Hg.): „Europäische Identität: Paradigmen und Methodenfragen“, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 43, Baden-Baden 2002

Elm, Ralf/Mamoru Takayama (Hg.): „Zukünftiges Menschsein: Ethik zwischen Ost und West“, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, , Band 55, Baden-Baden 2002

Kühnhardt, Ludger: „Die Farbe der Menschenrechte. Der Universalismusgedanke“, in: Zeitschrift für Kulturaustausch. Der Dialog mit dem Islam, Nr. 1, 2002, S. 56 ff.

Kühnhardt, Ludger: „Implications of Globalization on the Raison d’Etre of European Integration“, Working Paper Nr. 32, Oslo: ARENA, Oktober 2002

Kühnhardt, Ludger: „The Lakes of Europe“, ZEI Discussion Paper C104/2002, Bonn (Zentrum für Europäische Integrationsforschung) 2002

Michels, Georg: „Einleitung“, in: Zwischen Pommes und Praline. Mentalitäten, Kulturen und Traditionen in den Benelux-Ländern und NRW, hg. von Bernd Müller und Georg Michels, Münster 2003

Weiterbildung

Master of European Studies

Am 14. Oktober 2002 begrüßte das ZEI den fünften Jahrgang des „Master of European Studies“ und ging damit in das erste Jubiläumsjahr des einjährigen Postgraduierten-Studiengangs. Mit 32 Fellows wurde erstmals die maximale Anzahl an Studierenden zugelassen, nachdem die Zahl der Bewerbungen mit über 160 einen Höchststand erreicht hatte. Ähnlich wie in den Jahren zuvor wurden Bewerberinnen und Bewerber aus der Bundesrepublik Deutschland, den anderen EU-Staaten, Mittel- und Osteuropa, den Neuen Unabhängigen Staaten und Russland, den USA und Südamerika sowie Japan und Süd-Korea eingeladen.

Der neue Jahrgang steht in der bewährten Tradition des „Master of European Studies“, das am 15. Oktober 1998 mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes und des Stifterverbandes für die Deutsche Wis-

senschaft an den Start ging. Am 31. Mai 2002 wurde der vierte Jahrgang verabschiedet, und die insgesamt 20 Fellows traten ihre Praktika an. Auch 2002 stellte das Auswärtige Amt wieder interessante Praktikumsplätze in deutschen Auslandsvertretungen, Bundes- oder Landesministerien zur Verfügung, die von den Fellows ausgesprochen gut angenommen wurden. Zwei Kandidaten wurde ein Praktikum bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU ermöglicht. Mit Unterstützung der deutschen Ständigen Vertretung konnte ein weiterer Kandidat ein sechsmonatiges Praktikum bei der Ständigen Vertretung Frankreichs bei der EU absolvieren.

Auch im vierten Jahr führte das Master of European Studies-Programm seine gute und erfolgreiche Kooperation mit großen Stiftungen fort. Die Konrad-Adenauer-Stiftung förderte drei Fellows aus der Balkan-Region mit einem Vollstipendium, der DAAD und das Auswärtige Amt vergaben jeweils drei Stipendien zur Deckung der Lebenshal-

tungskosten für Kandidaten und Kandidatinnen aus Mittel- und Osteuropa, Russland und den Neuen Unabhängigen Staaten. Ergänzend erhielten diese ein Stipendium des ZEI zur Deckung der Studiengebühren. Zudem vergab das ZEI vier Teilstipendien. Das „British Council“ förderte eine Kandidatin und einen Kandidaten aus der Türkei mit einem Vollstipendium.

Neben den bewährten Basis- und Aufbau-modulen zu den politik-, wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Aspekten der EU wurde das Curriculum auch im vierten Jahr durch Beiträge von Praktikern abgerundet. Zu den Kooperationspartnern, die das ZEI 2002 gerne wieder begrüßte, zählten die Deutsche Telekom, McKinsey und die Boston Consulting Group, die RWE AG und der BDI. Eine praktische Vorbereitung für eine Position in den Institutionen der EU ermöglichte der Praxisdialog zu den Themen „Negotiating and Lobbying in Brussels“ und „The EU-Concours“. Wie im Jahr zuvor machte ein erfahrener Beamter aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium sowie ein ehemaliger leitender Beamter der Kommission die Fellows mit dem tagespolitischen Ablauf der Brüsseler Institutionen und der Aufnahmeprüfung in den EU-Dienst, dem sogenannten Concours, vertraut. Zu den Unterrichtsthemen von aktueller Bedeutung zählte das Modul von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor am ZEI, zum Thema „Europe's Global Agenda“ und das Modul von Prof. Dr. Katalin Botos von der Katholischen Universität Budapest zum Thema „The case of Hungary and the other accession candidates“. Daneben unterrichteten auch wieder die beiden weiteren Direktoren des ZEI, Herr Prof. Dr. Jürgen von Hagen und Herr Prof. Dr. Christian Koenig LL.M.

Zu den außercurricularen Aktivitäten im Rahmen des „Master of European Studies“ zählte neben einer mehrtägigen Exkursion zum Europäischen Parlament in Straßburg sowie zum Deutschen Bundestag und zum Auswärtigen Amt in Berlin eine eintägige Exkursion zur Europäischen Kommission in Brüssel und zur Europäischen Zentralbank in Frankfurt. In Brüssel wur-



Die Studentinnen und Studenten des fünften Jahrgangs des Master of European Studies. Ganz links Programm-Koordinatorin Cordula Janowski.

Neben den bewährten Basis- und Aufbau-modulen zu den politik-, wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Aspekten der EU wurde das Curriculum auch im vierten Jahr durch Beiträge von Praktikern abgerundet.

den die Fellows vom Ständigen Vertreter Deutschlands bei der EU, Herrn Dr. Wilhelm Schönfelder, empfangen. In geselliger Runde und bei einem Imbiss bestand in den Räumen der Ständigen Vertretung die Möglichkeit zum persönlichen Gespräch mit dem Botschafter. Das Auswärtige Amt in Berlin lud die Fellows zu einem vielfältigen Tagesprogramm unter dem Motto „Das neue Gesicht Europas“. Neben Vorträgen und Diskussionen mit hochrangigen Politikern, wie Herrn Klaus Hänsch (MdEP), präsentierten junge Künstler aus den EU-Beitrittsländern ihre Projekte. Höhepunkt des Programms war eine Diskussion von Außenminister Joseph Fischer und dem EU-Kommissar für institutionelle Fragen der EU, Michel Barnier, zu den Herausforderungen der EU-Ost-Erweiterung. Zudem konnte im vierten Jahr erstmals ein zweiwöchiger Studentenaustausch mit dem ASERI-Institut der Universität Mailand organisiert werden. Während drei ZEI-Fellows nach Mailand fuhren, begrüßte das ZEI zwei italienische Studierende in Bonn.

Die nunmehr 75 ZEI-Alumni, die in einem Verein organisiert sind, haben fast ohne Ausnahme den Sprung in die Berufswelt geschafft oder ihre Ausbildung fortgesetzt. Von den Kandidatinnen und Kandidaten des vierten Jahrgangs nutzte etwa ein Viertel die Möglichkeit, bei einem der Direktoren des ZEI oder durch deren Unterstützung eine Promotion zu beginnen. Alle anderen Fellows begannen in ihren Herkunftsländern oder einem EU-Staat eine berufliche Tätigkeit oder ein Trainee. So ist eine Kandidatin aus Jordanien seit Mitte des Jahres 2002 als Referentin für den jordanischen Außenminister tätig, ein Fellow aus Slowenien begann zum Herbst bei einer großen Privatbank, und ein Kandidat aus Mazedonien, der für den „Master of European Studies“ ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung erhalten hatte, konnte im Anschluss an sein Praktikum bei der Deutschen Telekom bei einer Telekom-Tochter in Mazedonien beginnen.

Im fünften Jahr ist der Bonner Studiengang innerhalb des postgradualen Angebots der Bundesrepublik Deutschland und auch EU-weit als voller Erfolg zu bezeichnen. Die Bilanz bestätigt zugleich die Leistungsfähigkeit des interdisziplinären Ansatzes des „Master of European Studies“ am ZEI, der daher in den kommenden Jahren beibehalten wird. Das ausgewogene Verhältnis von Modulen aus den Fächern Poli-

tik-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaft hat sich als Ausbildungskonzept bewährt. Zudem ist der hohe Praxisbezug des „Master of European Studies“ auch im vierten Jahr auf eine große Resonanz bei den Fellows, den Dozentinnen und Dozenten und insbesondere den Kooperationspartnern aus der Wirtschaft gestoßen. Das ZEI ist davon überzeugt, dass der „Master of European Studies“ dem ursprünglichen Wunsch des Auswärtigen Amtes, eine junge, „EU-kompetente“ Elite für Politik, Wirtschaft und Verwaltung auszubilden, voll entspricht. Der programmatische Ansatz einer internationalen, interdisziplinären und praxisnahen Ausbildung, aufgrund derer sich die Fellows ein eigenes Karriere-Netzwerk aufbauen, ist in Deutschland einzigartig. Das ZEI hält das Konzept des „Master of European Studies“ für zukunftsweisend und der Nachfrage nach Allround-Führungskräften am ehesten gerecht werdend.

Nach vier erfolgreichen Jahren hat sich der „Master of European Studies“ zu Beginn des fünften Studienjahres international ausgezeichnet etabliert. Hinsichtlich der Gestaltung des Lehrplans und der außercurricularen Aktivitäten wurde die Praxiskomponente gestärkt. Die Internationalität sowohl der Studierenden, als auch der Lehrenden wurde aufrecht erhalten und die Kooperation mit den politischen und wirtschaftlichen Partnern fortgeführt. Das Verhältnis des ZEI zu den Dozentinnen und Dozenten des „Master of European Studies“ prägt ein großes Vertrauen, nachdem ca. 90% der Fakultät auch im vierten Jahr gerne wieder der Einladung des ZEI folgten.

Zu den wichtigsten Aufgaben für das kommende Jahr zählt die Akkreditierung des „Master of European Studies“, die bis zum Ende des Jahres 2002 eingeleitet wurde. ZEI-Alumni, die den Start in eine ausgezeichnete berufliche Position geschafft haben, bieten zudem vermehrt an, die „jungen“ Fellows zu unterstützen und im Rahmen des Praxisdialogs eigene Module durchzuführen. Das ZEI wird dieses freundliche Angebot im kommenden Jahr aufnehmen und die Ausgestaltung des weltweiten Alumni-Netzwerkes fördern. Eine dritte wichtige Herausforderung für die kommenden Jahre ist die Steigerung des Bekanntheitsgrades des „Master of European Studies“. Dazu setzt das ZEI ebenfalls auf die Unterstützung der ZEI-Alumni.

Das ZEI ist davon überzeugt, dass der „Master of European Studies“ dem ursprünglichen Wunsch des Auswärtigen Amtes, eine junge, „EU-kompetente“ Elite für Politik, Wirtschaft und Verwaltung auszubilden, voll entspricht.



Genauso wichtig wie Vorträge und Quellenstudien ist der Austausch der Studierenden untereinander – so entsteht ein internationales Netzwerk, das nach Abschluss des Masterkurses weiter gepflegt wird.

Transatlantic Summer Academy

Die 9. Transatlantische Sommerakademie (TASA) fand vom 18. Juni bis 13. Juli 2002 statt. Sie stand unter dem Leitthema „Transatlantic Solidarity and Partnership: Common Actions Against Common Threats.“ Teilnehmer waren 27 Studenten aus Nordamerika und Europa. Im Mittelpunkt standen die mit den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 aufgeworfenen Fragen für die transatlantischen Beziehungen. Den Festvortrag hielt Professor Lothar Rühl, Staatssekretär a.D. und ZEI Senior Fellow, zum Thema „Transatlantic Relations After the 11th September: Common Actions Against Common Threats“.

In dem knapp vierwöchigen, interdisziplinär angelegten Programm diskutierten die Teilnehmer mit Persönlichkeiten und Experten aus Regierung, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft die außen- und sicherheitspolitischen sowie die wirtschaftlichen

Im Mittelpunkt standen die mit den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 aufgeworfenen Fragen für die transatlantischen Beziehungen

Themen, die die transatlantischen Beziehungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts entscheidend bestimmen. Ziel der Akademie ist es, das Bewusstsein zukünftiger Entscheidungsträger in Nordamerika und Europa dafür zu schärfen, dass über das Ende des Ost-West-Konflikts hinaus die transatlantischen Beziehungen nach wie vor von zentraler Bedeutung sind, um gemeinsam die vielfältigen Herausforderungen in einer globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts zu bewältigen.

Wie in den vergangenen Jahren waren die Exkursionen nach Straßburg, Berlin und Brüssel ein zentraler Bestandteil des Programms. In Straßburg besuchten die Teilnehmer das Europa-Parlament, den Europarat und den Europäischen Menschenrechts-

gerichtshof, wo sie mit Experten über aktuelle Probleme des europäischen Integrationsprozesses und die Rolle der Menschenrechte in einem ungeteilten Europa diskutierten. In Berlin sprachen die Teilnehmer mit Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums der Verteidigung und der Vertretung der EU in der Bundesrepublik Deutschland über aktuelle außen- und sicherheitspolitische Themen. Ebenso hatten die Teilnehmer Gelegenheit, mit Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und von den Gewerkschaften über jüngste Entwicklungen in der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik sowie in den transatlantischen Beziehungen zu diskutieren. In Brüssel besuchten die Teilnehmer die Europäische Kommission und das NATO-Hauptquartier. Mit ihren Gesprächspartnern erörterten sie neue außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen für die Union und die Atlantische Allianz.

Das Programm rundeten drei Ausflüge zur Erkundung des Rheinlandes nach Köln, Düsseldorf und Aachen ab. In Düsseldorf hatten die Teilnehmer die Gelegenheit, mit Vertretern der Staatskanzlei der Landesregierung Nordrhein Westfalens, der Bundesbank und der Mannesmann AG die Rolle Nordrhein Westfalens in Europa, die Aufgaben der Europäischen Zentralbank und die Rolle der Telekommunikation zu diskutieren. Neu in das Programm aufgenommen wurde eine Betriebsbesichtigung der Ford-Werke in Köln.

Die Sommerakademie schloss mit drei Planspielen ab. Die Teilnehmer simulierten Szenarien möglicher internationaler Krisen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Völkerrecht.

Junior Fellows Programm

In diesem Zusammenhang verfassen Promovenden unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt europaspezifische Dissertationen, oder auswärtige Doktoranden führen eigenständige

Promotionsstudien am ZEI durch. Im Laufe des Berichtszeitraums nahmen weiterhin 16 Promovenden am ZEI-Junior Fellows-Programm teil.

Bonn Graduate School of Economics

Dank der finanziellen Unterstützung von Seiten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), Bonn, des Freundeskreises „Internationale Studenten“ e.V., Göttingen, und der Robert Bosch-Stiftung, Stuttgart, konnte vierzehn Studenten aus Nordamerika sowie aus Mittel- und Osteuropa ein Stipendium angeboten werden. Der wirtschaftswissenschaftliche Fachbereich der Fakultät für Rechts- und Staatswissenschaft betreibt seit 1998 die Bonn Graduate School of Economics. In Deutschland ist dies das erste Doktorandenprogramm mit einem modernen Lehrprogramm nach dem Vorbild US-amerikanischer Graduate Schools. Die Doktorandenausbildung besteht aus einem intensiven, verpflichtenden Kursprogramm im ersten Jahr und weiteren Kursen in den folgenden Jahren, in denen die Dissertation angefertigt wird. Das Programm, das deutsche und ausländische Studenten anzieht und gemeinsam von der Universität Bonn, der Université Catholique de Louvain, der Sorbonne (Paris), der London School of Economics und der Universität Pompeu Fabra (Barcelona) getragen wird, findet weitgehend auf Englisch statt.

Die Abteilung „Wirtschaftliche und Soziale Fragen“ beteiligt sich seit 1997 aktiv an dem von der DFG finanzierten Graduiertenkolleg des wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichs. ZEI Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen gehört zu den Antragstellern des im Jahr 2000 neu bewilligten Graduiertenkollegs und beteiligt sich in diesem Rahmen an der Doktorandenausbildung des Fachbereichs. Er hat die Verantwortung für die Ausbildung in Makroökonomik übernommen und unterrichtet regelmäßig den Pflichtkurs „Graduate Macroeconomics“ im ersten Semester des Doktorandenstudiums. Die Abteilung übernimmt, teils durch Eigenleistung und teils durch externe Dozenten, ebenfalls den Kurs „Graduate International Macroeconomics“ im zweiten Semester.

Umgekehrt nehmen die Doktoranden der Abteilung an Pflicht- und Wahlveranstaltungen der Graduate School als Teil ihrer Doktorandenausbildung teil. Neben den genannten Kursen wird Mikroökonomik, Spieltheorie und Ökonometrie unterrichtet. Die Abteilung sichert auf diese Weise ihren

Doktoranden eine Ausbildung auf international hohem Niveau. Dies ist für die Attraktivität des ZEI als Forschungsstandort für Nachwuchswissenschaftler unabdingbar. Zunehmend rekrutiert die Abteilung Doktoranden der Graduate School als Nachwuchswissenschaftler, die am ZEI an europäischen wirtschaftspolitischen Themen arbeiten.

Alle Junior und Senior Fellows des ZEI nehmen an dem wöchentlichen Research Breakfast teil. Dabei handelt es sich um ein internes Seminar, in dem sie aus ihrer Arbeit berichten. Die Spannweite der Vorträge reicht von der Präsentation neuer Forschungsideen bis zu fertigen Arbeitspapieren. Das Research Breakfast ist ein zentrales Element der wissenschaftlichen Selbstkontrolle und bietet dem wissenschaftlichen Nachwuchs zugleich Gelegenheit, Vortragspraxis zu erwerben.

Wie in den Vorjahren organisierte die Abteilung für „Wirtschaftliche und soziale Fragen“ im Rahmen der Graduate School of Economics Kompaktkurse zur aktuellen wirtschaftswissenschaftlichen Forschung: Professor Jinill Kim (University of Virginia) hielt einen Kurs „Introduction to Modern Monetary Economics“, Professor Gabriele Camera (Purdue University) las über „The Search-Theoretic Approach to Monetary Economics“, Professor Heejoon Kang (Indiana University) lehrte Methoden der angewandten Makroökonomie, und Professor Casper de Vries (Erasmus University Rotterdam) hielt einen Kurs über „Exchange rates, macroeconomics and finance: theory and empirics“.

Die Abteilung „Wirtschaftliche und Soziale Fragen“ des ZEI sichert ihren Doktoranden eine Ausbildung auf international hohem Niveau.

ZEI Summer School in International Macroeconomics, Money and Finance

Seit 1997 betreibt die Abteilung „Wirtschaftliche und Soziale Fragen“ des ZEI mit großem Erfolg die ZEI Summer School in International Macroeconomics, Money and Finance. Sie bietet für zehn Tage einer Gruppe von ca. 25 jungen Ökonomen aus europäischen Zentralbanken und Nachwuchswissenschaftlern auf dem Niveau von Doktoranden oder Postdoktoranden ein Angebot von Vorlesungen international führender Wissenschaftler und von Seminaren, bei denen die Teilnehmer ihre eigene Forschung präsentieren.

Die Abteilung konnte auch im Jahr 2002 mit Professor Martin Eichenbaum (Northwestern University) und Professor Matthew Canzoneri (Georgetown University)

Die Summer School hat in den letzten Jahren Nachwuchswissenschaftler und Ökonomen aus ganz Europa, aber auch aus Nordamerika und Asien nach Bonn gebracht.

zwei international führende Ökonomen als Dozenten gewinnen. Die Verbindung von Vorlesungen, in denen die Wissenschaftler aus ihrer Forschungsarbeit vortragen, und Seminaren, in denen

internationale anerkannte Spitzenforscher die Arbeiten der Nachwuchswissenschaftler diskutieren und den Autoren Anregungen geben, vermittelt den Teilnehmern äußerst wertvolle Impulse für ihre eigene Forschung.

Zu den Dozenten zählten ferner Prof. Maurice Obstfeld (Berkeley), Prof. Dale Henderson (Board of Governors), Prof. Lawrence Christiano (Northwestern University), Prof. Andrew Rose (Berkeley), Prof. Paul de Grauwe (Louvain), Prof. Casper De Vries (Rotterdam), Prof. Ronald MacDonald (Glasgow), Prof. Roberto Perotti (Columbia University), Prof. Marvin Goodfriend (Federal Reserve Bank of Richmond), Prof. Michael Melvin (Arizona State) und Prof. Mark Taylor (Warwick).

Das Format der Summer School besteht aus je dreistündigen Vorlesungen am Morgen und je dreistündigen Seminaren am Nachmittag. Teilnahmevoraussetzung ist die Annahme einer wissenschaftlichen Arbeit, die ausreichend entwickelt ist, um im Seminar vorgetragen zu werden. Die Summer School hat in den letzten Jahren Nachwuchswissenschaftler und Ökonomen aus ganz Europa, aber auch aus Nordamerika und Asien nach Bonn gebracht, die aus über 100 Bewerbern ausgewählt wurden. Fortgeschrittene Doktoranden der Abteilung können an der Summer School auch passiv teilnehmen.

Sonstige Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen

Im Rahmen des „Netzwerkes für Europa-studien in Südosteuropa“ hat das ZEI mit Geldern des DAAD eine „Fliegende Fakultät“ gebildet, um neu entstehenden oder auch bestehenden Europastudiengängen in dieser Region Intensivkurse zu Europafragen durch Gastwissenschaftler anbieten zu können. Diese Aktivitäten konnten im Jahr 2002 fortgesetzt werden: Es wurden deutsche Dozenten nach Belgrad, Blagoevgrad, Plovdiv, Prishtina und Zagreb geschickt.

Zudem hat das ZEI im Jahr 2002 ein intensives Programm „Train the Trainers“ gestartet, das künftige Lehrkräfte an den Europastudiengängen in Südosteuropa für eine eigenständige, gut qualifizierte Lehre vorbereiten soll. Das erste einwöchige „Train the Trainers“-Seminar fand mit Förderung des DAAD im Mai 2002 in Budwa (Montenegro) unter der Leitung von Dr. Emil Mintchev statt. Co-Organisator war die Universität Montenegro. Die etwa zwanzig Teilnehmer kamen aus sechs Ländern der Region. Das zweite „Train the Trainers“-Seminar fand Ende September 2002 in Rousse (Bulgarien) statt, mit aktiver Beteiligung der künftigen Lehrkräfte des „Bulgarian-Romanian Inter-University European Center“ (BRIE). Beide Veranstaltungen dienten dazu, das künftige Lehrpersonal an diesen Studienstätten weiter auszubilden. Das BRIE eröffnete seinen Studienbetrieb im Oktober 2002, und im Januar 2003 folgt Podgorica/Montenegro.

Vom 15. bis zum 20. September fand zum dritten Mal die „Stability Pact Summer School“ in Dubrovnik statt, von der Task Force Südosteuropa erneut gemeinsam mit der Diplomatenakademie des Außenministeriums der Republik Kroatien organisiert. Die Gesamtleitung hatte Dr. Rafael Biermann von der Task Force Südosteuropa. Teilnehmer waren etwa 20 junge Diplomaten aus fast allen Ländern der Region. Inhaltlicher Schwerpunkt waren in diesem Jahr Menschen- und Minderheitenrechte und Demokratieförderung in Südosteuropa, angelehnt an den ersten Arbeitstisch des Stabilitätspaktes. Der Kurs wurde vom Auswärtigen Amt und erstmals auch von der Deutschen Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit (IRZ) finan-

ziert. Wieder nahmen Vertreter des Sonderkoordinators des Stabilitätspaktes sowie der Nationale Koordinator des Stabilitätspaktes für Kroatien teil. Vortragende waren deutsche und kroatische Ministerialbeamte, Vertreter Internationaler Organisationen, Mitarbeiter des ZEI und anderer deutscher Forschungseinrichtungen. Erneut wurde auch das Einüben von diplomatischen Verhandlungstechniken angeboten. Die abschließende Evaluierung durch die Diplomaten fiel sehr positiv aus. Für 2003 ist eine Fortsetzung geplant.

Zum dritten Mal fand am ZEI das Europa-Seminar für Studenten der Internationalen Beziehungen aus Aserbaidshan, Kasachstan und Usbekistan statt (13. bis 23. August 2002). Ziel des Seminars war es, eine Reihe von Studierenden der Internationalen Beziehungen und des Völkerrechts über die Europäische Union, ihre Geschichte, ihre Institutionen und ihre Politik zu informieren. Es ist davon auszugehen, dass einige der Seminarteilnehmer in wenigen Jahren wichtige Positionen in den Außenministerien ihrer Heimatländer inne haben werden. Sie werden demzufolge

Einige der Seminarteilnehmer werden in wenigen Jahren wichtige Positionen in den Außenministerien ihrer Heimatländer innehaben.

wertvolle Gesprächspartner für das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit sein. Vor diesem Hintergrund wurde im Lehrplan besonderer Wert auf die Vermittlung von Kenntnissen zur Geschichte der europäischen Integration, zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, zu den Beziehungen der Europäischen Union mit den USA, China, Russland und den zentralasiatischen Staaten gelegt. Darüber hinaus wurden den Studierenden kulturelle Determinanten europäischer Politik erklärt, die für ein tieferes Verständnis der Integrationsentwicklung in Europa unerlässlich sind. Auf der Abschlusssitzung am 23. August 2002 fand eine Evaluierung des Seminars statt. Am gleichen Tag wurde eine Pressekonferenz abgehalten.

Zentrale Koordination

IWB-Geschäftsführung

Das ZEI bildet gemeinsam mit dem Schwesterinstitut Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) das Internationale Wissenschaftsforum Bonn (IWB). Beide Zentren arbeiten unter einem Dach und verfügen über gemeinsame Fazilitäten. Die IWB-Geschäftsführung unterstützt beide Zentren in zentralen Administrations-, Haushalts-, Koordinations-, Akquisitions- und Kommunikationsangelegenheiten. Die Geschäftsführung sichert nach innen als zentrenübergreifende Einheit die effiziente Nutzung der gemeinsamen Räumlichkeiten und der zur Verfügung stehenden

Ressourcen. Nach außen schafft und pflegt sie im Rahmen ihrer Öffentlichkeits- und Akquisitionsarbeit Kontakte zu einschlägigen Institutionen und Personen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Verwaltung. Vor allem in Finanzfragen ist sie Bindeglied zu den Landes- und Bundesministerien. Die Geschäftsführung koordiniert im Auftrag des Rektorats die Interessen und Aktivitäten der Universität Bonn im EUROPÆUM, einem europawissenschaftlichen Netzwerk der Universitäten Bologna, Bonn, Genf, Leiden, Paris/Sorbonne, Oxford und Prag.

Öffentlichkeitsarbeit, Information und Dokumentation

Durch eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit transportiert das ZEI seine zahlreichen Aktivitäten nach außen. Dazu gehören internationale Tagungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen sowie die Einrichtung von Arbeitsgruppen und Foren zu spezifischen Fragestellungen der europäischen Integration. Forschungsergebnisse werden in renommierten Fachzeitschriften und Monographien veröffentlicht.

Das ZEI gibt zudem eigene europawissenschaftliche Publikationsreihen heraus. Es bietet verschiedene Informationsdienste zu Europafragen sowohl für Experten als auch für die breitere Öffentlichkeit an.

Buchreihen

In der Reihe „Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung“, die beim Nomos-Verlag erscheint, werden besonders politik- und kulturwissenschaftliche Fragen der europäischen Integration dargestellt und diskutiert. Inzwischen wurden fast 60 Bände in dieser Reihe veröffentlicht. Rechtliche und ökonomische Themen behandelt die beim Kluwer-Verlag erscheinende Reihe „ZEI Studies in European Economics and Law“. In dieser seit 1999 bestehenden Reihe liegen bislang drei Bände vor. Im Jahr 2002 startete

die Reihe „European Integration and South Eastern Europe“ (SEE). Es sind bislang fünf Bücher in der Reihe erschienen und auf der Homepage einsehbar.

Working Papers

Ergebnisse der Arbeiten am ZEI werden als ZEI-Policy/Working Paper oder ZEI-Discussion Paper veröffentlicht. Es liegen bis Ende 2002 insgesamt 126 Policy/Working Papers und 116 Discussion Papers vor. Die Texte können über die Homepage des ZEI heruntergeladen werden. Diese Papiere werden in der Regel im Austauschverfahren nationalen, europäischen und internationalen Bibliotheken und wissenschaftlichen Institutionen zur Verfügung gestellt.

Newsletter

Der ZEIREport erscheint dreimal jährlich und berichtet über aktuelle Entwicklungen am ZEI. Er ist als Printversion in deutscher und englischer Sprache erhältlich. Die deutsche Ausgabe wird auch als E-Mail-Version verschickt. Alle Ausgaben sind im pdf-Format aus dem Internet herunterladbar.

In den Jahresberichten des ZEI finden sich ausführliche Überblicke über die Akti-

vitäten. Kurzinformationen in deutscher, englischer, französischer und spanischer Sprache liefern die Faltblätter des ZEI.

Seit Januar 2001 wird alle drei Monate ein SOE-Monitor der Task Force herausgegeben, um die deutsche Politik, die Medien, Wissenschaft und Wirtschaft mit den aktuellen Vorgängen in der Region stärker vertraut zu machen und zugleich regelmäßig über die Aktivitäten der Task Force zu informieren. Die einzelnen Ausgaben des SOE-Monitors stehen inzwischen zum Herunterladen bereit.

Website

Ein in seiner Bedeutung wachsendes Informations- und Kommunikationsmedium ist die Website des ZEI (www.zei.de). Sie ermöglicht einen weltweiten Zugang zu den Aktivitäten des ZEI. Jährlich greifen durchschnittlich 100.000 Besucher auf dieses Online-Informationsangebot zu.

Presse- und Besucherservice

Der von der Geschäftsführung des IWB angebotene Presseservice umfasst neben der Herausgabe von Pressemitteilungen auch die Betreuung von Journalisten durch Hintergrundgespräche über aktuelle Fragestellungen der europäischen Integration. Ein im Haus verfügbarer Datenpool über Europaexperten ermöglicht es, der Presse bei konkreten Anfragen kompetente Gesprächspartner zu vermitteln. Für Besuchergruppen, die sich über die Arbeit des ZEI informieren möchten, können – nach vorheriger Absprache – bedarfsgerechte Informationsveranstaltungen angeboten werden.

Gebäude

Das IWB-Gebäude liegt im ehemaligen Regierungsviertel der Bundesstadt Bonn. Es verfügt über modern ausgestattete Büroräume. Alle Arbeitsplätze sind über ein leistungsfähiges hauseigenes Computernetz per 100 MB-Leitung mit dem Hochleistungsrechner des Rechenzentrums der Universität Bonn verbunden. Im Erdgeschoss stehen drei verbindbare Konferenzräume mit moderner Konferenztechnik zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es auf allen Etagen weitere Seminar- und Konferenzräume, die insbesondere durch die Studierenden der Weiterbildungsprogramme genutzt werden. Das Studentenwerk Bonn betreibt für die Mitarbeiter von ZEF/ZEI eine Kantine im Haus.

Die Bibliothek – Europäisches Dokumentationszentrum

Zur gemeinsamen Infrastruktur von ZEI und ZEF gehört die Bibliothek. Es ist eine Präsenzbibliothek der offiziellen EU-Publikationen mit europabezogenem Auskunftsbestand und Recherchemöglichkeit in Europa-Datenbanken. Sie umfasst nach fünf Jahren bereits rund 18.000 wissenschaftliche Monographien und 1.500 Zeitschriften, davon etwa 420 laufende. Als besonderen Bestand umfasst sie die Bücher des Europarates – ein breites Spektrum, das von Jugendpolitik, Drogenprävention über Demokratisierung in Osteuropa bis hin zur Kulturpolitik reicht und auch Sitzungsprotokolle beinhaltet.

Die Schwerpunkte des Bestandes entsprechen den Arbeitsgruppen der Forschungs-Abteilungen. Das heißt für ZEI u.a. Europarecht, Telekommunikations- und Wettbewerbsrecht, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Europäische Sicherheitspolitik, EU-Außenpolitik und Europäische Identität.

Als offizielles Europäisches Dokumentationszentrum (EDZ) der EU ausgewiesen, wird die Bibliothek regelmäßig von der Europäischen Kommission mit Dokumenten (KOM-Dokumente) beliefert. Dies umfasst sowohl Amtsblätter als auch Broschüren. Ist eine benötigte Publikation nicht im Bestand, kann sie über die Fernleihe aus Brüssel besorgt werden.

Zudem hat die Bibliothek den Status einer OSZE-Depot-Bibliothek, den einer Europarat-Depot-Bibliothek und einer Depot-Bibliothek des Europäischen Parlaments. Die Dokumente des Europäischen Gerichtshofs und der Europäischen Zentralbank sowie fast alle statistischen Zeitschriftenreihen der EU – zurückreichend bis auf die Anfänge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – sind vorhanden.

Die Bibliothek verfügt über mehrere Datenbanken, u.a. von der Europäischen Kommission, dem OECD und dem Internationalen Währungsfonds.

Eifrig genutzt wird die Bibliothek von den Teilnehmern am Master-Programm. Sie finden hier alle Literatur zu ihren Kursen. Aber es kommen auch viele Studenten, da die Bestände im systematischen Bonner Katalog der Klinik-, Instituts- und Seminarbibliotheken (BoKIS) verzeichnet sind. Daneben sind aber auch nichtakademische Besucher willkommen, die EU-Dokumente benötigen.



Die rasch wachsende Bibliothek im Parterre liefert den Wissenschaftlern wie auch den Teilnehmern an den Fortbildungsveranstaltungen des ZEI aktuelle Literatur und die Broschüren der EU.

ZEI im Überblick

Organisation und Ansprechpartner

Zentrum für Europäische Integrationsforschung

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Direktor:
Prof. Dr. Christian Koenig LL.M.

Sekretariat: Barbara Hurter
Tel. (0228) 73-1891/ -1892
Fax (0228) 73-1893
E-Mail: sekretariat.zeia@uni-bonn.de

Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“

Direktor:
Prof. Dr. Jürgen von Hagen

Sekretariat: Lisa Takacs
Tel. (0228) 73-9218
Fax (0228) 73-1908
E-Mail: l.takacs@uni-bonn.de

Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“

Direktor:
Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Sekretariat: Ingrid Maldonado
Tel. (0228) 73-1810
Fax (0228) 73-1818
E-Mail: imaldona@uni-bonn.de

Koordinationsstelle „Master of European Studies“

Programmdirektor:

PD Dr. Stefan Fröhlich (bis 31.05.2002)
Cordula Janowski, MA (ab 01.06.2002)

Assistenz: Barbara Giordano, M.A.
Lars Zimmermann

Tel. (0228) 73-1899
Fax (0228) 73-1791
E-Mail: cordula.janowski@uni-bonn.de

Geschäftsführung (IWB)

Dr. Hartmut Ihne
Geschäftsführer

Sekretariat: Sabine Paffenholz
Tel. (0228) 73-7249
Fax (0228) 73-5097
E-Mail: s.paffenholz@uni-bonn.de

Volker Merx
Bibliothek

Tel. (0228) 73-1723
Fax (0228) 73-5097
E-Mail: v.merx@uni-bonn.de

Ralf Meyer
Verwaltung

Tel. (0228) 73-1847
Fax (0228) 73-5097
E-Mail: r.meyer@uni-bonn.de

Mitarbeiter und Fellows

Forschungsgruppe I: „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Jens-Daniel Braun	seit 2001
Dr. Albert Roger Njome Ekango	seit 2002
Dr. Hubert Iral	seit 2002
Dr. Marcus Höreth	seit 2002
Winfried Rasbach	seit 2002
Dr. Peter Zervakis	seit 1999

Senior Fellows

Name	am ZEI
Dr. Franck Biancheri <i>Prometheus Europe Paris</i>	seit 2000
Dr. Peter Cullen <i>Europa-Institut Edinburgh / Europäische Rechtsakademie Trier</i>	seit 2000
PD Dr. Jürgen Elvert <i>Universität zu Köln</i>	seit 1999
Prof. Dr. Petr Fiala <i>Masaryk Universität Brunn</i>	seit 2001
Prof. Dr. Roy Gardner <i>Indiana University</i>	seit 1997
Prof. Dr. Michael Gehler <i>Universität Innsbruck</i>	seit 2001
Prof. Dr. Rudolf Hrbek <i>Eberhard-Karls-Universität Tübingen</i>	seit 2000
Dr. Hubert Iral	seit 2000
Prof. Dr. Karl Magnus Johansson <i>University College of Southern Stockholm</i>	seit 2000
Romain Kirt <i>Conseiller de Gouvernement, Luxembourg</i>	seit 1999
Uwe Leonardy, M.A. <i>Ministerialrat a.D.</i>	seit 2002
Prof. Dr. Peter Leslie <i>Queen's University, Kingston, Ontario/Kanada</i>	seit 2000
Prof. Dr. Henri Ménudier <i>Universität Sorbonne III, Paris</i>	seit 2000
Dr. Ronald Pohoryles <i>Interdisziplinäres Forschungszentrum Sozialwissenschaften Wien</i>	seit 2001
Prof. Dr. Wolfgang Wessels <i>Universität zu Köln</i>	seit 1999
Prof. Dr. Matti Wiberg <i>University of Tampere, Finland</i>	seit 2000

Junior Fellows

Name	Thema
Drs. Siebo Janssen	Die Föderalisierung Belgiens im Kontext der europäischen Integration
Nathalie Jouan	Deutschland und Frankreich in der Europäischen Union in den 90er Jahren
Igor Kustov	Institutions of Civil Society: Crossnational Studies
Klaus von Lepel	Finnlands Option für Europa
Anna Maria Minutulli	Migration und Probleme nach dem Mauerfall in Deutschland
Ozlem Terzi	The EU's Relations with the Central and Eastern European Countries. Focus: The German Aspect of the relations
Ramiro Vera-Fluixa	Föderalismus in der Europäischen Union
Peter Wittschorek	Parlamentarismus in den Transformationsstaaten der GUS

Forschungsgruppe II: „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Daniela Beer	seit 2001
Christiane Busch	seit 2002
Beate Dodel	seit 2002
Dr. Christina Engelmann	seit 2000
Britta Feldmann	2001-2002
Kristin Hentschel	seit 2002
Krzystof Jaros	seit 2001
Alexander Koch	seit 2001
Dr. Jürgen Kühling LL.M.	seit 1999
Oliver Lieth	2001-2002
Sascha Loetz	seit 1999
Friederike Meurer	seit 2001
Dr. Eva-Maria Müller	seit 1999
Andreas Neumann	seit 1999
Denis O'Sullivan B.L.	seit 2002
René Pfromm	seit 2002
Nicolai Ritter	seit 1999
Ulrike Steiner	seit 2001
Kay E. Winkler LL.M.	seit 2002

Senior Fellows

Name	am ZEI
Dr. Andreas Bartosch <i>Haver & Mailänder, Brüssel</i>	seit 1999
Dr. Wilhelm Eschweiler <i>Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Bonn</i>	seit 1999
Prof. Dr. Johannes Frerich <i>Universität Bonn</i>	seit 1997
Prof. Dr. Klaus W. Grewlich <i>Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Baku</i>	seit 1999
Prof. Dr. Gerd Langguth <i>Bonn</i>	seit 2002
Dr. Antje Pieper <i>WDR, Köln</i>	seit 1999
Prof. Dr. Reinhard Selten <i>Universität Bonn</i>	seit 1998
Dr. Thomas Tschentscher LL. M <i>Freshfields Bruckhaus Deringer, Frankfurt a. M.</i>	seit 1999
Dr. Benedikt Wemmer <i>Moers & Kollegen, Berlin</i>	seit 1999
Dr. Wilhelm Wemmer <i>Ministerialdirigent a. D., Bonn</i>	seit 2000

Forschungsgruppe III: „Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa“

Senior Fellows

Name	am ZEI	Name	am ZEI
Prof. Dr. Lutz Arnold <i>Universität Dortmund</i>	seit 2002	Dr. Boris Hofmann	seit 1998
Dr. Matthias Brückner <i>UN ESCAP</i>	seit 1999	Dr. Bernd Kempa <i>Universität Essen</i>	seit 1997
Klaus Bünger	seit 1999	Stefan Lutz, Ph.D <i>ZEW, Center for European Economic Research</i>	seit 1997
Dr. Debajyoti Chakrabarty <i>University of Sydney</i>	seit 2002	Prof. Ronald Moomaw (Ph.D.)	seit 2002
PD Dr. Matthias Göcke <i>Universität Münster</i>	seit 2002	Dr. Robin Pope	seit 2002
Dr. Robert Grassinger <i>Universität Mainz</i>	seit 2002	Dr. Isa Scheunpflug <i>Universität Paderborn</i>	seit 2002
Prof. Dr. Mark Hallerberg <i>University of Pittsburgh</i>	seit 1998	Dr. Paul Schure	seit 2002
Dr. Bernd Hayo <i>Universität Essen</i>	seit 1998	Prof. Dr. Martin Seidel	seit 1997
		Dr. Rolf Strauch <i>Europäische Zentralbank</i>	seit 2000

Junior Fellows

Name	am ZEI	Name	Thema
Dr. Christopher J. Walle <i>University of Kentucky</i>	seit 1997	Kerstin Bernoth	Europäische Geldmärkte
Christian Weller, Ph.D. <i>Economic Policy Institute, Washington DC, USA</i>	seit 1998	Patrick Gilles	International Finance, Macroeconomics
Dr. Katrin Wesche <i>Universität Bonn</i>	seit 2002	Lin Lin	Banking Industries and financial market
		Rudolf Maier	Macroeconomics
		Matthias Paustian	Geldpolitik
		Birgit Uhlenbrock	Regionale und sektorale Effekte der Geldpolitik
		Guntram Wolff	Fiskalpolitik und Wachstum
		Sheng Zheng	Market efficiency

Forschungsgruppe IV: „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung“

Senior Fellows

Name	am ZEI
Robert MacCulloch, Ph.D.	seit 1998

Junior Fellows

Name	Thema
Anna Iara	Regionale Arbeitsmärkte in Osteuropa
Tim Mennel	Soziale Sicherheit
Susanne Mundschenk	Arbeitsmarktpolitik in der EU

Forschungsgruppe V: „Erweiterung der Europäischen Union“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI	Name	am ZEI
Dr. Rafael Biermann	seit 1999	Boris Hajos, MA	seit 2001
Dr. Emil Mintchev	seit 2000	<i>Ministerium für Europäische Integration der Republik Kroatien</i>	
Janusz Musial	seit 2002	Julius Horvath, Ph.D. <i>Czech Central Bank</i>	seit 1998
		Botschafter Igor Jovovic <i>Außenministerium Montenegro</i>	seit 2002
		Prof. Dr. Dobrin Kanev <i>New Bulgaria University, Sofia</i>	seit 2001
		Vladimir Kissiov <i>Stellv. Außenminister a.D., European Institute Sofia</i>	seit 2001
		Astri Kurme <i>Außenministerium der Republik Lettland</i>	seit 2001
		Prof. Dr. Ali Kutan	seit 2000
		Dr. Atis Lejins <i>Latvian Institute of International Relations, Riga, Lettland</i>	seit 2001

Senior Fellows

Name	am ZEI
Dr. Erhard Busek <i>Institut für den Donauraum und Mitteleuropa, Wien</i>	seit 2001
Nicola Catellani <i>London School of Economics</i>	seit 2002
Botschafter a.D. Hans-Jörg Eiff <i>Botschafter a.D.</i>	seit 2000
Dr. Gabor Erdödy <i>Eötvös Loránd Universität/ László Teleki Stiftung, Budapest</i>	seit 1999
Dr. Jan Fidrmuc <i>Université de Bruxelles, ECARES</i>	seit 1999

Junior Fellows

Name	am ZEI	Name	Thema
Rytis Martikonis <i>Ministry of Foreign Affairs of Lithuania</i>	seit 2000	Susanne Baier-Allen	Konfliktlösungsansätze für Zypern
Prof. Dr. Edward Moxon-Browne <i>University of Limerick, Irland</i>	seit .2000	Nicola Catellani	The External Relations of EU
Prof. Dr. Lucjan T. Orlowski	seit 2000	Valeriya Dinger	Entwicklung des Bankensektors in Osteuropa
Botschafter a.D. Janusz Reiter <i>Institut für Internationale Studien, Warschau</i>	seit .2000	Murat Erdogan	Die Europäische Union und die Türkei
Prof. Dr. Kurt Schelter <i>Staatssekretär a.D.</i>	1999 – 2002	Eva Frede	Foreign Direct Investment in Transition Economies
Eva Slivkova <i>Botschaft der Slowakischen Republik in Brüssel</i>	seit 2000	Dalia Grigonyte	Bedeutung von Currency Boards für die geldpolitische Stabilisierung in Transformationsländern.
Kenneth Smith, Ph.D.	seit 1998	Bartlomiej Gurba	Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der EU zu Mittel- und Osteuropäischen Staaten
Ivan Sotirov <i>Außenministerium von Bulgarien</i>	seit 2001	Dr. Tai-Kuang Ho	Empirische Determinanten von Währungs- und Banken Krisen
Prof. Dr. Mladen Stanicic <i>Institute for International Relations, Zagreb</i>	seit 1999	Silke Kettig	Der Einfluss inter- und supranationaler Organisationen auf die demokratischen und sozio-ökonomischen Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa
Prof. Dr. Holm Sundhausen <i>Humboldt Universität Berlin</i>	seit 2001	Georg Klöcker	Die Geopolitik des Baltikums
Dr. Iulia Traistaru	seit 1999	Stefan Mecklenburg	Polen und die EU
Dr. Jennifer Wu	seit 2001	Birgit Schmitz	Geldpolitische Transmission
Dr. Jizhong Zhou	seit 2002	Boyan Tonkov	Währungsmärkte
		Christian Volpe Martincus	Ökonomische Integration, Fiskalpolitik
		Haiping Zhang	Monetary Policy Transmission Mechanism

Forschungsgruppe VI: „Europas Rolle in der Welt“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI	Name	am ZEI
Dr. Franz-Josef Meiers	seit 1999	Prof. Dr. Glen Camp	2002
PD Dr. Xuewu Gu	1999-2002	<i>Bryant College Smithfield, Massachusetts</i>	
		Prof. Dr. Shuhui Dong	2002-2003
		<i>Nankai University, VR China</i>	
		Prof. Dr. Chuan Feng	2002
		<i>Sichuan University, VR China</i>	
		Dr. Stefan Fröhlich,	2002-2003
		<i>Universität Bonn</i>	
		Prof. Dr. Xuewu Gu	seit 2002
		<i>Ruhr-Universität Bochum</i>	
		Marc Houben	2002
		<i>Centre for European Policy Studies, Brüssel</i>	
		Dr. Jackson Janes	seit 2000
		<i>American Institute for Contemporary German Studies, Washington D.C.</i>	

Senior Fellows

Name	am ZEI
Prof. Dr. Hüseyin Bagci <i>Middle East Technical University Ankara</i>	seit 2000
Prof. Dr. Thomas Banchoff <i>Georgetown University, Washington D.C.</i>	seit 2001
Prof. Dr. Dai Bingran <i>Fudan University, Shanghai</i>	seit 2000
Dr. Stephan Calleya <i>Mediterranean Academy of Diplomatic Studies Malta</i>	seit 2001

		Junior Fellows	
Name	am ZEI	Name	Thema
Dr. Aschot Manutscharjan <i>Freier Publizist und Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn</i>	seit 1999	Johannes Beverungen	Die Trilaterale Kommission
Dr. Carlo Masala <i>Universität zu Köln</i>	seit 2000	Saban Kardas	Europe's global agenda
Prof. Dr. Jun Nishikawa <i>WASEDA University, Tokyo</i>	seit 2000	Gerd Leutenecker	Die Wahrnehmung der Europäischen Union und ihrer weltpolitischen Rolle durch Australien
Prof. Dr. Necati Polat <i>Middle East Technical University, Istanbul</i>	2002	Andreas Marchetti	Vergleich der Position Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
Prof. Dr. Lothar Rühl <i>Staatssekretär a.D.</i>	seit 1999	Jan-Phillipp Weisswange	Neue Orientierungen in der atlantischen Sicherheitskultur
Dr. Alvaro di Vasconcelos <i>Institut für Strategische und Internationale Studien, Lissabon</i>	seit 2001		
Prof. Dr. Moon Woo-Sik <i>National University and Director of ECSA-Korea, Seoul</i>	seit 2000		
Prof. Dr. Xiaobao Yan <i>Modern Management Center Shanghai</i>	seit 2001		

Forschungsgruppe VII: „Europäische Identität und der Dialog der Kulturen“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI	Name	am ZEI
PD Dr. Ralf Elm	seit 2000	Stefaan Marteel	2001-2002
Dr. Georg Michels	seit 2001	<i>Universität Gent</i>	
		Dr. Alvydas Nikzentaitis	seit 2002
		<i>Institut zur Geschichte Westlitauens</i>	
		Dr. Ghia Nodia	seit 2000
		<i>The Caucasian Institut for Peace, Tblissi</i>	
		Prof. Dr. Janko Prunk	2002-2003
		<i>University of Ljubljana</i>	
		Dr. Frank Ronge	seit 2000
		<i>Deutsche Bischofskonferenz, Bonn</i>	
		Prof. Dr. Wolfgang Schmale	seit 2001
		<i>Universität Wien</i>	
		Prof. Dr. Walter Schweidler	seit 1999
		<i>Ruhr-Universität Bochum</i>	

		Junior Fellows	
Name	am ZEI	Name	Thema
Prof. Dr. Jeremiah Alberg <i>Sophia University Tokyo</i>	seit 2001	Harald Franke	Europäisches Denken: Zur politischen Philosophie von René Marcic
Prof. Dr. Baldandorj Batchuluun <i>National University of Mongolei</i>	2002	Pater Jean-Claude Hollerich	Europabild in der Literatur der Aufklärung
Prof. Dr. Arnim Heinen <i>Historisches Seminar der RWTH Aachen</i>	seit 2000	Wolfgang Picken	Demokratische Grundwerte und Gottes-Begriff in der Bundesrepublik Deutschland
Prof. Dr. Harald Heppner <i>Universität Graz</i>	seit 2001		
Pater Jean-Claude Hollerich <i>Sophia University, Tokio</i>	2000-2002		
Prof. Dr. Lothar Hönnighausen <i>Leiter des Nordamerikaprogramms der Universität Bonn</i>	seit 1999		
Prof. Dr. Christoph Jamme <i>Universität Lüneburg</i>	seit 2001		
Prof. Dr. Wolfram Kaiser <i>University of Portsmouth</i>	2002		
Prof. Dr. Lutz Käppel <i>Universität Kiel</i>	seit 2001		
Dr. Michael Köhler <i>Zentrale Koordinationsabteilung für die GASP, Brüssel</i>	seit 2000		

Ausgewählte Veranstaltungen

Konferenzen und Workshops

17. – 20. Januar 2002

PHARE ACE Project P98-1117-R: „European Integration, Regional Specialization and Location of Industrial Activity in Accession Countries“, *Bohinj, Slovenia*

24. – 25. Januar 2002

4. Jahreskonferenz des Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa, *Belgrad*

24. – 27. Januar 2002

ACCESSLAB Project : „Regional Labour Markets Adjustments in Accession Candidate Countries“, *Wien, Österreich*

01. Februar 2002

„Sportstättenfinanzierung – verstößt die gegenwärtige Praxis der Public Private Partnerships gegen das EG-Wettbewerbsrecht?“

25. – 28. März 2002

Twinning Veranstaltung EG-Wettbewerbsrecht für führende rumänische Berater

19. April 2002

3. Expertensymposium „EG-Beihilfenkontrolle und Daseinsvorsorge“ in Zusammenarbeit mit der Landesvertretung Baden-Württemberg, *Brüssel*

10. – 12. Mai 2002

„European Monetary Forum. Conference in honour of Sir Alan Walters“, *zusammen mit Cardiff County Council, Edward Elgar Publishers, Julian Hodge Bank and RF Hotels in Cardiff*

12. – 17. Mai 2002

„Train the Trainers“, Seminar des Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa, *Budva (Montenegro)*

14. – 17. Mai 2002

„33. Konstanzer Seminar on Monetary Theory and Policy“, *Konstanz*

23. Mai 2002

Expertenkonferenz „Defizite des deutschen Telekommunikationsrechts mit Blick auf die Internet-Märkte und Abhilfemöglichkeiten“

24. Mai 2002

Twinning Veranstaltung EG-Wettbewerbsrecht für führende rumänische Berater

24. – 26. Mai 2002

„Political Economy of Transition: Institutions, Politics and Policies“, *zusammen mit CEPR, London*

7. – 8. Juni 2002

„Empirical Macro Models of the Euro Economy: Macro Performance“, *zusammen mit CEPR, London, in Bonn*

07. – 09. Juni 2002

1. Treffen der Arbeitsgruppe „Europa in den Schulen“ des Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa, *Zagreb*

13. – 14. Juni 2002

„Öffentliche Daseinsfürsorge: Nationale Einrichtungen und Europäische Integration“, *zusammen mit AEI Arbeitskreis Europäische Integration e.V., Bonn*

19. Juni 2002

„EMU Monitor Press Conference“, *Frankfurt am Main*

21. – 22. Juni 2002

„3. Sitzung des Ausschusses für Makroökonomik des Vereins für Socialpolitik. Annual Meeting of the Macroeconomic Committee of the German Economic Association“

9. – 10. Juli 2002

International Workshop „International Trade, Specialization and Location of Industrial Activity“

19. – 21. August 2002

Joint Workshop between ZEI and Center for European Studies, National University Seoul „Economic and Political Impacts of the Euro“, *Seoul*

27. August 2002

„EU-Vertiefung und Erweiterung“, *in Zusammenarbeit mit der Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg*

15. – 22. September 2002

Third Stability Pact Summer School des ZEI und der Diplomatenakademie des Außenministeriums der Republik Kroatien, *Dubrovnik*

27. – 28. September 2002

ACCESSLAB Project „Regional Labour Markets Adjustments in Accession Candidate Countries“

10. – 13. Oktober 2002

Internationale Fachkonferenz: „Selbstausschluss oder Integration: Strukturen, Motive und Erwartungen der „Latecomer“ in der EU im Vergleich“, *in Zusammenarbeit mit dem Seminar für Geschichte der Universität Köln und dem Centre for European Studies Research, University of Portsmouth, mit Unterstützung der Fritz Thyssen-Stiftung*

14. Oktober 2002

Internationale Eröffnungskonferenz des Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Europazentrums (BRIE) in *Rousse, Bulgarien*

9. – 13. Oktober 2002

High-Level Scientific Conference „European Integration, Regional Convergence, Location of Industrial Activity and Labour Market Adjustment“, *Iasi, Rumänien*

20. November 2002

Expertenworkshop „Regulierung von Telekommunikationsmärkten im Zuge der europäischen Integration“

22. – 23. November 2002

9. Europakolloquium: „Die Transatlantischen Beziehungen nach dem 11. September. Herausforderungen und Perspektiven“, *mit Unterstützung der Hanns Martin Schleyer-Stiftung Königswinter*

03. Dezember 2002

„EMU Monitor Press Conference“, *Frankfurt am Main*

05. Dezember 2002

Workshop auf Initiative des Auswärtigen Amtes mit führenden Vertretern von zentralasiatischen Regierungsbehörden und Forschungsinstituten gemeinsam mit ZEI-Mitarbeitern „Regionale Kooperation in Zentralasien und europäische Integration: Erfahrungen und Perspektiven“

06. Dezember 2002

Third Meeting of the Mediterranean Forum „Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership – A German Perspective“

Forschungsseminar zur Europäischen Wirtschaftspolitik

15. Januar 2002

Prof. Theo Eicher, *University of Washington*: „Politics and Trade Policy – An Empirical Investigation“

24. Januar 2002

Giorgia Albertin, *London School of Economics and Political Science*: „Will a regional bloc expand“

6. März 2002

Prof. Otto Steiger, Universität Bremen: „The Eurosystem and the Art of Central Banking“

18. März 2002

Prof. Robert F. Owen, University of Nantes: „Fundamental R&D Spillovers and the Internationalization of a Firm's Research Activities“

13. Mai 2002

David Altig, Federal Reserve Bank of Cleveland: „Policy Shocks, Technology Shocks, and Nominal Rigidities: A Dynamic Model to Fit the Facts“

27. Mai 2002

Prof. Gabriele Camera, Purdue University: „Strategic Default and Endogenous Risk, in a Model of Money and Credit“

28. Mai 2002

Prof. John W. Maxwell, Kelley School of Business, Indiana University: „Interest Group Lobbying and Corporate Strategy“

29. Mai 2002

Prof. Erkki Koskela, University of Helsinki: „Equilibrium Unemployment and Credit Market Imperfections: A Bargaining Approach“

12. Juni 2002

Prof. Lutz Kilian, University of Michigan, European Central Bank, and CEPR: „In-Sample or Out-of-Sample Tests of Predictability: Which One Should We Use“

12. Juni 2002

Prof. Jinill Kim, University of Virginia: „Welfare Effects of International Tax Policy Coordination“

24. Juni 2002

Prof. Mark Hallerberg, University of Pittsburgh: „Mobile Capital, Domestic Institutions, and Electorally-Induced Monetary and Fiscal Policy“

25. Juli 2002

Prof. Lucjan T. Orlowski, Sacred Heart University and ZEL: „Managing Monetary Convergence and Risk Premiums in the EU Candidate Countries“

12. September 2002

Prof. Mihails Hazans, University of Latvia, EuroFaculty, and BICEPS: „Commuting in the Baltic States: Patterns, Determinants, and Gains“

5. November 2002

Dr. Ralph Süppel, JP Morgan Chase and European Central Bank: „Russia's financial markets boom, crisis and recovery 1995-2001: Lessons for Emerging Markets Investors“

6. November 2002

Prof. Chetan Ghate, Indian Statistical Institute, Delhi, and DIW, Berlin: „Endogenous Distribution, Politics, and Growth“

11. Dezember 2002

Stefan Gerlach, Hong Kong Institute for Monetary Research, University of Basel, and CEPR: „The ECB's Two Pillars“

12. Dezember 2002

Prof. Stefan Collignon, LSE European Institute: „Does the Central Bank Set the Natural Rate of Unemployment? Considerations on Wage Policies for the Transmission Mechanism of Monetary Policy“

16. Dezember 2002

Prof. William G. Dewald, Prof. Emeritus, Ohio State University and Former Director of Research, Federal Reserve Bank of St. Louis: „Trends in Monetary Growth, Inflation, and Bond Market Inflation Expectations in Industrial Countries, 1880-2001“

17. Dezember 2002

Dr. John Ryan, Partner, DLC&Visiting Prof. At the EDHEC School of Management, Lille, France: „The United Kingdom and the Euro entry decision“

18. Dezember 2002

Prof. Harry P. Bowen, Vlerick-Leuven-Gent Management School: „International Competition and Corporate Strategy: The Effect of Core Industry Import Penetration on Firm Diversification“

Bonn Research Seminar in Economics

10. Januar 2002

Prof. Bernard Salanié, CREST, Paris: „Labor Market Institutions and Employment in France“

17. Januar 2002

Prof. Dr. Clemens Fuest, Universität Köln: „Tax Competition and Profit Shifting: On the relationship between personal and corporate tax rates“

24. Januar 2002

Prof. Thorsten Hens, Universität Zürich: „Evolution of Portfolio Rules in Incomplete Markets“

31. Januar 2002

Prof. Ted Bergstrom, University of California/Santa Barbara: „Evolution of Social Behavior: Individual and Group Selection“

14. Februar 2002

Prof. Thierry Magnac, INRA, Paris-Jourdan, CREST: „Binary Variables and Fixed Effects: Generalizing Conditional Logit“

18. April 2002

Dr. Giovanni Lombardo, Deutsche Bundesbank: „Imperfect competition, Monetary Policy and Welfare in a Currency Area“

25. April 2002

Dr. Heidrun Hoppe, Universität Hamburg: „Specialization in Credit Markets“

02. Mai 2002

Prof. Dr. Beatrice Weder, Universität Mainz: „Spillovers Through Banking Centers: A Panel Data Analysis of Bank Flows“

16. Mai 2002

PD. Dr. Dr. Andranik Tangian, Fern-universität Hagen: „Unlikelihood of Condorcet's paradox in a large society“

06. Juni 2002

Dr. Katrin Assenmacher-Wesche, Universität Bonn: „Monetary Policy in Europe – Evidence from Time – Varying Taylor Rules“

13. Juni 2002

Prof. Konrad Stahl, University of Mannheim, CEPR, CESifo and ZEW: „Global vs. Local Competition“

20. Juni 2002

Prof. Uwe Waltz, University of Tübingen and CEPR: „Exit Timing of Venture Capitalists in the Course of an IPO“

27. Juni 2002

Prof. Ran Spiegler, University Tel Aviv: „Testing Threats in Repeated Games“

04. Juli 2002

Prof. Janet Currie, University of California: „Mother's Education, Family Formation and Infant Health: Evidence from College Openings and Panel Data“

11. Juli 2002

Prof. Marc L. Nerlove, University of Maryland: „Episodes from the History of Panel Data Econometrics“

17. Oktober 2002

Prof. R.G. Gregory, Australian National University: „The Nations Welfare Children“

24. Oktober 2002

Prof. Dr. Casper G. de Vries, Erasmus University Rotterdam, Tinbergen Institute and EURANDOM: „Auctions with Numerous Bidders“

31. Oktober 2002

Prof. Alois Kneip, Universität Mainz: „Funktionale Datenanalyse und die zeitliche Entwicklung von Einkommensverteilungen“

07. November 2002

Prof. Kai A. Konrad, Freie Universität Berlin: „Inverse Campaigning“

14. November 2002

Dr. Chakrabarty, Center for European Integrations Studies, Universität Bonn: „Poverty traps and Growth in a model of Endogenous Time Preference“

21. November 2002

Prof. Jacob Goeree, Universität
Amsterdam: „The Amsterdam Auction“

28. November 2002

Prof. Bernard van Praag, University of
Amsterdam: „Forthcoming in Health
Economics. The subjective costs of health
losses due to chronic diseases. An alter-
native model for monetary appraisal“

05. Dezember 2002

Prof. Paul Seabright, Université de Toulou-
se-I: „Continuous Preferences Can Cause
Discontinuous Choices: an application to
the impact of incentives on altruism“

12. Dezember 2002

Prof. Georg Kirchsteiger, Universität
Maastricht: „Public versus Private
Exchanges“

19. Dezember 2002

John Kennan, University of Wisconsin:
„The Effect of Expected Income on
Individual Migration Decisions“

Summer Schools

18. Juni – 13. Juli 2002

Transatlantic Summer Academy (TASA):
„Transatlantic Solidarity and Partner-
ship: Common Actions Against Common
Threats“ In Zusammenarbeit mit dem
Anglistischen Seminar/Nordamerika-
programm der Universität Bonn

5. – 14. August 2002

„6th ZEI Summer School on Monetary
Theory and Policy“

13. – 23. August 2002

3. EU-Sommerseminar für Studierende
der Internationalen Politik aus Zentral-
asien, in Zusammenarbeit mit dem
DAAD

Deutsch Französisches Wirtschaftspolitisches Forum

21. – 22. Januar 2002

„Deutsch-Französisches Wirtschaftspoli-
tisches Forum. French-German Forum
on Economic Policy“, zusammen mit
CEPII, Paris, in Berlin

Europaforum

14. Januar 2002

Dr. Helmut Kohl, Bundeskanzler a.D.:
„Der EURO und die Zukunft Europas“

20. Juni 2002

Rexhep Mejdani, Präsident der Republik
Albanien: „Albania and the European
Integration Process – internal reforms

and regional activities“

04. Dezember 2002

S.E. Dr. Olafur Ragnar Grimsson, Staats-
präsident von Island: „Germany and the
New North“ (im Rahmen des
Dies Academicus der Universität Bonn)

Europadialog

22. Januar 2002

„Christliche Demokratie in Europa im
20. Jahrhundert“

Prof. Dr. Michael Gehler, Universität
Innsbruck

29. Januar 2002

Die Leiterin des Generalkonsulats der Repu-
blik Polen, Elzbieta Sobotka, sprach beim
„Europadialog“ vom 29. Januar 2002 über
den polnischen Weg vom sozialen Dialog
zur Bürgergesellschaft in der EU

„Der polnische Weg vom sozialen Dialog
zur Bürgergesellschaft in der EU“

Dr. Elzbieta Sobotka, Generalkonsulin, Lei-
terin des polnischen Generalkonsulats, Köln

19. Februar 2002

„Was zählt und wer zählt?
Transatlantische Beziehungen nach dem
11. September“

Dr. Franz-Josef Meiers, ZEI

26. Februar 2002

„Das Erwachen der Bürgergesellschaft in
der Slowakischen Republik“

Dr. Ivan Horský, Botschaftsrat, Leiter des
slowakischen Generalkonsulats, Bonn

12. März 2002

„Die Ost-CDU zwischen Widerstand und
Gleichschaltung“

Dr. Ralf Thomas Baus, Konrad-Adenauer-
Stiftung

26. März 2002

„Zivilgesellschaft und Sozialstaat in der
Republik Kroatien“

Daniel Gluncic, Attaché, Außenstelle der
kroatischen Botschaft, Bonn

30. April 2002

„Erste Ergebnisse des Europäischen Kon-
vents“

Dr. Ulrike Guérot, Leiterin der Arbeitsstelle
Europa der DGAP, Berlin

28. Mai 2002

„Die Außenpolitik der USA nach den
Terroranschlägen vom 11. September“

PD Dr. Georg Schild, Seminar für Politische
Wissenschaft der Universität Bonn

02. Juli 2002

„Die Lage in der Republik Mazedonien
vor der Parlamentswahl im September“

Jasmin Kahil, Leiter der Außenstelle der
Botschaft Mazedoniens in Bonn

17. September 2002

„Die Europapolitik der niederländischen,
belgischen und deutschen Christdemo-
kraten nach 1945“

Drs. Siebo Janssen, Junior Fellow, Univer-
sität Groningen und Universität Antwer-
pen

23. September 2002

„Die Erweiterung der Europäischen
Union und ihre Folgen – aus Sicht eines
tschechischen Diplomaten“

Jiří Gruša, Botschafter der Tschechischen
Republik in Österreich

24. September 2002

„Die europäische Sicherheits- und Vertei-
digungspolitik (ESVP): Zum Stand ein
Jahr nach dem 11. September 2001“

Dr. Henning Riecke, Wissenschaftlicher
Mitarbeiter des Forschungsinstituts der
DGAP, Berlin

10. Oktober 2002

„Vom Nutzen und Nachteil der National-
historie für Europa“

Prof. Dr. Jürgen Elvert, Universität Köln

29. Oktober 2002

„Risiken in der Energieversorgung,
insbesondere in der EU“

Dr. Helga Steeg, ehemalige Exekutivdirek-
torin der Internationalen Energie-Agentur,
Paris

12. November 2002

„Europäische Identität in historischer
Perspektive“

Prof. Dr. Wilfried Loth, Universität
Essen

26. November 2002

„Europäische Raumordnung –
Übereinstimmung und Unterschiede zu
Deutschland“

Prof. Dr. Wendelin Strubelt, Bundesamt
für Raumwesen und Bauordnung, Bonn

10. Dezember 2002

„Macedonia – back on track after the
elections“

Antonio Milošoski, Universität Duisburg

Publikationen

ZEI Policy Paper/Working Paper

B01-2002

Manfred J.M. Neumann und Jürgen von Hagen: „Does Inflation Targeting Matter?“

B02-2002

Karheinz Ruckriegel und Franz Seitz: „The Euro System and the Federal Reserve System Compared: Facts and Challenges“

B03-2002

Jürgen von Hagen und Jizhong Zhou: „The Choice of Exchange Rate Regimes: An Empirical Analysis for Transition Economies“

B04-2002

Volker Clausen und Bernd Hayo: „Asymmetric Monetary Policy Effects in EMU“

B05-2002

Josef C. Brada, Ali M. Kutan und Su Zhou: „Real and Monetary Convergence Within the European Union and and Between the European Union and Candidate Countries: A Rolling Cointegration Approach“

B06-2002

Su Zhou und Ali M. Kutan: „Is There Asymmetry in Forward Exchange Rate Bias? Multi- Country Evidence“

B07-2002

Martin Seidel: „Perspektiven der Erweiterung der Europäischen Union“

B08-2002

Ali M. Kutand und Su Zhou: „Has the Link Between the Spot and Forward Exchange Rates Broken Down? Evidence From Rolling Cointegration Tests“

B09-2002

Volker Clausen und Bernd Hayo: „Monetary Policy in the Euro Area – Lessons from the First Years“

B10-2002

Martin Seidel: „National Origins of European Law: Towards An Autonomous System of European Law?“

B11-2002

Gunnar Heinsohn und Otto Steiger: „The Eurosystem and the Art of Central Banking“

B12-2002

„Argentina: The Anatomy of a Crisis“

B13-2002

Jürgen von Hagen und Jizhong Zhou:

„De Facto and Official Exchange Rate Regimes in Transition Economies“

B14-2002

Christian E. Weller und Adam Hersch: „The Long and Short of It: Global Liberalization, Poverty and Inequality“

B15-2002

Matthias Brückern und Andreas Schaber: „Does Broad Money Matter for Interest Rate Policy?“

B16-2002

Iulia Traistaru, Peter Nijkamp und Simonetta Longhi: „Regional Specialization and Concentration of Industrial Activity in Accession Countries“

B17-2002

Laura Resmini: „Specialization and Growth Patterns in Border Regions of Accession Countries“

B18-2002

Iulia Traistaru und Guntram B. Wolff: „Regional Specialization and Employment Dynamics in Transition Countries“

B19-2002

Jürgen von Hagen, Rolf R. Strauch und Guntram B. Wolff: „East Germany: Transition with Unification, Experiments and Experiences“

B20-2002

Bernd Hayo und Ali M. Kutan: „The Impact of News, Oil Prices, and International Spillovers on Russian Financial Markets“

B21-2002

Ali M. Kutan und Taner M. Yigit: „Nominal and Real Stochastic Convergence Within the Transition Economies and to the European Union: Evidence from Panel Data“

B22-2002

Otto Steiger: „Der Staat als ‚Lender of Last Resort‘ – oder: Die Achillesverse des Eurosystems“

B23-2002

Martin Seidel: „Legal Aspects of European Economic and Monetary Union“

B24-2002

Stefan Lutz: „The Effects of Quotas on Vertical Intra-industry Trade“

B25-2002

Stefan Lutz: „Trade Policy: ‚Institutional‘ Vs. ‚Economic‘ Factors“

B26-2002

Lucjan T. Orlowski: „Monetary Convergence and Risk Premiums in the EU Candidate Countries“

B27-2002

Debajyoti Chakrabarty: „Poverty Traps and Growth in a Model of Endogenous Time Preference“

B28-2002

Debajyoti Chakrabarty: „Inequality, Politics and Economic Growth“

B29A-2002

Debajyoti Chakrabarty: „Growth and Business Cycles with Imperfect Credit Markets“

B29B-2002

Jennifer Pédussel Wu: „Trade Agreements as Self-protection“

B30-2002

Marcus Hagedorn / Ashok Kaul / Tim Mennel: „An Adverse Selection Model of Optimal Unemployment Assurance“

C 98

Lutz Käppel: „Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas“

C 99

ZEI Discussion Paper

Vaira Vike-Freiberga: „Republik Lettland und das Land Nordrhein-Westfalen – Partner in einem vereinten Europa“

C 100

Janusz Musial: „Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Oppeln) nach Deutschland. Ein Testfall für die Erwerbswanderungen nach der Osterweiterung?“

C 101

Felix Maier (Hrsg.): „Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership“

C 102

Hendrik Vos / Emilie Baillieul: „The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken“

C 103

Helmut Kohl: „Der EURO und die Zukunft Europas“

C 104

Ludger Kühnhardt: „The Lakes of Europe“

C 105

Katharina von Schnurbein: „Der tschechische EU-Beitritt: Politischer

Prozess wider die öffentliche Meinung?“

C 106

Andrew B. Dennison: „Shades of Multilateralism. U.S. Perspectives on Europe's Role in the War on Terrorism“

C 107

Boris Hajoš et. al.: „The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate states“

C 108

Hans von der Groeben: „Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler“

C 109

Emil Mintchev / Klaus Büniger: „A Sustained Economic Revival in Kosovo. Need for a Liberal Concept“

C 110

Michael Lochmann: „Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeer-Kooperation und Europäischer Integration“

C 111

Indra de Soysa / Peter Zervakis (eds.): „Does Culture Matter? The Relevance of

Culture in Politics and Governance in the Euro-Mediterranean Zone“

C 112

José Manuel Martínez Sierra: „The Spanish presidency – buying more than it can choose?“

C 113

Wilfried Loth: „Europäische Identität in historischer Perspektive“

European Integration and South Eastern Europe

SEE 1

Rafael Biermann/Emil Mintchev: „A Core Curriculum for European Studies in South Eastern Europe“

Schriften des ZEI

Band 33:

Karl Magnus Johansson/ Peter Zervakis (eds.): „European Political Parties between Cooperation and Integration“
Baden-Baden, NOMOS-Verlag, 2002

Band 37:

Rafael Biermann (Hrsg.): „Deutsche Konfliktbewältigung auf dem Balkan – Erfahrungen und Lehren aus dem Einsatz“
Baden-Baden, NOMOS-Verlag, 2002

Band 39:

Xuewu Gu (Hrsg.): „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Regionen in Europa“
Baden-Baden, NOMOS-Verlag, 2002

Band 40:

Xuewu Gu (Hrsg.): „Europe and Asia: Mutual Perceptions and Expectations on the Way to a New Partnership in the twenty-first Century“
Baden-Baden, NOMOS-Verlag, 2002

Band 41:

Jan Figel/Wolfgang Roth (eds.): „Slovakia on the road to EU Membership“
Baden-Baden, NOMOS-Verlag, 2002

Band 43:

Ralf Elm (Hrsg.): „Europäische Identität: Paradigmen und Methodenfragen“
Baden-Baden, NOMOS-Verlag, 2002

Band 48:

Carlo Masala (Hrsg.): „Der Mittelmeerraum: Brücke oder Grenze?“
Baden-Baden, NOMOS-Verlag, 2002

Band 49:

Peter J. Cullen/Peter Zervakis (eds.): „The Post-Nice Process: Towards a European Constitution?“
Baden-Baden, NOMOS-Verlag, 2002

Band 50:

Hans-Dieter Lucas (Hrsg.): „Genscher, Deutschland und Europa. Hans-Dietrich Genscher und die deutsche Außen- und Europapolitik 1974-1992“
Baden-Baden, NOMOS-Verlag, 2002

Band 51:

Frank Kressing/Karl Kaser (eds.): „Albania – a country in transition. Aspects of changing identities in a South-East European country“
Baden-Baden, NOMOS-Verlag, 2002

Band 53:

Mladen Stanicic (ed.): „Croatia on its way into the EU“
Baden-Baden, NOMOS-Verlag, 2002

Band 55:

Ralf Elm/Mamoru Takayama (Hrsg.): „Zukünftiges Menschsein: Ethik zwischen Ost und West“
Baden-Baden, NOMOS-Verlag, 2002

Band 58:

Heinrich P. Kelz (Hrsg.): „Die sprachliche Zukunft Europas. Mehrsprachigkeit und Sprachenproblematik“
Baden-Baden, NOMOS-Verlag, 2002

Band 59:

Uwe Leonardy (Hrsg.): „Europäische Kompetenzabgrenzung als deutsches Verfassungspostulat. Dokumente zur Entstehung und Auswirkung des Artikels 23 GG“

Baden-Baden, NOMOS-Verlag, 2002

ZEI Studies in European Economics and Law

Vol. 1: Jürgen von Hagen und Christopher J. Waller (Eds.): „Regional Aspects of Monetary Policy in Europe“ (Dordrecht: Kluwer, 1999)

Vol. 2: Rolf R. Strauch und Jürgen von Hagen (Eds.): „Institutions, Politics and Fiscal Policy“ (Dordrecht: Kluwer, 1999)

Vol. 3: John Maxwell und Jürgen von Hagen (Eds.): „Empirical Aspects of Environmental Policies in Europe“ (Kluwer Academic Publishers, Boston 2000)

Vol. 4: Mika Widgren und Jürgen von Hagen (Eds.): „Regionalism in Europe: Strategies and Geometries after 2000“ (Kluwer Academic Publishers, Boston 2001)

Publikationen

ZEI A

Koenig/Bartosch/Braun: „EC Competition and Telecommunications Law“, *International Competition Law Series Vol. 6*, Kluwer Law International, Den Haag / London/New York 2002.

Koenig / Vogelsang / Kühling / Loetz / Neumann: „Funktionsfähiger Wettbewerb auf den Telekommunikationsmärkten: Ökonomische und juristische Perspektiven zum Umfang der Regulierung“, *Schriftenreihe Kommunikation & Recht Band 16*, Verlag Recht und Wirtschaft, Heidelberg 2002

Koenig / Kühlenkampff / Kühling / Loetz / Smit: „Internetplattformen in der Unternehmenspraxis: Wettbewerbsrecht, Kartellrecht, Ökonomie“, *Schriftenreihe Kommunikation und Recht Band 12*, Verlag Recht und Wirtschaft GmbH, Heidelberg 2002

ZEI B

von Hagen, Jürgen, Marco Buti, und Carlos Martinez Mongay (Hrsg.): „The Behavior of Fiscal Authorities – Stabilisation, Growth, and Institutions“, *London: Palgrave* 2002

Hofmann, Boris und Paul Mizen: „Interest Rate Adjustment and Monetary Policy: Evidence of Pass-Through in UK Retail Rates“, *Bank of England Working Paper No. 170*

Mundschenk, Susanne und Jürgen von Hagen: „The Lisbon Review 2002-2003: An Assessment of Policies and Reforms in Europe“, *in collaboration with World Economic Forum*

Tonkov, Boyan: „A microstructural model of currency crisis“, *Phare ACE Programme of the European Commission*, June 2002

Traistaru, Iulia: „The Emerging Economic Geography in EU Accession Countries“, *edited with Peter Nijkamp and Laura Resmini*, Aldershot: Ashgate Publishing Ltd., forthcoming

Traistaru, Iulia, Peter Huber, Herbert Brücker, Janos Köllö und Tomaz Mickiewicz: „Regional and Labour Market Developments in Accession Candidate Countries: A Literature Survey“, *AccessLab Working Paper 9/2002*, WIFO The Austrian Institute for Economic Research, Vienna, September 2002

Traistaru, Iulia und Thiess Büttner: „Regional Wage Flexibility: A Comparison of EU Member States and Accession Countries“, *AccessLab Working Paper, September 2002*

Traistaru, Iulia und Anna Iara: „Regional Wage Flexibility in EU Accession Countries“, *AccessLab Working Paper, September 2002*

Zhou, Jizhong und Jürgen von Hagen: „The Choice of Exchange Rate Regimes: An Empirical Analysis for Transition Economies“, *CEPR Discussion Paper No. 3289*

Zhou, Jizhong: „Empirical Studies on Exchange Rate Policies in Transition Economies“, *Ph.D. dissertation*, Shaker Verlag: Aachen

Zhou, Jizhong und Jürgen von Hagen: „The Role of Exchange Rate Policies in the Determination of Capital Controls in Transition Economies“, *ICEG European Center Working Paper series*, forthcoming

Publikationen in Fachzeitschriften und Sammelbänden

Forschungsgruppe I: „Institutionen und Institutionenent- wicklung in Europa“

von Hagen, Jürgen, Andrew Hughes Hallett und Rolf R. Strauch: „Budgetary Institutions for Sustainable Public Finances“, in: *Marco Buti, Carlos Martinez Mongay und Jürgen von Hagen (eds.), The Behavior of Fiscal Authorities. London: Palgrave 2002*

von Hagen, Jürgen: „Budgeting Institutions and Public Spending“, in: *Anwar A. Shah (ed.), Ensuring Accountability When There is No Bottom Line. Washington D.C.: World Bank 2002*

Höreth, M.: „Neither Breathtaking Nor Parthbreaking: The European Commission's White Paper on Governance“, in: *Journal of International Relations and Development* 1/2002., S.6-24

Höreth, Marcus: „Das Demokratiedefizit lässt sich nicht wegreformieren. Über Sinn und Unsinn der Europäischen Verfassungsdebatte“, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* 4/2002, S. 11-38

Koenig, Christian und Ulrike Steiner: „Die Vereinbarkeit nachvertraglicher Wettbewerbsverbote mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit des EG-Vertrags“, in: *NJW* 2002, S. 3583

Koenig, Christian und Christina Engelmann: „Vorwirkungen des EG-Rechtsschutzes durch ein anhängiges Vorabentscheidungsverfahren“, in: *EWS* 2002, S. 353

Koenig, Christian und Jens-Daniel Braun: „Das Geld muss im Lande bleiben – Über die Unvereinbarkeit der Neuregelung des hessischen und des sachsen-anhaltinischen Lotterierechts mit der EG-Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit“, in: *Sächsische Verwaltungsblätter*, 2002, S. 157

Koenig, Christian und Christina Engelmann: „Die Freiverkehrsgarantie nach Art. 13 Abs. 1 der Tabakprodukt-Richtlinie“, in: *ZLR* 2002, S. 395

Koenig, Christian und Jürgen Kühling: „Der Streit um die neue Tabakprodukt-Richtlinie. Ist der Gemeinschaftsgesetzgeber bei seinem Kampf gegen den Tabakkonsum einmal mehr im Konflikt mit Gemeinschaftsgrundrechten und Kompetenzbestimmungen?“, in: *EWS* 2002, S. 12

Kühnhardt, L.: „Die Frage nach der Zukunft der NATO“, in: *Reinhard C. Meier-Walser (Hrsg.), Die Zukunft der NATO. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen* 34, München, Hans Seidel Stiftung, 2002, Seite 25 ff.

Zervakis, P.: „Die politischen Systeme Zyperns“, in: *Wolfgang Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen: Leske und Budrich 2002 (UTB 8186/Große Reihe), S. 847-892*

Zervakis, P.: „Die Europäisierung der Zypernfrage. Ein Modell zur Lösung konfliktärer Interessen?“, in: *Ansgar Klein/Ruud Koopmans (Hrsg.), Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Opladen, Leske und Budrich 2002*

Zervakis, P.: „Machen die Menschen Europa aus?“, in: *Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde*, 25, 2, 2002, S. 83-86

Zervakis, P.: „Der Bologna-Prozess und die Europäisierung des Hochschul- und Forschungsraumes“, in: *Erfolgreiche Leitung von Forschungsinstituten, Hochschulen und Stiftungen. Ein Handbuch. Verlag Dashöfer, Hamburg 2002, S. 5/2-II, 1-24*

Zervakis, P.: „Sono gli uomini a fare l'Europa“, in: *Quaderni Europei*, Nr. 1/1 (2002), S. 50-52

Zervakis, P.: „Griechenland“, in: *Jahrbuch der europäischen Integration 2001-2002, Hrsg. Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels, Berlin 2002, S. 345-350*

Forschungsgruppe II: „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

Beese, D. und R. Pfromm: „Mobile Number Portability – zum Scheitern schon verurteilt?“, in: *MMR*, 2002, S. 595-600

Engelmann, Ch. und B. Dodel: „Die deutsche AMG-TSE-Verordnung auf dem Prüfstand des Gemeinschaftsrechts“, in: *Europäisches Arzneimittelrecht Ausgabe 2/2002* Koch, A.: „Zur Einordnung von Internet-Suchmaschinen nach dem EGG“, in: *K&R*, 2002, S. 120

Koenig, Ch.: „Die fallweise Auswahl des Verbindungsnetzbetreibers in Mobilfunknetzen“, in: *MMR*, 2002, Beilage 1, S. 11

Koenig, Ch.: „Freiwillige Zusatzversorgung und EG-Beihilfenrecht“, in: *Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes (ZTR)*, 2002, S. 568-577

Koenig, Ch.: „Wider wettbewerbswidrige Querverbindungen in vertikal integrierten Unternehmen“, in: *EuZW*, 2002, S. 289

Koenig, Ch. und J.-D. Braun: „Das Geld muß im Lande bleiben – über die Unvereinbarkeit der Neuregelung des hessischen und des sachsen-anhaltinischen Lotterierechts mit der EG-Dienstleistungs- und Kapitalfreiheit“, in: *Sächsische Verwaltungsblätter*, 2002, S. 157-164

Koenig, Ch. und J.-D. Braun: „Defizite des deutschen Telekommunikationsrechts mit Blick auf die Internet-Märkte und Abhilfemöglichkeiten“, in: *K&R*, Beilage 2/2002, S. 1

Koenig, Ch. und J.-D. Braun: „Die heile Welt vertikal integrierter Telekommunikationsanbieter ist in Gefahr“, in: *TMR*, 2002, S. 91

Koenig, Ch. und R. Capito: „Powerline und die Anforderungen an die elektromagnetische Verträglichkeit nach europäischem Gemeinschaftsrecht“, in: *TMR*, 2002, S. 195

Koenig, Ch. und A. Koch: „(0)190er-Nummern im Visier des Rechts – Zur Störer-Verantwortlichkeit von Service Carreern nach altem und neuem Recht“, in: *TKMR*, 2002, S. 457

Koenig, Ch. und A. Koch: „Die Resale-Verpflichtung von Mobilfunknetzbetreibern nach dem neuen gemeinschaftlichen TK-Rechtsrahmen“, in: *MMR*, 2002, S. 439

Koenig, Ch., A. Koch, J.-D. Braun: „Die Telekommunikationsüberwachungsverordnung: Neue Belastungen für Internet Service Provider und Mobilfunknetzbetreiber“, in: *K&R*, 2002, S. 289

Koenig, Ch. und A. Neumann: „Die neue Top-Level-Domain „eu“ als Beitrag zum Auf- und Ausbau transeuropäischer Netze“, in: *EuZW*, 2002, S. 485

Koenig, Ch. und A. Neumann: „Europas Identität im Internet – die Einführung der Top-Level-Domain „eu“, in: *JurPC-WebDok*, 154/2002

Koenig, Ch. und D. Beer: „Wie wird die Gesetzliche Krankenversicherung in Europa bestehen? Vorgaben des EG-Vertrages für die Struktur der Gesetzlichen Krankenversicherung am Beispiel der vertragsärztlichen Versorgung“, in: *ZESAR* 2002, 54 ff.

Koenig, Ch. und Ch. Engelmann: „Internetplattformen im Gesundheitswesen auf dem Prüfstand des Kartellrechts“, in: *WRP* 2002, 1244 ff.

Koenig, Ch. und M. Elspaß: „Die Wettbewerbsneutralität der EG-Tabaksteuerharmonisierung am Beispiel einer Definitionsänderung von Tabakwaren“, in: *Zeitschrift für Zölle und Verbrauchsteuern (ZfZ)*, 2002, S. 254-261

Koenig, Ch., Ch. Engelmann und U. Steiner: „Die Regulierung der GKV-Abrechnung von Laboratoriumsuntersuchungen am Maßstab der Dienstleistungsfreiheit des EG-Vertrags“, in: *Medizinrecht* 2002, 221 ff.

Koenig, Ch., Ch. Engelmann und U. Steiner: „Die Budgetierung von Laborleistungen im einheitlichen Bewertungsmaßstab auf dem Prüfstand des EG-Wettbewerbsrechts“, *erscheint in: NZS* 2002

Koenig, Ch. und Ch. Engelmann: „Vorwirkungen des EG-Rechtsschutzes durch ein anhängiges Vorabentscheidungsverfahren – Neues vom Binnenmarktdrama um eine niederländische Versandapotheke“, in: *EWS* 2002, 353 ff.

Koenig, Ch. und E.-M. Müller: „Die EG-rechtliche Zulässigkeit digitaler Bestellformulare einer E-Pharmacy – die Heilmittelwerbeverbote der § 8 Abs. 1 und § 8 Abs. 2 Alt. 2 HWG auf dem Prüfstand des Europäischen Gemeinschaftsrechts“, in: *Pharmarecht* 2002, 5 ff.

Koenig, Ch. und J. Kühling: „Totgesagte Vorschriften leben länger: Bedeutung und Auslegung der Ausnahmeklausel des Art. 86 Abs. 2 EG“, in: *ZHR* 166 (2002), S. 656 ff.

Koenig, Ch. und U. Steiner: „Die Vereinbarkeit nachvertraglicher Wettbewerbsverbote mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit des EG-Vertrages“, in: *NJW* 2002, S. 3583 ff.

Koenig, Ch. und Ch. Engelmann: „Internetplattformen im Gesundheitswesen auf dem Prüfstand des Kartellrechts – am Beispiel der Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln“, in: *wrp* 2002, S. 1244 ff.

Koenig, Ch., Ch. Engelmann und U. Steiner: „Die Budgetierung von Laborleistungen im einheitlichen Bewertungsmaßstab auf dem Prüfstand des EG-Wettbewerbsrechts“, in: *NZ* 2002, S. 288 ff.

Koenig, Ch. und J. Kühling: „EC control of aid granted through State resources“, in: *European State Aid Law Quarterly* 1/2002 (July 2002), S. 7 ff.

Koenig, Ch. und J. Kühling: „EG-Beihilfenrecht, private Sportunternehmen und öffentliche Förderung von Sportinfrastrukturen“, in: *SpuRt Heft* 2002, S. 53 ff.

Koenig, Ch. und J. Kühling: „Der Streit um die neue Tabakprodukttrichtlinie“, in: *EWS* 2002, S. 12 ff.

Koenig, Ch. und J. Kühling: „Preiskontrolle öffentlicher Monopolunternehmen: Die Festsetzung der Flugwetterdienstgebühren des Deutschen Wetterdienstes am Maßstab des Wettbewerbsrechts“, in: *ZLR*, 2002, S. 219 ff.

Kühling, J.: „Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge in Deutschland: Die Telekommunikationswirtschaft als Paradebeispiel einer Daseinsvorsorge im Wettbewerb“, in: *Hrbek / Nettesheim (Hrsg.), Europäische Union und mitgliedstaatliche Daseinsvorsorge*, 2002, S. 138-154

Forschungsgruppe III: „Makroökonomische Politik und Institutionen“

Chakrabarty, Debajyoti, Ananish Chaudhuri und Chester Spell: „Informational Structure and Contractual choice in Franchising“, in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, 2002, Vol. 158, No. 4

Chakrabarty, Debajyoti: „Inequality, Politics and Economic Growth“, Mimeo, Center for European Integration Studies, University of Bonn, Germany, Fall 2002, in: *Journal of Economic Development*

von Hagen, Jürgen, Rolf R. Strauch und Andrew Hughes Hallett: „Budgetary Consolidations in Europe“, in: *Journal of Japanese and International Economics* 16, 2002, 512-535.

von Hagen, Jürgen, und Manfred J. M. Neumann: „Does Inflation Targeting Matter?“, in: *Federal Reserve Bank of St. Louis Review* 2002, July/August, 1-22

von Hagen, Jürgen: „Experiences With Fiscal Rules and Norms in EMU“, in: *Ministerie van Financien (ed.), Budgetary Policy in E(M)U – design and challenges. The Hague* 2002

von Hagen, Jürgen, „Fiscal Rules, Fiscal Institutions, and Fiscal Performance“, in: *The Economic and Social Review* 33:3, Winter 2002, 263-284

von Hagen, Jürgen und Susanne Mundschek: „Fiskalischer Föderalismus im Euro-Raum“, in: *Volker H. Schneider (ed.), Entgrenzte Märkte – grenzenlose Bürokratie? Frankfurt (Main): Campus*

von Hagen, Jürgen und Susanne Mundschek: „The Functioning of Economic Policy Coordination in Europe“, in: *A. Sapir und M. Buti (Hrsg.), EMU and Economic Policy in Europe: The Challenge of the Early Years.* London: Edward Elgar Publishing 2002

von Hagen, Jürgen: „Kleiner Wurf mit Denkfehlern“, in: *Financial Times Deutschland* 16. 8. 2002

von Hagen, Jürgen, und Susanne Mundschek: „Koordinierung der Geld- und Fiskalpolitik in der EWU“, in: *Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung* 71, 2002, 326-39

von Hagen, Jürgen: „Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Euroraum“, in: *Friedrich Ebert Stiftung (Ed.), Wege aus der Schuldenfalle. Finanzpolitische Stabilität für Europa. Wirtschaftspolitische Diskurse* 146, Bonn 2002

von Hagen, Jürgen: „La malaise économique de l'Allemagne“, in: *Le Monde*, 4. 11. 02

von Hagen, Jürgen, und Matthias Brückner: „Monetary and Fiscal Policy in EMU: The Experience in the Early Years“, in: *Monetary and Economic Studies*, 2002, 1-31

von Hagen, Jürgen, Ingo Fender und Bernd Hayo: „Monetary Theory, Monetary Policy, and Financial Markets“, in: *Klaus F. Zimmermann (ed.), Frontiers in Economics. Heidelberg: Springer Verlag* 2002

von Hagen, Jürgen, und Bernd Hayo: „Money and Inflation in the Euro Area.“ in: *Rolf Caesar and Hans-Eckart Scharrer (eds.): European Economic and Monetary Union: An Initial Assessment. Baden-Baden: Nomos* 2002

von Hagen, Jürgen, und Susanne Mund-schenk: „The Political Economy of Policy Coordination in Europe“, in: *Swedish Review of Economic Policy* 8, 2002, 11-41

von Hagen, Jürgen und Etienne Farvaque: „Les politiques budgétaires nationales en union monétaire“, in: *Etienne Farvaque and Gael Lagadec (eds.), Intégration Economique Européenne - Problèmes et Analyses. Bruxelles: De Boeck Université 2002*

von Hagen, Jürgen, Andrew Hughes Hallett und Rolf R. Strauch: „Quality and Success of Budgetary Consolidations“, in: *Marco Buti, Carlos Martinez Mongay and Jürgen von Hagen (eds.), The Behavior of Fiscal Authorities. London: Palgrave 2002*

Lin, Lin: „The Analysis on the Operation of Financial Capital: Mechanism, Efficiency, Information“, published in November 2002, by the Finance Press of China, 5th Chapter

Pope, Robin: „The Illusion of Risk Effects in Standard Gamble Quality of Life Measurements“, in: *Health Economics Update*, 2002, 1-2

Pope, Robin and Reinhard Selten: „Local Manufacturing Hurt by Depreciations: A theoretical Model reflecting the Australian Experience“, in: *Pacific Economic Review* 7 (3), 2002, 403-464

Pope, Robin: „Systematic Bias in QALYs Elicited according to Expected Utility Theory“, in: *Economics and Health*, 2002

Seidel, Martin: „The Constitutional Framework of the Economic and Monetary Union as an Economic Union“, in: *Paulo de Pitta e Cunha/Manuel Porto (Hrsg.), O Euro e o Mundo, Coimbra (Portugal)*, 2002, S. 121 ff.

Seidel, Martin: „Erstreckung des Verbraucherschutzes der EG auf Drittstaaten“, in: *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (EuZW)* 15/2002, S. 449

Seidel, Martin: „Publizitätsverbot für „Blauen Brief“ bei einem drohenden Haushaltsdefizit“, in: *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (EuZW)* 6/2002, S. 161

Seidel, Martin: „Ein Veto Bringt nichts“, in: *Welt am Sonntag*, 27.10.2002, Nr. 43, S. 27 ff., printed in *Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln*, vom 31.10.02 Nr. 50 S. 7 f.

Seidel, Martin: „Zu viel Gerede um den ‚blauen Brief‘. Die Währungspolitik ist ein sensibles Feld“, *Gastkommentar in Welt am Sonntag*, 10.02.2002

Forschungsgruppe V: „Erweiterung der Europäischen Union“

Biermann, R.: „Aussöhnung und Neubeginn. Das Haager Tribunal und seine Folgen“, in: *Internationale Politik*, Nr. 5, 2002, S. 21-24

Biermann, R.: „Südosteuropa am Scheidepunkt? Der Stabilitätspakt, das Ende der Milošević-Ära und die neu aufbrechende ‚albanische Frage‘“, in: *Jahrbuch Internationale Politik 1999/2000 der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik*, Berlin 2002, S. 137-148

Biermann, R.: „Stabilitätspakt und EU-Balkanpolitik: Von der Stabilisierung zur Integration?“, in: *Integration*, Nr. 3, 2002, S. 42-58

von Hagen, Jürgen, Jan Fidrmuc, Susanne Mundschchenk und Iulia Traistaru: „European Union Enlargement: Economic Consequences and Perspectives for the EU“, in: *Andrew M. Warner (ed.), The European Competitiveness and Transition Report 2001-2002. New York: Oxford University Press 2002*

Kühnhardt, L.: „NATO und EU vor der Osterweiterung“, in *SOE-Monitor (Task Force Südosteuropa am ZEI)*, Jahrgang 2, Nr. 4. Oktober 2002, Seite 1 f.

Kühnhardt, L.: „Stolperstein im Mittelmeer. Zypern vor dem EU-Beitritt“, in: *Internationale Politik*, 57. Jahrgang, Januar 2002, Nr.1, Seite 51 ff., auch erschienen in der russischen Ausgabe 1/2002, hergestellt von der Deutschen Botschaft in Moskau, Seite 56 ff.

Seidel, Martin: „Freiheit und Sicherheit für West- und Osteuropa – die Entfaltung der Rechts- und Verfassungsordnung der EU nach Osteuropa“ in: *Erich Reuter (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik* 2002, Bd. 1, S. 49 ff.

Seidel, Martin: „Grundsatzfragen der Konvergenz in einer erweiterten EU: Rechtsgrundlagen für einen Wettbewerb der Systeme“, in: *Rolf Hasse/Karl-Ernst Schenk/Andreas Graf Wass von Czege (Hrsg.), Europa zwischen Wettbewerb und Harmonisierung, Baden-Baden*, 2002, S. 11 ff.

Seidel, Martin: „Der Vollzug von Gemeinschaftsrecht über die Mitgliedstaaten und seine Rolle für die EU und den Beitrittsprozeß“, in: *Rolf Hasse und Cornelia Kunze (Hrsg.), Der acquis communautaire der EU im Beitrittsprozeß der mittel- und osteuropäischen Länder: Modernisierungsinstrument oder Abwehrstrategie*, Leipzig 2002, S. 13 ff.

Traistaru, Iulia, Barry Ickes und Jürgen von Hagen: „Central and Eastern Europe: Economic Developments, Reforms and Geography“, in: *Petre Cornelius and Klaus Schwab, The Global Competitiveness Report 2002-2003, Oxford University Press, forthcoming*

Traistaru, Iulia, Anna Iara, Peter Nijkamp und Laura Resmini: „Data and Measurement“, in: *Traistaru, Iulia, Peter Nijkamp und Laura Resmini (eds.), The Economic Geography in EU Accession Countries*, Aldershot: Ashgate Publishing Ltd, pp. 41-57, forthcoming

Traistaru, Iulia: „The Emerging Economic Geography in EU Accession Countries: Concluding Remarks and Policy Implications“, in: *Traistaru, Iulia, Peter Nijkamp, Laura Resmini (eds.), The Economic Geography in EU Accession Countries*, Aldershot: Ashgate Publishing Ltd, pp. 363-368, forthcoming

Traistaru, Iulia und Carmen Pauna: „The Emerging Geography in Romania“, in: *Traistaru, Iulia, Peter Nijkamp, Laura Resmini (eds.), The Economic Geography in EU Accession Countries*, Aldershot: Ashgate Publishing Ltd, pp. 203-237, forthcoming

Traistaru, Iulia: „Spatial Clustering of Industrial Activity and Economic Performance: Lessons from EU Accession Countries“, in: *C.Rodenburg, R. Vreeker and P. Nijkamp, (eds.), The Economics of Multifunctional Land Use, Maastricht: Shaker Publishing, forthcoming*

Traistaru, Iulia, Laura Resmini: „Spatial Implications of Economic Integration in EU Accession Countries“, in: *Traistaru, Iulia, Peter Nijkamp, Laura Resmini (eds.), The Economic Geography in EU Accession Countries*, Aldershot: Ashgate Publishing Ltd, pp. 3-24, forthcoming

Traistaru, Iulia, Peter Nijkamp und Simo-netta Longhi: „Specialization of Regions and Concentration of Industries in EU Accession Countries“, in: *Traistaru, Iulia, Peter Nijkamp, Laura Resmini (eds.), The Economic Geography in EU Accession Countries*, Aldershot: Ashgate Publishing Ltd, pp. 279-304, forthcoming

Zhou, Jizhong und Jürgen von Hagen: „De Facto Exchange Rate Regimes in Transition Economies: Identification and Determination“, to be published in a *Festschrift in honor of Sir Alan Walters*

SOE-Monitor (2. Jahrgang)

1. Ausgabe

Thema: „Montenegro vor dem Referendum“ (u.a. mit einem Beitrag des montenegrinischen Außenministers Branko Lukovac), Januar 2002

2. Ausgabe

Thema: „Kroatien – eine Halbzeitbilanz“ (u.a. mit einem Beitrag des kroatischen Europaministers Neven Mimica), April 2002

3. Ausgabe

Thema: „Kosovo – eine Innenansicht“ (u.a. mit einem Beitrag des albanischen Präsidenten Prof. Dr. Rexhep Meidani), Juli 2002

4. Ausgabe

Thema: „EU und NATO vor der Erweiterung“, Oktober 2002

Forschungsgruppe VI: „Europas Rolle in der Welt“

Gu, Xuewu: „China und die USA: Eine Partnerschaft sucht ein strategisches Fundament“, in: *Internationale Politik*, 2002, Heft 2, S. 7-16

Kühnhardt, L.: „Die Atlantische Gemeinschaft zwischen Misstrauen und Vitalität“, in: *Die politische Meinung, Monatschrift zu Fragen der Zeit*, 47. Jahrgang, Nr. 397 / Dezember 2002, Seite 82 ff.

Kühnhardt, L.: „Neue Weltordnung. Lasst uns den Kreis quadrieren“, in: *Rheinischer Merkur*, No. 27, 4. Juli 2002, S. 8

Meiers, F.-J.: „The Reform of the Bundeswehr: Adaptation or Fundamental Renewal?“, in: *European Security*, Bd. 10, Nr. 3 (Sommer 2001), S. 1-22

Meiers, F.-J.: „Deutschland: Der dreifache Spagat“, in: *S+F. Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden*, Jg. 19, Heft 2/2001, S. 62-68

Meiers, F.-J.: „Deutschland: Der dreifache Spagat“, in: *Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.), Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik*, Baden-Baden 2002, S. 35-48

Meiers, F.-J.: „Die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik als Zankapfel zwischen den USA und Europa“, in: *Erich Reiter (Hrsg.), Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2001*, Hamburg/Berlin/Bonn 2001, S. 433-452

Meiers, F.-J.: „La Réforme de la Bundeswehr: adaptation ou rénovation intégrale?“, in: *les notes de l'ifri* no. 35, Dezember 2001, 44 S.

Meiers, F.-J.: „Was zählt und wer zählt nach dem 11. September 2001?“, in: *Europäische Sicherheit*, 51. Jg., Nr. 8 (August 2002), S. 8-12

Meiers, F.-J.: „A Change of Course? German Foreign and Security Policy after Unification“, in: *German Politics*, Bd. 11, Nr. 3 (December 2002), S. 195-216

von Hagen, Jürgen, Farouk Gonheim und Susanna Wolf: „Trade Relations Between the EU and North Africa“, in: *Peter K. Cornelius (ed.), The Arab World Competitiveness Report 2002-2003*, New York, Oxford: Oxford University Press

Forschungsgruppe VII: „Europäische Identität und der Dialog der Kulturen“

Kühnhardt, L., in: *Council of Europe (Ed.), The European Identity. From cultural identities to a European political identity, Colloquy Strassbourg*, 20 – 21. September 2001, Strassbourg 2002, *passim*

Kühnhardt, L.: „The Mediterranean – New Directions in Research and Policy-Making“, in: *Indra de Soysa/Peter Zervakis (eds.), Does Culture Matter? Politics and Governance in the Mediterranean*, ZEI Discussion Paper, C 111/2002, Bonn (Zentrum für europäische Integrationsforschung) 2002, 178 Seiten

Kühnhardt, L.: „Le Triangle de Weimar. France-Allemagne-Pologne. Une vision partagée de l'Europe?“, in: *Documents – Revue des questions allemandes*; 56e ANNÉE-NUMÉRO SPÉCIAL HIVER 2001-2002, Seite 16 ff.

Kühnhardt, L.: „Die Farbe der Menschenrechte. Der Universalismusedanke“, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch. Der Dialog mit dem Islam*, 52. Jahrgang, 1/2002, Seite 56 ff.

Kühnhardt, L.: Interview: „Nicht Öl, nicht Sand – aber Salz!“, in: *irritatio: Informationen und Anregungen für Hochschule und Kirche*, 1/2002, Seite 20 ff.

Michels, G.: Interview: „Zur Einführung des EURO“. *Udo Kals, Aachener Zeitung* vom 02.01.2002

Michels, G.: Interview: „Zur Problematik der HRG-Reform“, in: *Bonner Generalanzeiger* 18.03.2002

Michels, G.: Interview: „Gibt es einen Rechtsruck in Europa?“, *Radio Bremen: Funkhaus Europa, Live in die Sendung übernommen*, 20.05.2002

Michels, G.: Interview: „Welche Wirkungen wird der EURO für Europa haben?“, *Klaus Methfessel, Wirtschaftswoche*, 04.06.2002

Michels, G.: „Einleitung“, in: *Ute Schürings: „Zwischen Pommes und Praline. Mentalitäten, Kulturen und Traditionen in den Benlux-Ländern und NRW“*, Hrsg. Bernd Müller/Georg Michels, Münster 2002

Michels, G.: „Zuwanderung als Zukunft – Die Lösung des Integrationsproblems ist lebenswichtig“, in: *Zeitschrift des Bayerischen Jugendrings* 7-8 (2002), S. 8 f.

Michels, G.: „300 Jahre Preussen – Grundzüge der Geschichte eines Staates“, in: *Heimatbrief für den Kreis Braunschweig* 15 (2002), S. 25 - 40

Kooperationspartner

American University Beirut
 AOL America Online Inc. Deutschland, Hamburg
 Arnold Bergstraesser Institut für kulturwissenschaftliche
 Forschung, Freiburg
 Ascom Deutschland GmbH, Frankfurt
 Außenministerium der Republik Bulgarien
 Außenministerium der Republik Lettland
 Außenministerium der Republik Litauen
 Außenministerium der Republik Slowakei
 Auswärtiges Amt, Berlin
 Aventis Behring GmbH, Marburg
 Aventis Pharma Deutschland, Bad Soden
 Bank von Spanien, Madrid
 Bergische Universität GSH Wuppertal
 Berufsverband deutscher Laborärzte e.V., Düsseldorf
 Bilkent Universität, Ankara
 Bosporus-Gesellschaft, Bonn
 Bundesfachverband der Arzneimittelhersteller, Bonn
 Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin
 Bundesministerium für Finanzen, Berlin
 Bundesministerium für Gesundheit, Berlin
 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie,
 Berlin
 Bundesverband der deutschen Industrie e.V., Berlin
 Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V.,
 Berlin
 Center for Economic Policy Research (CEPR), London
 Center for Europe, Warszawa
 Center for European Studies, Cluj
 Center for European Studies, Sichuan University, China
 Center for European Studies, Limerick
 Center for Modern Management Shanghai
 Centre d'Etudes Prospectives et d'Investigations
 Internationales (CEPII), Paris
 Centre d'étude de la vie politique,
 Université Libre de Bruxelles
 Centre for European Studies Research,
 University of Portsmouth, England
 Centre for Foreign Policy Studies, Budapest
 Centre Interdisciplinaire pour la Recherche
 Comparative en Sciences Sociales (CIR), Paris
 Centrum für angewandte Politikforschung der
 Universität München
 Centrum voor Duitsland Studies, Nijmegen

CIREC New Media (Centre for International Research on
 Electronic Communications), Münster
 Club of Rome
 Columbia University
 debitel AG, Stuttgart
 Department of Political Science,
 New Bulgarian University, Sofia
 Deutsche Bundesbank, Frankfurt
 Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
 Deutsche Gesellschaft für regulatorische
 Angelegenheiten e.V., Bonn
 Deutsche Telekom AG, Bonn
 Deutsche Welle, Köln
 Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Bonn
 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW),
 Berlin
 Deutsches Orient-Institut, Hamburg
 Deutsch-Kasachische Universität Kasachstan / Almaty
 Diplomatenakademie Kroatien, Zagreb
 Europäische Kommission, Brüssel
 Europäische Rechtsakademie (ERA), Trier
 Europäische Volkspartei (EVP), Brüssel, Straßburg
 Europäische Zentralbank (EZB), Frankfurt
 Europaministerium der Republik Kroatien
 Europarat, Straßburg
 Europe 2020, Paris
 European Association of Mail Service Pharmacies
 European Institut, Sofia
 Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität Bonn
 Evropaiki Ekfrassi Athina, Athen
 Exeter University, England
 Fonds Hessischer Arzneimittelhersteller e.V., Frankfurt
 Foreign Ministry of Thailand, Bangkok
 Forschungszentrum Jülich GmbH, Jülich
 Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Bonn, Berlin
 Fritz-Thyssen-Stiftung, Köln
 Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und
 Kultur Ostmitteleuropas (GWZO), Leipzig
 Gerhard-Mercator-Universität Duisburg
 Gesellschaft „Internationale Studentenfreunde“ e.V.,
 Göttingen
 Gustav-Stresemann-Institut (GSI), Bonn
 Hallesches Wirtschaftsforschungsinstitut (HWI), Halle
 Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung, Köln

- Hanns-Seidel-Stiftung, München
 Harvard University
 Heinrich-Böll-Stiftung, Köln
 Hermann-und-Marianne-Straniak-Stiftung, Luzern
 Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, Berlin
 Hochschulrektorenkonferenz, Bonn
 Industrie-Club e.V., Düsseldorf
 Informationszentrum Europa, Stadt Köln
 Institut für Auslandsbeziehungen (IfA), Stuttgart
 Institut für Deutsches und Europäisches Parteienrecht, Fernuniversität Hagen
 Institut für Europäische Politik, Berlin
 Institut für Politikwissenschaft und Europäische Fragen, Universität Köln
 Institut Robert Schuman an der Universität Bonn
 Institut für Weltwirtschaft, Kiel
 Institute for Political Science, Hungarian Academy of Sciences, Budapest
 Institute of Sociology, Hungarian Academy of Sciences, Budapest
 Istituto di Sociologia, Università degli Studi, Urbino, Italien
 Japanologisches Seminar der Universität Bonn
 Junge Union Deutschlands, Berlin
 Kasachisches Institut für Strategische Studien beim Präsidenten der Republik Kasachstan, Almaty
 Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Bonn
 Keele European Research Centre, Keele University, United Kingdom
 Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), St. Augustin, Berlin
 Landesverband Hessen im Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Frankfurt
 Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel
 Le Centre Interdisciplinaire, Paris
 London School of Economics and Political Science
 Mediterranean Academy of Diplomatic Studies, University of Malta
 Ministerium des Inneren des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
 Ministerium für Europäische Integration der Republik Kroatien
 Mobilcom AG, Rendsburg-Büdelndorf
 NEXNET GmbH, Berlin
 Nordamerika-Programm der Universität Bonn
 Novi Sad University
 OSZE, Wien
 Politiken Kopenhagen
 Politologisches Seminar der Universität Dresden
 Pontificio Comitato Di Scienze Storiche, Rom
 Robert-Bosch-Stiftung, Stuttgart
 Sorbonne Paris III
 Soziologisches Institut, Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau
 Sprachwissenschaftliches Seminar der Universität Bonn
 Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
 Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen
 Südosteuropa-Gesellschaft, München
 Swedish Institute of International Affairs, Stockholm
 The Interdisciplinary Centre for Comparative Research in the Social Science (ICCR), Wien - Paris
 The School of Social Studies at the Political Science Department at Masaryk University in Brno
 Umea University, Sweden
 Universität Bamberg, Lehrstuhl Soziologie
 Universität Innsbruck, Historischer Fachbereich
 Universität Kiel
 Universität zu Köln
 University College of Southern Stockholm (Södertörnhögskola), Stockholm
 University of Brno, Brno, Czech Republik
 University of Helsinki
 University of Minnesota
 University Trnava, Slowakei
 Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten (VATM) e.V., Köln
 Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union, Brüssel
 VIAG Interkom GmbH & Co., München
 Wilton Park, Sussex, UK
 Wissenschaftliches Institut für Kommunikationsdienste (WIK), Bad Honnef
 Wissenschaftszentrum Berlin
 Y. Jahnsson-Foundation, Helsinki
 Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn
 Zentrum für Europäisches Wirtschaftsrecht der Universität Bonn
 Zentrum für Niederlande-Studien, Münster
 Zentrum für Türkei-Studien, Essen

Bonner Rundschau

15.01.2002

General-Anzeiger

26.08.2002

Der Euro ist die große Chance für die europäische Einigung

Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl sprach gestern Abend in der voll besetzten Aula der Universität – Autogramme auf neue Geldscheine

der Bonn. Die Universitäts-Aula konnte die Zuhörer kaum fassen, die gestern Abend gekommen waren, um Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl zu hören. 16 Jahre hatte er im Bonner Kanzleramt regiert, hatte in der Zeit wiederholt auch in der Cui geredet – es war also eine Wiederbegegnung. Professor Professor Matthias Herdogen begrüßte dann auch „Herrn Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl“ als „alten Freund unserer Universität“.

Der „Ehrenbürger Europas“, zu dem Vortrag eingeladen vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), redete über eines seiner Lieblingsthemen, die europäische Einigung. „Der Euro und die

Zukunft Europas“ war seine Rede überschrieben. Dieser Zukunft sieht Kohl hoffnungsfroh entgegen: Die europäische Einigung sei durch die Einführung der gemeinsamen Währung grundiendbar geworden. Deutschland habe davon mehr Nutzen als alle anderen Staaten, hielt er Skeptikern im eigenen Land vor. Ohne europäische Einigung hätte es keine deutsche Einheit gegeben. Kohl widersprach „Legenden“ von einem Handelsgeschäft nach dem Motto: „Gebt uns die deutsche Einigung, und wir geben dafür die D-Mark her“. Er habe schon in den 80er Jahren mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand über eine gemeinsame euro-

päische Währung gesprochen ohne zu wissen, dass Jahre später die Mauer fällt. „Die Bundesrepublik Deutschland war nicht käuflich“, betonte Kohl.

Er verkannte nicht, dass es für viele, gerade ältere Menschen, schwer sei, die D-Mark aufzugeben, denn sie sei eine „Identifikationsmarkierung“ der Deutschen. Garant für Freiheit, Wohlstand, marktwirtschaftliche Entwicklung gewesen. Eine Volksabstimmung über die Abschaffung der Mark „würde schief gegangen“, glaubt Kohl, der sich als Regierungschef dank mehrerer gewonnener Wahlen dem von demokratisch legitimiert fühlte, das Ende der Mark einzuläuteten. Der Euro, sagte er voraus,



Befall für den Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl haben Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, den Direktor am ZEI, und Auto Magunia

werde eine „Erfolgsgeschichte“, ein „Stück gelebter Identifikation Europas“. Er werde neben US-Dollar und japanischem Yen die starke Weltwährung, „und in fünf Jahren werden wir mit dem Euro in London und in zehn Jahren in Zürich zahlen“, prophezeite der Kanzler a. D. Um dann zu fordern, aus der Währungsunion müsse eine „lebensfähige politische Union“ werden.

Am Ende seiner Rede gab es stehende Ovationen für Kohl. Nach einer Diskussion schrieb er Autogramme auf Euroscheine, unter anderem auch für einen Polen, der stolz darauf war, „als erster Pole“ einen von Helmut Kohl unterschriebenen Euro zu haben.

Intensivseminar

Auf Europa vorbereitet

es Bonn. Ein zehntägiges Intensivseminar im Sachen Europäische Union haben sie hinter sich: 14 Studenten aus Aserbaidschan, Kasachstan und Usbekistan. Sie sind alle zum Studierendensekretariat der Internationalen Beziehungen und nahmen an dem Seminar auf Einladung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und des Bonner Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI) teil. Nach Abschluss ihres Studiums wollen viele im diplomatischen oder im öffentlichen Dienst arbeiten.

Wilfried Bergmann, stellvertretender Generalsekretär des DAAD, nannte als Ziel des Kurses die künftigen Entscheidungsträger in europäisches Denken heranzuführen. Denn, so Bergmann, „wo kein wissenschaftlicher Nachwuchs ist, da findet auch keine Zusammenarbeit statt“.

Schwerpunkte des Seminars so berichtete der Leiter Dr. Marcus Höreth vom ZEI, waren die Geschichte, das politische System, das Rechtssystem und die Außenbeziehungen der EU. Für viele der jungen Leute sind schon Freundschaften entstanden bei denen Deutsch nicht mehr nur Wissenschaftssprache ist. Nahida Achmedova (25) aus Aserbaidschan: „Ich liebe Deutschland. Viele ältere Menschen in meiner Heimat halten Deutsche für fremdenfeindlich, aber ich habe sie als gastfreundlich erlebt“, erzählt die Studentin.

General-Anzeiger

21./22. 09.2002

Vortrag von Jiri Grusa

Am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Waller-Flex-Strasse 3, spricht am Montag, 13. September, der Botschafter der Tschechischen Republik in Österreich, Jiri Grusa. Um 12.30 Uhr spricht er über die Situation der EU Beitrittsverhandlungen seines Landes zur EU. gal

Ansichten eines Architekten

EUROPA Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl spricht in Bonn über die Perspektiven der Währungsunion

Von Christoph Lamm

BONN. Der Saal ist voll. So voll, dass der Redner zunächst nicht durch den verstopften Mittelgang hereinkommen kann. Doch dann balzt er sich seinen Weg, umrahmt von einer Riege Hühner in Nadelstreifen. Der Beifall loss. Nein, hier brüht kein armer Sander eines Parteispender-Skandals die Rühre, sondern ein Sieger. Der Mann schüttelt Hände, winkt, strahlt selbstbewusst in die Kameras.

Gestern Abend in der Aula der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität: Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl ist Gast des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI). Nein, kein Wort über Stöber und Merkel, kein Wort über seine Rolle im künftigen Wahlkampf, kein Wort über Parteispender. Es geht ihm um den „Bau des europäischen Hauses“, und er lässt keinen Zweifel daran, dass er selbst einst die Entwurfspläne für dieses Gebäu-

de entscheidend vorantrieb. Kohl wirkt so allgegenwärtig, dass Prorektor Matthias J. Herdgen ihn mehrfach mit „Bundeskanzler Helmut Kohl“ anredet, so als hätte es das Wahljahr 1998 nie gegeben. Eine blendende Zukunft sagt Kohl dem Euro voraus. Er werde sich neben dem Dollar, aber noch vor dem japanischen Yen zur Weltwährung entwickeln, und: „In fünf Jahren werden die Menschen in London mit der Gemeinschaftswährung bezahlen, in zehn Jahren die Menschen in Zürich.“ Der Euro habe die Einheit des Kontinents unauflösbar gemacht, das Bewusstsein zur neuen Währung sei eine „de facto Entscheidung“, eine „tiefe Zäsur in der europäischen Geschichte“.

Zentral sei, dass der Wirtschaftsunion nun eine politische Union folge. Dann verlässt Architekt Kohl den Zeichenstisch der Entwurfsplanung und wendet sich ausgiebig dem bereits existierenden Fundament zu. Noch vor 20 Jahren, sagt Kohl,

sui der europäische Gedanke am Boden gewesen, der Begriff „Euroklause“ habe als Schmähwort für ein ungeliebtes politisches Bauploch gedient.

Vor allem das Ende des Ostblocks und die deutsche Wiedervereinigung habe der europäischen Idee wieder Kraft gegeben – und umgekehrt. „Ohne europäische Einigung wäre die deutsche Einheit nicht möglich gewesen“, sagt er. Kohl, der Staatsmann, der Jongleur zwischen deutscher Einheit und europäischer Integration.

Dann tritt der 71-jährige Alt-Kanzler noch kurz als Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinen Finanzminister ein. Die Bundesbank habe in einem Wortbeitrag Gerhard Schröder und Hans Eichel für die Einführung des Euro gewürdigt. „Die haben ja mit viel mehr zu tun, aber mit dem Euro ganz bestimmt nicht“, poltert er. Nein, die Rolle als Chefarchitekt des europäischen Hauses, die lässt sich Kohl auch an diesem Abend nicht nehmen.



Helmut Kohl neben ZEI-Direktor Ludger Kühnhardt. FOTO: IHRIZ ENGELS

Internationalität als Markenzeichen

EVALUATION Gutachten zeichnet positives Bild des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI)

Von Brigitte Linden

BONN. Freude beim Internationalen Beirat des Zentrums für Europäische Integrationsforschung: Monatelang hat eine Evaluierungskommission das „ZEI“ auf Herz und Nieren geprüft – und die vom NRW-Wissenschaftsministerium eingesetzten Gutachter sind zu einem sehr positiven Ergebnis gekommen. Der Beirat gratuliert dem Zentrum, das vor fünf Jahren gemeinsam mit dem Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) aus Ausgleichsmitteln an der Universität Bonn eingerichtet worden war, zu den „großartigen Erfolgen, die es in den kurzen Jahren seines Bestehens erringen konnte“.

Besonders positiv sind im Bericht die Internationalität und die konsequente Praxisorientierung des Zentrums hervorgehoben. „Wir freuen uns besonders, dass das Institut somit als absolute Erfolgsgeschichte im Rahmen des Projektes, Bonn als internationale Wissenschaftsstadt zu profilieren, gewertet wird“, sagte Professor Ludger Kühnhardt, einer der drei ZEI-Direktoren, dem GA im Anschluss an die Beiratsitzung.

Grundlage der Bewertung war ein Konzept des Senats der Universität. Demnach soll das ZEI wissenschaftliche Untersuchungen zu politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Fragen der europäischen Integration durchführen und Lösungsvorschläge erarbeiten. Indem es Politikberatung anbietet, wird das Zentrum somit zur Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis. Die Forschung erfolgt in internationalen und fachübergreifenden Arbeitsgruppen.

„Absolute Erfolgsgeschichte im Rahmen des Projektes „Wissenschaftsstadt Bonn““

dische Hochschulabsolventen, die eine Karriere im internationalen Bereich – Diplomatischer Dienst, Auslandsvermittlung großer Firmen oder Banken – anstreben, gehen trotz der Studiengebühren in Höhe von 5 000 Euro jährlich rund 150 Bewerbungen ein.

Der Bericht der Evaluierungskommission hebt ferner die „guten Verbindungen“ hervor, die ZEI

„zu industriellen Partnern und Industrieverbänden“ sowie in die politische Praxis geknüpft habe. Dies spiegelt sich zum einen in der

hohen Drittmittele von 40 Prozent des Budgets wider, aber auch in den vielen Gutachten und Beratungen des ZEI. Kunden sind dabei das Auswärtige Amt in Fragen der EU-Erweiterung und „die Sorgenkinder unter den Beitrittskandidaten“.

Der Umzug der Regierung hat sich freilich bemerkbar gemacht. Waren Politiker zuvor gern bereit, zu Vorträgen oder Diskussionsveranstaltungen an der Walter-Flex-Straße vorbeizuschauen, so ist das Publikum jetzt akademischer geworden. Den Bonner Standortvorteil sieht Kühnhardt aber in der Nähe zu Brüssel. Es gebe Pläne, gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen die Präsenz dort zu verstärken. Die Gutachter empfehlen eine ZEI-Außenstelle.

Die Zukunft der Institute ZEI und ZEF konnte auf Grund der positiven Beurteilung inzwischen über das Jahr 2004, wenn die Ausgleichsmittel auslaufen, hinaus gesichert werden: In der Zielvereinbarung, die das Land mit der Universität Bonn geschlossen hat, sind für beide zusammen 36 grundfinanzierte Stellen ausgewiesen. Das bedeutet freilich einen kräftigen Rückgang, denn zurzeit verfügt laut Hartmut Ihne – er ist Geschäftsführer beider Institute – allein ZEI über 70 grundfinanzierte Stellen. Dennoch sieht Kühnhardt hier „mit etwa 60 bis 70 Prozent des heutigen Personalsvolumens die Basis einer guten Zukunft“.

Masterkurse an der Donaubrücke

Bulgarisch-Rumänisches Europazentrum eröffnet

all. FRANKFURT. 14. Oktober. An der einzigen Donaubrücke zwischen Rumänien und Bulgarien ist am Montag das „Bulgarisch-Rumänische interuniversitäre Europazentrum“ (BRIE) eröffnet worden. Von jetzt an werden dort zweijährige Masterkurse in Deutsch und Englisch für Europa-Studien (in Rumänien, Bulgarien) und Wirtschaftsinformatik (in Giurgiu, Rumänien) angeboten. Die Kurse stehen Studierenden aus allen Ländern Südosteuropas offen. Die Hochschulrektorenkonferenz (HfRK) hat BRIE Ende 2001 initiiert. Das Projekt wird im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie durch die Gemeinsame Initiative der Städte (Frankfurt) mit jeweils mehr als 400 000 Euro unterstützt. Weitere Förderer sind die Robert Bosch-Stiftung (Stutt-

gart), der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft (Essen) sowie Unesco-Cepes (Bukarest). Auf rumänischer Seite wird BRIE von der Akademie für Wirtschaftswissenschaften Bukarest, der führenden Wirtschaftsuniversität Rumäniens, mit deren Außenstelle an der Donaubrücke in Giurgiu, auf bulgarischer Seite von der Universität Russe getragen. Ein deutsches Hochschulkonsortium (das Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn, die Universität Bremen, die TU Chemnitz, die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und die Universität Mainz) werden die Studiengänge fachlich begleiten und Gastdozenten entsenden. Darüber hinaus ist ein Auslandssemester in Deutschland fester Bestandteil der beiden Studiengänge.

Impressum

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI),
Walter-Flex-Str. 3, 53113 Bonn.
Telefon (0228) 737249, Telefax (0228) 735097,
E-Mail: zei@uni-bonn.de,
Internet: www.zei.de

Satz/Layout/Druck: Media Company Bonn GmbH

Bildnachweis: alle ZEI